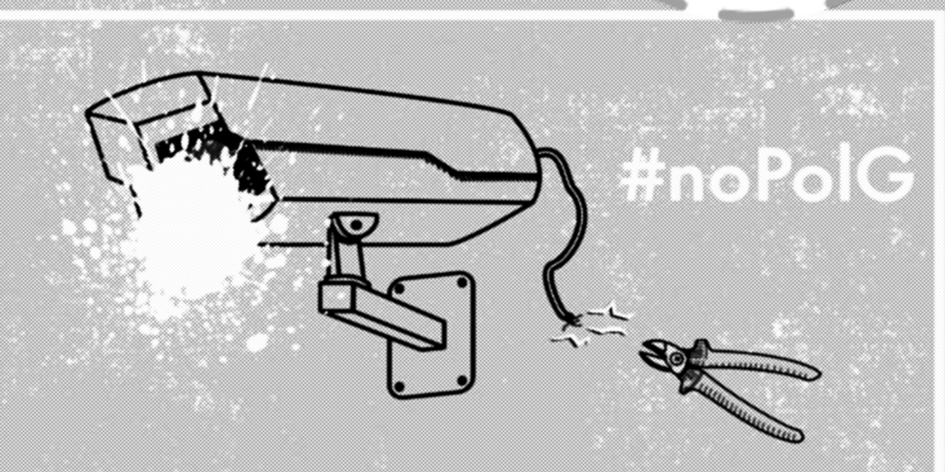


Ausgabe #7 - Nr. 1/2019 - Jan/Feb/März

Magazin für Anarchie und Solidarität im Alltag | aus Dresden



Gegen die autoritäre Politik der Staatsregierung!

NEIN ZUM NEUEN POLIZEIGESETZ FÜR SACHSEN!

Editorial

Liebe Leser*innen,

wir würden euch ja ein schönes neues Jahr wünschen, aber betrachten wir dieses Jahr realistisch, so wäre dieser Wunsch heuchlerisch. 2019 stehen uns viele Herausforderungen bevor, die das Jahr eher zu einem komplizierten als zu einem schönen machen könnten. Verdammt, einige hier in Dresden denken sogar schon darüber nach, ihr Zeug zu packen und an einen warmen Ort zu ziehen, weil die Möglichkeit besteht, dass die AFD stärkste Partei bei den diesjährigen Landtagswahlen wird. Also sollten wir uns viel Kraft in diesem Kampfjahr wünschen. Oder auf ein gutes, solidarisches Jahr hoffen.

Neben den Wahlen steht die Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes bevor. Das brachte bereits eine breite Masse in anderen Teilen Deutschlands auf die Straße. Ihr seid vielleicht skeptisch gegenüber der Kompetenzen der Menschen in Sachsen, da die meisten Proteste gegen das neue Polizeigesetz in diesem Westdeutschland stattfanden, aber wir hier beim Circle-A glauben nicht an dieses Vorurteil. Die Menschen in Dresden und Sachsen können sich für ihre Freiheit einsetzen. Das haben sie in der Vergangenheit vielfach bewiesen. Um euch ein wenig zu motivieren, beinhaltet diese Ausgabe einige Informationen zum neuen Polizeigesetz, die euch dazu auffordern sollen, in der Form, die für euch geeignet ist, dagegen zu wirken. Wir haben sogar Expert*innen gefunden, die das Polizeigesetz in dieser Ausgabe bewerten!

Wenn ihr euch das Magazin in Dresden besorgt habt, dann findet ihr in der Mitte ein Stencil zum Ausschneiden mit dem ihr die Straßen verschönern könnt. Zögert nicht, es als Mittel der Propaganda zu nutzen. Mehr Infos zum Ausschneiden von Stencils findet ihr online!

Die Deadline zum Einreichen von Texten für die nächste Ausgabe wird der 15. März sein. Wir werden strenger im Einhalten der Deadline sein, also seid darauf gefasst, dass eure Texte erst in der Ausgabe im Sommer veröffentlicht werden, wenn ihr die eure Texte zu spät abschickt. Die Mail-Adresse ist wie immer circle-a@systemli.org. Es tut uns leid, aber wir müssen euch leider darauf hinweisen, dass ihr uns die Texte nicht per Brieftaube schicken könnt. Bitte berücksichtigt auch, dass lange Texte nur teilweise im Magazin veröffentlicht werden können, den Rest gibt's dann auf der Webseite des Anarchistischen Netzwerks Dresden zu lesen – es wird nämlich immer schwerer für uns die Texte an das Limit von 92 Seiten anzupassen.

Und natürlich möchten wir auch liebend gern allen danken, die an diesem Magazine mitwirken. Autor*innen, Übersetzer*innen, Gestalter*innen und unseren hart arbeitenden Laserdruckern. Ohne diese Kooperation zwischen Mensch und Maschine wäre dieses Magazin nicht möglich!

Mit brennenden, revolutionären Herzen

Eure Circle-A Crew

Inhalts-verzeichnis

1 Allgemeines
Einleitung zum Polizeigesetz 4
Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich 12
Hausbesetzung der Ausgabe 16
Achtung vorm Jugend-widerstand 20
Anarchistischer Hörfunk DD 23
Tipps beim Amt 24

2 Repression & Solidariät 28
Überwachung/Polizeigesetze 30
Solidarität mit der Roten Hilfe 33
Oury Jalloh 34
Revolte in der JVA Tegel 36
G20-Prozess 38
Repression - Shortnews 40
Briefe von Gefangenen -Andreas 46
Gefangenenpost 50

3 Kunst & Kultur 52
Buchempfehlung 53
Kunstempfehlung 54

5 Anarchistische Perspektiven 56
AND 57
Das Ökosystem der Revolte 58
Community Accountability 62
Libertäres Zentrum Elbsandstein 66
Feministische Streikwelle 68
Knastaufträge sabotieren! 72

6 Symbolism - Schwarz/Rot 74

7 Vorgestellt - Schwarze Rose 76

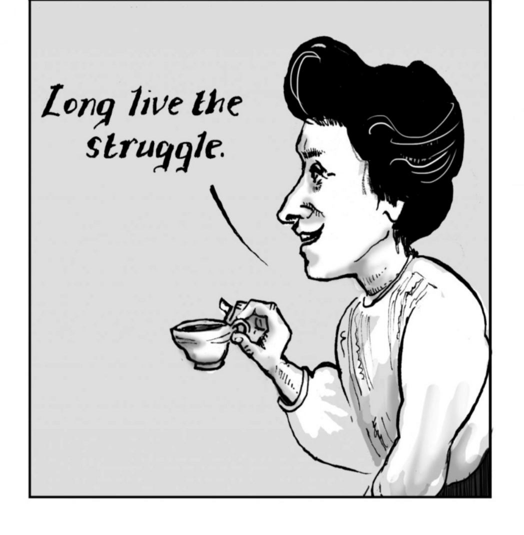
8 Hatespeech 78
- There is no hate

9 Rätselspaß für Jung & Alt 80

12 Rückblick 84
Solidaritea 84
Rückblick allgemein 85

13 Disclaimer | Kontakt 86

14 Termine 87
Termine allgemein 87
Solidaritea zum Transprisonerday 88
Polizeigesetz Demo/Anhörung 89
Demo zum Frauenknast 90
Tag gegen Polizeigewalt 91





Wenn es nach der sächsischen Polizei geht, sind wir zukünftig alle verdächtig, eine potenzielle Bedrohung, die mit Kameras, Maschinenpistolen und Überwachungstechnik in Schach gehalten werden muss. Im sächsischen Landtag wird derzeit über ein neues Polizeigesetz verhandelt. In Bayern ist ein ähnliches Gesetz trotz horrendem Widerstand verabschiedet worden. Nicht umsonst wird das neue (bayerische) Gesetz als „schärfstes Polizeigesetz seit 1945" bezeichnet und diente damit dem sächsischen Entwurf als Vorlage.

Wird die Würde des Menschen antastbar?

- das neue sächsische Polizeigesetz

In Verbindung mit den Begriffen "abstrake Gefahr" und "Kontakt- und Begleitpersonen", die bereits Basis für weitreichende Grundrechtseingriffe (längerfristige Observation, Kontakverbote und Videoüberwachung) sein können, sehen wir unserer aller Freiheit noch massiver bedroht als sie im derzteitgen repressiven System sowieso schon ist.

Die Begriffe, die im aktuell zur Debatte stehenden Polizeigesetz verwendet werden, sind explizit schwammig gehalten. Unter anderem wird die bereits erwähnte "abstrakte Gefahr" als *"eine nach allgemeiner Lebenserfahrung ... mögliche Sachlage, durch die im Fall ihres Eintritts eine Gefahr für ein polizeiliches Schutzgut entsteht"* (§ 4 Nr.3 f - SächsPVDG-E) bezeichnet und stellt keinen klar definierten juristischen Begriff dar. Dies geht eindeutig gegen das Gebot der Rechtsbestimmtheit in Deutschland und bedeutet: Die Polizei kann quasi gegen jede*n ermitteln. Der Gesetzgeber in Sachsen vermeidet dabei explizit die Begriffe des "Gefährders", und der "drohenden Gefahr" bereits in anderen Bundesländern zu Protesten geführt haben, schafft aber eine identische Rechtsgrundlage. Denn "Gefährder" und "drohende Gefahr" sind ebenfalls keine juristischen Begriffe und die Definitionen nicht gesetzlich verankert. Das bedeutet, dass die Einteilung in diese Kategorien allein subjektiv erfolgt, und damit besonders politisch Aktive und andere "unbequeme" Menschen kriminalisiert werden. Auch die im Recht so bezeichenete Unschuldsvermutung, die bereits ständig untergraben wird, verliert mit Begriffen wie "drohende Gefahr" weiter an Gewichtung. Die Polizeibehörde könnte dann auch in Sachsen bereits bei Vermutungen ermitteln, ohne dass überhaupt ein "Verbrechen" begangen wurde. Objektive Maßstäbe für diese Vermutungen fehlen völlig, wenn wir nach Bayern blicken. Vor der Reform musste die Polizei dort eine konkrete Gefahr nachweisen, um ermitteln zu können, nun reicht eine drohende Gefahr schon aus.

Es stellen sich uns hier einige Fragen: wo verlaufen die Grenzen bei den Begriffen und welche Behörde sammelt, wo, welche Daten und mit welcher Legititmität? Die Skandale um den NSU und Berichte über die Missachtung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Geheimdienst sind deutliche Warnzeichen für die drohende Zukunft und sollten für uns ein weiterer Anlass sein widerständig zu bleiben gegenüber dem Staat und seinen Repressionsbehörden. ir wollen kein Leben, in dem die Würde und Freiheit des Menschen immer antastbarer (mehr angetastet, mehr infrage gestellt/gefährdet) wird.

Auch die Meinungs- und Pressefreiheit (eigentlich: Recht auf informationelle Selbstbestimmung/Art. 5 GG) sehen wir zunehmend in Gefahr. Mit der Ausweitung der Videoüberwachung des öffentlichen Raums werden sich Menschen zunehmend in der freien Meinungsäußerung eingeschränkt fühlen. Allein die Tatsache, dass Überwachungsprogramme existieren und mensch darüber Bescheid weiß, kann dazu führen, dass Meinungen seltener geäußert werden. Mehr Überwachung, sei es durch Kameras mit automatisierter Gesichtserkennung oder durch den Bundestrojaner auf deinem Smartphone, führt nachweislich zu mehr Selbstzensur, fördert Denunziantentum, erzeugt mehr sozialen (Anpassungs-)Druck und spaltet die Gesellschaft. Die Wissenschaft spricht hier auch vom sogenannten Abschreckungs- oder "*Chilling Effekt*". Anpassung und Gehorsam dürfen nicht unseren Alltag bestimmen. Siehe dazu auch: *https://www.amnesty.de/informieren/blog/deutschland-wie-ueberwachung-die-meinungsfreiheit-gefaehrdet*

2017 kam es in Leipzig zu Ermittlungen gegen das Fan-Umfeld des Fußballclubs BSG Chemie; auch Journalist*innen wurden unrechtmäßig abgehört. Ein eklantanter Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit. Auch in Dresden kam es 2011 zu massenhafter Telekommunikationsüberwachung zehntausender Menschen. Die sogenannte Handygateaffäre sorgte damals für viel Aufmersamkeit auch über Sachsen hinaus und führte zur Versetzung des damaligen Dresdner Polizeipräsidenten *Dieter Hanitsch.* Und das sind nur zwei Beispiele. Es gibt also bereits eine mehr als fragwürdige Praxis der sächsischen Polizeibehörden. Bereits jetzt werden richterliche Beschlüsse oft erst nach polizeilichen Maßnahmen eingeholt.
Was passiert also, wenn die Befügnisse genau dieser sächsischen Polizei noch zusätzlich ausgeweitet werden? Grundsätzliche Skepsis gegenüber den Behörden bleibt weiterhin unser Kredo und jetzt um so mehr. Wir veurteilen bereits jetzt Amts- und Machtmissbrauch aufs Schärfste und stellen uns deshalb gegen die geplante Gesetzesnovelle.

Rassismus und Abschottung

Die derzeitige gesetzliche Handhabe und die aktuelle Praxis der Polizei zeigen deutlich, dass Geflüchtete zu allererst als potentiell Kriminelle und Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit betrachtet werden. So sieht bereits die aktuelle Praxis Asylunterkünfte teilweise als "gefährliche Orte" an, an denen der Polizei erweiterte Befugnisse der Kontrolle möglich sind. Die Einstufung von Asylunterkünften und Sammeleinrichtungen als "gefährlichen Orte" ist als Diffamierung von Menschen mit einem ungeklärten Aufenthaltstitel zu bewerten. Die tatsächlichen Gefahren, denen Geflüchtete durch Angriffe von rechten Aktivist*innen ausgesetzt sind und waren, werden allerdings nicht zur Sprache gebracht.

Die Ausweitung von Grenzkontrollen und der geplante Einsatz von zusätzlichen technischen Hilfsmitteln, z.B. zur Gesichtserkennung, öffnen durch das neue Polizeigesetz einem umfassenderen Einsatz von Racial Profiling vollends Tür und Tor. Die Möglichkeiten zur Aufenthaltsbestimmung von Menschen, die als vermeintliche "Gefährder*innen" eingestuft werden, betrifft selbstredend vor allem auch Menschen mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus. Im Zusammenhang mit den ebenfalls geplanten Abschiebvollzugshaftgesetz ist zu befürchten, dass Menschen, selbst Familien mit Kindern, allein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus inhaftiert werden, um sie leichter abschieben zu können. Die erweiterte Überwachung von technischen Kommunikationsmitteln wird massiv gegen Geflüchtete und Geduldete eingesetzt werden.

Videoüberwachung



Das neue Polizeigesetz eröffnet generell die Möglichkeit für mehr Videoüberwachung – auch hier natürlich das Hauptargument: *"die Sicherheit der Bürger*innen"*. Diese vermeintliche Sicherheit auf den Straßen, geht in der Realität mit der Einschränkung unserer Freiheit einher.

Im Entwurf des neuen Polizeigesetzes sind Maßnahmen für Video-Überwachung und Gesichtserkennung in den Artikeln §15 und §58 – sowie §30 PVB geregelt. Diese besagen, dass die Kommunen öffentlichen Raum per Videokameras überwachen dürfen, so jede Haltestelle, jeden Park und Kinderspielplatz. An den Grenzen zu Polen und Tschechien sowie bis zu 30 Kilometer davor soll die Polizeibehörde außerdem den Verkehr mit Bildaufzeichnungen überwachen und diese Daten automatisch mit anderen personenbezogenen Daten abgleichen können, zum Beispiel auch mit Gesichtserkennungstechnologien. Es kann in diesem Zusammenhang auch automatisch eine Erfassung von Kennzeichen sowie von Position, Zeit und Fahrtrichtung von Fahrzeugen erfolgen.
Dabei vermeidet der Gesetzesentwurf konsequent den Begriff der Gesichtserkennung. Aber in Wahrheit bedeutet die Kombination aus "personenbezogenen Daten" sowie der Kennzeichenerfassung, dass personenbezogene Bewegungsprofile angelegt werden können und auch mit Sicherheit werden, sobald sie durch das Gesetz diese Befugnisse bekommen.

Diese suggerierte Sicherheit hat keine statistische Grundlage

Heutzutage werden die umfassenden Installationen von Videokameras legitimiert, um die Bewohner*innen und Besucher*innen der Städte vor Einbrüchen, sexuellen Übergriffen und "Terrorismus" zu schützen. Das Verwenden dieser Begriffe löst bei den meisten Menschen emotionale Reaktionen aus. Ängste werden geschürt. Wir sind uns einig, dass kein Mensch ausgeraubt, sexuell belästigt oder von anderer Gewalt betroffen sein sollte. Jedoch verhindern diese hochgekochten Emotionen eine rationale Überprüfung der Effektivität von Kameras und der Verhinderung von Kriminalität durch diese. Immer mehr Ergebnisse von Untersuchungen in den verschiedensten Teilen der Welt zur Wirkung von Kameras verdeutlichen, dass Überwachung nicht zwangsläufig zu einem Rückgang der Kriminalität führt. Der Sprecher der Stadt Chicago erklärte im Jahr 2013, dass Kameras nur bei der Aufklärung von 4500 Verbrechen von 1 Million aufgezeichneten geholfen haben, der Beitrag der Kameras zur Aufklärung also bestenfalls bei 0,05% lag.

Und selbst wenn der Einsatz von Kameras in bestimmten Stadtvierteln mit einem Rückgang des als kriminell betrachteten Verhaltens verbunden wird, werden bei der Beurteilung dieser Ergebnisse keine weiteren Faktoren berücksichtigt, zum Beispiel die Entwicklung von Sozialprogrammen und selbstorganisierten Räumen, die den Menschen zugute kommen, somit zum Beispiel sogenannte Beschaffungskriminalität verhindern und ihnen Perspektiven bieten.

Kameras verhindern keine Übergriffe

Kameras vermitteln zudem ein falsches Gefühl von Sicherheit und verringern die Bereitschaft die eigene Umgebung bewusst und kritisch wahrzunehmen und als Folge dessen Verantwortung zu übernehmen. Dieser soziale Aspekt wirkt sich negativ auf das Miteinander aus.

Damit hängt eine der wichtigsten Charakteristiken von Kameras zusammen: Sie sind passive Em-pfänger. Kameras werden nicht auf ein gewaltvolles Verhalten reagieren. Sie werden keinen Stalker aufhalten oder andere Übergriffe verhindern. Sie zeichnen lediglich auf, was in ihrem Radius passiert. Es mag sein, dass es später Ermittlungen geben wird, allerdings sollten wir nicht vergessen, dass das Handeln der Polizei stets eng mit der Politik verbunden sind. Das bedeutet, dass Menschen aus einer schwachen sozialen Schicht sowohl eher von Repression betroffen als diese auch härter zu spüren bekommen.

Es ist des weiteren wichtig darauf hinzuweisen, dass Kameras mit ihrem passiven Empfang als ein Mittel der Bestrafung fungieren. Strafe führt jedoch nicht zu einem Rückgang von sogenanntem kriminellen Verhalten. Die Ursachen dafür haben oft soziale Gründe, de nicht durch Bestrafung gelöst werden können. Es braucht eine prinzipielle Diskussion über soziale Ungleichheit als Auswirkung des Kapitalismus, anstatt der erneuten Bestrafung vom System benachteiligter Menschen.

Die nach den Landtagswahlen zu erwartende AFD- oder CDU-Regierung wird die Art und Weise wie Kriminalität in der Gesellschaft behandelt wird nicht anders gestalten. Das Gegenteil ist zu erwarten. Es besteht laut deren Parteiprogrammen weder eine realistische Chance auf die Förderung von Sozialprogrammen, die soziale Probleme wirklich adressieren noch die Chance auf eine kritische Auseinandersetzung mit Überwachung, Kontrolle und Strafe. Es drohen auch durch sie das Vorantreiben von schwereren Strafen für kleine(re) Verstöße.

Der Sicherheitsmarkt profitiert von der Angst

Und natürlich geht es immer auch um den Kapitalismus. Es wird erwartet, dass der Überwachungsmarkt im Jahr 2019 auf über 50 Milliarden Dollar wachsen wird. Hier ist Marketing und Lobbying im Spiel, für die “Sicherheit” nur ein Geschäft mit der Angst ist, um möglichst viele Produkte zu verkaufen. Und wir wissen genau, dass es auf diesem Markt nicht um die Fakten geht, sondern um die größten Verkaufsargumente:

“Es ist eine großartige Branche”, sagte Tony Varco, Vizepräsident der Sicherheitsabteilung von Convergint Technologies, Schaumburg, Ill., “und ich sehe, dass das in nächster zeit nicht nachlassen wird. Die Branche ist im Moment unglaublich gut aufgestellt.”

Seit 2001 gibt es in den Medien einen permanenten Fokus auf das Thema “Terrorismus”. Mit einseitigen und tendenziösen Berichten wird weltweit eine Stimmung erzeugt, in der Menschen sich unsicher und verängstigt fühlen. Damit soll dann gleichzeitig eine Sicherheitspolitik legitimiert werden, die alles und jede*n überwacht, allerdings trotzdem nicht in der Lage ist, terroristische Anschläge zu verhindern. Somit können auch Repression und Überwachung immer und immer wieder voran getrieben werden. Da der Kapitalismus immer Wege findet, Profit zu schlagen, nutzt er diese stetig geschürte Angst der Menschen auch noch aus.
Die selbe Debatte können wir im Kontext von Migration beobachten, international und auf lokaler Ebene. Die EU gibt Millionen für Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen aus, damit Migrant*innen nicht nach Europa können. Diese Maßnahmen werden mit rassistischer Propaganda begleitet. Auf lokaler Ebende wird mehr Polizei und Überwachung für Brennpunkte gefordert, die nur wegen einer unfähige Sozial-, Wohungs- und Arbeitspolitik entstehen. Auch hier werden die Ursachen für all diese Probleme ignoriert, stattdessen werden Symptome mit harter Sicherheitspolitik nur vermeintlich bekämpft.



TKÜ – die sogenannte Telekommunikationsüberwachung

Aber das neue Polizeigesetz hat noch mehr zu bieten! Die Polizei wird mehr Möglichkeiten bekommen Menschen in Kommunikationsnetzen, wie Internet und Telefon, abzuhören. Die Protokollierung von Kommunikation im Internet und der Telefonkommunikation wird die Privatsphäre aller hart treffen. Wir haben dies bereits in den USA gesehen, wo Kontakte mit "verdächtigen" Menschen ausreichen, um sie ebenfalls als eine "verdächtige Person" einzuordnen, mit allen repressiven Konsequenzen. So landen große Teile der Gesellschaft in einer Risikogruppe, die nur eventuell unerwünscht handeln könnten.

Im Entwurf des sächsichen Polizeigesetzes finden wir diese Maßnahmen unter den Begriffen Überwachen und Unterbrechen von Telefongesprächen, Handys orten und Daten aus Handys auslesen in den § 66-70. Für schwere Straftaten und, wenn ein*e Richter*in das anordnet, soll die Polizei nicht nur Telefongespräche abhören, sondern diese auch unterbrechen dürfen. Beides soll auch für ganze Funkzellen und alle darin befindlichen Mobiltelefone möglich sein.

Auch den Standort eines Handys soll die Polizei abfragen dürfen, ebenso wie die Geräte- und Kartennummer, Bewegungsdaten, Verbindungsdaten (wer, wann, wie lange, von wo und mit wem telefoniert hat) und die Bestandsdaten, also den Name, die Adresse, Kontodaten und Geburtsdatum sowie PIN und PUK-Nummer des Handys, die IP-Adresse, auf dem Gerät gespeicherte Passwörter für Facebook und Mailaccounts oder ganze Online-Adressbücher.

"Das ist in Deutschland nicht möglich! So schlimm wird es schon nicht werden!"

- Solche Ungläubigkeit ist angesichts der gravierenden Überwachungsandrohung nachvollziehbar. Aber die Daten von Tausenden werden bereits im ganzen Land in Polizeidatenbanken gespeichert, nur weil sie an Demonstrationen oder politischen Ereignissen teilgenommen haben, Freund*innen haben, die das tun oder auch nur in der Gesellschaft von bestimmten Menschen gesehen wurden.
Diese Vorgehensweisen von Polizei und Geheimdienst werden kaum wahrgenommen und problematisiert, haben daraufhin wenig Regulierung und Kontrolle durch Gesellschaft, obwohl sie von Steuergeldern finanziert werden. (1)

"Aber selbst wenn sie Daten über mich haben, habe ich nichts zu verbergen, ich bewege mich im Rahmen des Gesetzes."

- Auch hier wirst du überrascht sein vom vermeintlich demokratischen System. Das Gesicht der deutschen Demokratie zeigte sich in den Aktionen der Polizei während des G20-Gipfel-'treffens. Dutzende Journalist*innen wurden aufgrund interner Informationen spontan ihree Presseakreditierungen entzogen. Später fand die Kontrollkommission keine Informationen, die tatsächlich zu einer solchen Entscheidung hätten führen dürfen. Aber Konsequenzen gab es auch keine.
Die Liste der Machtmissbräuche wärend des G20 seitens der Polizei zieht sich endlos. Manche hatten Anzeigen zur Folge. Doch keine führte zu einer Anklage oder gar Verurteilung.

Überwachung verändert soziale Beziehungen

Umfassende Überwachung ist für Ostdeutschland nichts Neues. Die DDR praktizierte Überwachung und Unterdrückung mit allen erdenklichen Mitteln. Heutzutage ist das Ausmaß und die Aggressivität der Überwachung bekannt und etwas, dass die ehemaligen durchschnittlichen Bürger*innen der DDR nach dem Mauerfall nachhaltig schockierte. Heute scheint es, wir seien förmlich begierig darauf, unsere Freiheit gegen Lösungen einzutauschen, die in der Realität wenig Einfluss auf die Dinge haben, die uns beunruhigen. Diese vermeitlichen Lösungen verändern unsere Gesellschaft, in einem Maße, dass Menschen Angst haben miteinander zu interagieren, offen zu reden, sich auszudrücken.

Und das ist für uns eines der wichtigsten Argumente gegen dieses Gesetz. Die Massenüberwachung verursacht einen Effekt, den mensch als “soziale Abkühlung” bezeichnen kann: Sie verändert unser Verhalten, da wir unter ständiger Beobachtung stehen und und diese auch fühlen. Das mangelnde Verständnis des Gesetzes, als auch die quasi uneingeschränkte Flexibilität mit der es auf die verschiedensten Menschen und Gruppen eingesetzt werden kann, verändern die Art und Weise, wie wir mit anderen umgehen, worüber wir reden und was uns erlaubt ist.

Eine Studie aus dem Jahr 2013 ergab einen Rückgang von 20% bei der Anzeige von Wikipedia-Seiten, die mit Terrorismus in Verbindung stehen, einschließlich derjenigen, die “Al Qaida” oder “Taliban” erwähnen. Eine Studie aus dem Jahr 2015 untersuchte Google-Suchdaten und ergab, dass “die Nutzer*innen nach Snowden weniger wahrscheinlich mit Suchbegriffen suchten, von denen sie glaubten, dass sie Probleme mit der US-Regierung bekommen könnten”.
Eine Studie unter PEN-Amerika-Autor*innen zeigte, dass mindestens einer von 6 Autor*innen ihr Material aus Angst vor Überwachung zerstörte. Wissenschaftler*innen in Europa wurden beschuldigt, selbst Terrorist*innen zu sein, weil sie Forschungsmaterial über extremistische Gruppen besitzen, während die British Library sich weigert, Material über die Taliban unterzubringen, aus Angst, wegen materieller Unterstützung für den Terrorismus verfolgt zu werden. Und diese Ängste, das angepasste Verhalten, stets duckend und trotzdem überall gefilmt und abgehört zu werden, könnte langfristig auch in Sachsen möglich sein.

Bereits jetzt wird normaler Protest und Kritik an Handlungen des Staates und des Kapitals (siehe Beispiel Hambacher Forst) mit aller Macht niedergerdückt und zerschlagen, bei Menschen, die gegen Nazis demonstrieren werden massenhaft Handydaten aufgezeichnet und bei kaum einer Demonstration wird nicht direkt in die Gesichter gefilmt, auch ohne eine vorrangegangene „Straftat“, die sie dokumentieren wollen. Jede*r ist aus irgendeinem (konstruiertem) Grund verdächtig. Sie sammeln Daten und Profile, über mich, über dich, über uns alle. Das kann nicht so weitergehen!



Alle zusammen das #PolizeigesetzStoppen!

---

(1): https://ourdataourselves.tacticaltech.org/posts/60-police-databases/



Bewertungen zum neuen Polizeigesetz



Vladimir Putin 5 von 5 Sternen:

Ich hätte gerne ein solches Gesetz, wenn ich noch in Dresden wäre. Das würde mir die Arbeit erleichtern, und wer weiß, vielleicht könnten wir die ruhmreiche DDR in einem Stück zusammenhalten! Ich glaube, das neue Polizeigesetz in Sachsen wird dieses Land stark machen, und endlich können die Menschen ohne Angst atmen!



Donald Trump 4 von 5 Sternen:

Die einzige Sache, die besser ist als diese Gesetz ist meine Mauer. Gut gemacht, Deutschland! Hatte keine so großartigen Ergebnisse von der Angela Merkel Partei erwartet.



Friedrich Ebert 1 von 5 Sternen:

Dieses Gesetz ist eine Schande für die SPD! Es ist eine Schande für die Sozialdemokratie. Wenn es verabschiedet wird, rate ich der SPD-Stiftung sich einen neuen Namen zu suchen! Und sie nennen mich einen der Tiefpunkte der Sozialdemokratie...



Die Linke 0 von 5 Sternen:

Es gefällt uns nicht, dass wir nicht Teil der Regierungskoalition sind. Deshalb lehnen wir das Gesetz ab. Aber wisst ihr was? In Brandenburg werden wir euch zeigen wie ein Polizeigesetz verabschiedet wird!


PEOPLE
LOVE US
ON
polp
PEOPLE
LOVE US
ON
polp

Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich

- endlich bekommen die Kreisverkehre einen Nutzen!



Seit langer Zeit sind Frankreichs Kreisverkehre ein Grund für Ärger, wenn nicht sogar Verachtung. Sie haben einen zweifelhaften Nutzen, sind auf oft lächerliche Art mit bunten Sträuchern geschmückt und sind vielleicht grade deshalb prägende Elemente der französischen Vorstädte mit ihren Gewerbegebieten, riesige Betonwüsten, über die derzeit der kalte Wind fegt. Trotzdem hat gerade hier ein großer Teil der Gelbwesten-Bewegung ihren Anfang gefunden und hier lebt sie weiter. Auf kleinen Erdhügeln inmitten von Autos. Wir konnten mit ansehen, wie überall in Frankreich kleine Inseln der Wut entstanden.

Ein interessantes Merkmal dieser Bewegung ist, dass sie sich an Plätzen abspielt, die wir gerne als „Nicht-Orte“ bezeichnen. Diese Orte, an denen Menschen aneinander vorbeigehen ohne sich zu begegnen, verbildlichen eine Gesellschaft, in der das Individuum in der Masse vereinzelt lebt. Indem ausgerechnet diese Räume Tag und Nacht besetzt werden, rechnen die Leute mit ihnen ab. Am Straßenrand, bei den Blockaden der Autobahnen, Supermärkte und Fabriken mischt sich eine heterogene Menschenmenge. Viele Arbeiter*Innen für die, Dank des Mindestlohns, das Ende des Monats gefühlt schon am 15. kommt. Leute vom Land, die jeden Tag weite Strecken im Auto zurücklegen, um arbeiten zu gehen, die Kinder abzuholen oder einzukaufen. Alleinerziehende Mütter, Menschen ohne Lohnarbeit, Rentner*Innen. Ein paar Kleinunternehmer, mit denen es schwieriger ist über prekäre Lebensumstände zu sprechen, die aber trotzdem Probleme haben, ihr Unternehmen über Wasser zu halten, obwohl sie *Macrons* neoliberalen Bild eines Self-Made-Man entsprechen. Menschen mit Migrationsgeschichte, die in prekären Arbeitsverhältnissen stecken. Alles in allem eine Vielzahl von Menschen, die oft als „unpolitisch“ gelabelt werden, die es aber heute, mitten im Dezember schaffen auf windigen Kreisverkehren zu stehen und die Absetzung der Regierung zu fordern.

Seit dem 17. November protestieren die „Gilets jaunes“ (dt. Gelbwesten), blockieren die Straßen und besetzen Strategisch wichtige Punkte in den Städten und auf dem Land. Paris ist zum wöchentlichen Treffpunkt geworden.

Der schwarze Rauch über den Dächern ist ergreifend. Während der letzten Wochenenden herrschte eine greifbare insurrektionalistische Atmosphäre. Menschen, die das Demonstrieren nicht gewohnt sind errichten mit Gelassenheit Barrikaden. Gelassen, weil sie eine vollkommene Legitimität verspüren, ihre Wut zu zeigen. Viele von Ihnen kennen noch nicht die Repression und die Gewalt des Staates und sind darum weniger vorsichtig als die Demo-erfahreneren Militanten. Alte Menschen, Frauen und Männer, Jugendliche, Leute aus den Quartiers Populaires (Bezeichnung für die Ärmeren Stadtviertel, Anm. des Übersetzers), und andere, die offensichtlich der rechten Szene zugeordnet werden können.

Die Präsenz von Faschisten in der Gelbwesten-Bewegung lässt sich nicht leugnen, auch wenn sie mit Sicherheit keine Mehrheit bilden. Die Identitäre Bewegung zeigt sich auf den Champs Élysées, Migrant*Innen werden wie gewohnt zum Sündenbock im rechten Diskurs, xenophobische Sprechchöre werden gerufen. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass sich in der Bewegung bisher keine Anführer*Innen und keine zentralisierte Organisation herausgebildet hat. Der rassistische Ton ist deshalb kein Konsens und nicht repräsentativ für alle Menschen, die eine gelbe Weste tragen. Die Bewegung gehört den Faschos nicht mehr als den Quartiers Populaires, den Migrant*Innen oder den LGBTQ (Lesbians/Gays/Bis/Trans/Queers, Anm. des Übersetzers).
Letztere spielen eine Tragende Rolle in der Mobilisierung. Das Comité Adama (Benannt nach dem schwarzen Franzosen *Adama Traoré*, der 2016 von französischen Cops getötet wurde, Anm. des Übersetzers) sowie das *Comité CLAQ* (Komitee für eine queere Befreiung und Autonomie) haben zu den Demos am 1. Dezember aufgerufen und einen sichtbaren und spürbaren Teil des Tagesgeschehens ausgemacht. Die Leute aus den Banlieues – aus den Stadtzentren ausgeschlossen und in die Peripherie verbannt – sind betroffen von der Sparpolitik, den steigenden Steuern und den niedrigen Löhnen. Deshalb fahren sie jeden Samstag nach Paris oder besetzen die Kreisverkehre in ihren Wohnorten.

Die gesamte Bewegung als rassistisch oder faschistisch zu verurteilen bedeutet deshalb auch alle anderen Leute zu vernachlässigen, die für sie kämpfen und ihr eine Form geben. Auch frühere sozialen Bewegungen, wie die der *Loi Travail* (Arbeitsgesetz) 2016 und die Proteste im Frühling 2017 waren nicht frei von xénophobischen Äußerungen. Sie wurden von der radikalen Linken trotzdem als legitim angesehen. Derzeit ist es tatsächlich so, dass die *Gilets Jaunes* den Platz in den Nachrichten füllen, der sonst für Meldung über die Gefahren des Islam und der Migration genutzt wird.

Klar, die französische Flagge und die *Marseillaise* (Französische Nationalhymne, Anm. des Übersetzers) stören. Ohne die Anwesenheit einer faschistischen Minderheit abstreiten zu wollen, ist es dennoch wichtig anzumerken, dass diese Symbole für viele Menschen für ein revolutionäres Erbe stehen. Viele vergleichen *Macron* mit einem König – ein Bild an dem er mit seinen zeremoniellen Auftritten und Regierungspraktiken großzügig mitgearbeitet hat – und rufen zur Stürmung des *Élysée* (Amtssitz des franz. Präsidenten, Anm. des Übersetzers) in Anlehnung an den Sturm auf die *Bastille* auf. Der rassistische Diskurs ist nicht die Basis dieser Bewegung.

Die Bewegung richtet sich gegen alles und jene, die für das soziale Elend verantwortlich sind: Die Abschaffung der Vermögenssteuer, die astronomischen Gehälter der Regierungseliten, die Verringerung des Wohngeldes. Im Mittelpunkt stehen der Staat, Großkonzerne und die Eliten. Sichtbar wird dies durch Aktionen wie die Blockade der Fabrik von *Louis Vuitton, l'Oréal* und *Amazon*. Die Villa des Präsidenten des französischen Unternehmerverbandes wurde mit einem Banner geschmückt. Die altbekannte Islamophobie der Medien wird überschattet von sozialen Forderungen. *Laurent Wauquiez* von den Republikanern sowie *Marine Le Pen* riefen dazu auf am 15. Dezember nicht zu demonstrieren, um der Opfer des *Straßbourger Attentats* zu Gedenken. Sie forderten Ruhe und Ordnung. Von einem Großteil der Demonstrierenden wurde dieses Manöver durchschaut und sie gingen dennoch auf die Straße.

Die *Gilets Jaunes* vereinen eine Reihe von Kämpfen. *Marseille* zeigt diese Vielseitigkeit sehr gut. Hier gibt es seit einiger Zeit ein aktives Protestleben. Zum einen gibt es den Kampf um sicheres Wohnen, nachdem im Herbst mehrere Gebäude, in denen überwiegend arme Menschen lebten, im Stadtzentrum eingestürzt waren.
Zum anderen gehen die Menschen gegen die Gentrifizierung des Viertels rund um den belebten Treffpunkt *„La Plaine"* auf die Straße. Hinzu kommt die Studierendenbewegung. Sie Alle schließen sich den *Gilets Jaunes* an und schaffen somit eine starke Heterogenität. Die Riots, die Barrikaden, die kaputten Schaufenster sind die Spektakel der Samstage, nicht nur in den Großstädten. So ging zum Beispiel die Präfektur in *„Puy en Velay"*, einer Kleinstadt in Südfrankreich, am 8 Dezember in Flammen auf.

Der Staat zögerte nicht, die großen Geschütze aufzufahren. Gepanzerte Wagen, Pferde und tausende Cops füllen an den Wochenenden die Straßen. Die Repression ist gewaltvoll und radikalisiert so auch jene, die vor den Demos weniger Polizeikritisch waren.
Sie zeigt jedoch Wirkung. Viele Militante haben mittlerweile Angst vor den nächsten Riots. Einige behaupten, dass die Bewegung nichts als Gewalt produziert, die die Leute berauscht, aber nicht weiterbringt. Im Gegensatz zu früheren Bewegungen ist es diesmal so besonders, dass sie sich auch außerhalb von *Paris* abspielt. Die unmöglichsten Orte werden besetzt, Menschen vereinigen sich und zeigen sich solidarisch. Wir treffen ein paar Frauen in der *Normandie*, die uns erzählten, dass sie sehr gerne jeden Abend zum Kreisverkehr kommen, es sei der beste Moment des Tages. Sie seien dort nun öfter als zu Hause, dass sie Leute kennengelernt haben und nun nichtmehr alleine sind. Auf einer dieser Besetzungen wurde auf einer der abendlichen Vollversammlung beschlossen, dass kein Alkohol erwünscht ist – „Sonst gibt's zu viel Ärger". Die Autos hupen und Passant*Innen bringen Essen und Trinken. Es wird übers Angeln und die kommenden Vorhaben im Leben geredet.

Es ist ein interessanter Moment, denn die Leute lernen sich kennen, brechen aus ihrer Routine aus, ihrer Vereinzelung, ihrer Stille und ihrer Apathie. Es wird sowohl über soziale Fragen als auch über praktische Dinge des gemeinsamen Lebens gesprochen.

In *Saint-Nazaire,* einer Stadt bei *Nantes*, haben die *Gilets Jaunes* ein Gebäude einer Immobiliengesellschaft besetzt und in Haus des Volkes umbenannt (Der Volksbegriff *„peuple"* ist in Frankreich nicht wie in Deutschland von rechts besetzt, Anm. des Übersetzers). Dieser selbstverwaltete Ort ist seit Ende November geöffnet. Die meisten Besetzer*Innen würden sich nicht im entferntesten als radikal bezeichnen. Sie lernen hier ihre Ideen mit anderen zu teilen und ihren Alltag als Gruppe zu gestalten. Zum ersten Mal ergreifen sie in einer großen Versammlung das Wort und rufen zur kollektiven Organisierung auf.

Die *Gilets Jaunes* von *Saint-Nazaire* haben außerdem von Anfang an auf ihren antirassistischen Ansatz verwiesen. Dies geschah in Form eines Redebeitrags während der Blockade des Hafens.

An einer Mautstation in den *Pyrenäen* wurde für ein Liebespaar, das sich während der Besetzung kennenlernte, eine symbolische Hochzeit organisiert. Diese, vielleicht an sich belanglose, Anekdote zeigt beispielhaft die Lebhaftigkeit, den Einsatz und die Kreativität, die aus dem Kampf und den damit verbundenen Begegnungen entstehen können.



Für die radikale Linke ist es schwierig sich in die Bewegung einzubringen. Wir haben sie nicht erwartet und sie am Anfang schlechtgeredet, haben uns nicht an den Forderungen nach mehr Kaufkraft und einem besseren Leben à la Auto-Arbeit-Eigenheim beteiligt. Wir müssen aber akzeptieren, dass diese Dinge für eine Mehrheit der Bevölkerung zur Lebensrealität dazugehören. Es scheint als wären diese „simplen" Forderungen ein Schutz davor das gesamte System infrage zu stellen.
Und dennoch stehen die Menschen nun auf der Straße und Fordern *„Macron démission" (Tritt zurück, Macron!).* Sie richten sich auch gegen die Verantwortlichen des Klimawandels. Sie wollen nicht für die Fehler der Regierung bezahlen. Das sind die Personen, die aus linker Perspektive keine radikale Meinung haben, mit denen wir nicht unseren Alltag teilen und deshalb nicht in unser Bild einer Aktivist*In passen.

Die aktuelle Bewegung zeigt auch, wie veraltet die Aktionsformen eines Großteils der radikalen Linken sind. Wir müssen aus unseren Blasen herauskommen und die Leute kennenlernen, die sich derzeit außerparlamentarisch und dezentral organisieren. Wir müssen unsere Ideen mit der Wirklichkeit konfrontieren und in die Debatten einbringen, die auf den Kreisverkehren ausgetragen werden. **Jetzt ist auch der Zeitpunkt, an dem viele Menschen bereit sind unseren anti-autoritären, antirassistischen und feministischen Ideen Gehör zu schenken. Mit Demut und ohne Arroganz können wir unseren emanzipatorischen Gedanken einen Platz in diesen Versammlungen geben.**



2019 Jahr der Entscheidungen?!

In den vergangen Tagen endeten die Verträge von Liebig34, Potse, Drugstore, Großbeerenstraße 17a und Syndikat. Die Zukunft vieler anderer Projekte wie der Meuterei, Rigaer94, Brauni und vieler mehr ist kaum klarer. Gleich ob es für einige schlicht noch ein wenig mehr Zeit gibt oder "Eigentümer*innen" ihre Karten verdeckt halten, wir müssen eine Verteidigungshaltung für diese Projekte entwickeln und annehmen.
Eigentlich ein guter Moment um in die Gegenoffensive zu gehen…

Die Umstrukturierung der Stadt schreitet fort, langsam kann selbst ein bürgerlicher Mittelstand die Auswirkungen dessen nicht mehr ignorieren. Die Stadt wird verdichtet und diejenigen, die noch hineinpassen, mit jeder Gentrifizierungswelle reicher. Häuser werden entmietet, saniert und in Eigentumswohnungen verwandelt. Wohnungen werden zwangsgeräumt, wenn Eigentümer*innen sich ein moderneres Schema zur Profitmaximierung aussuchen, Mieter*innen mit Mieterhöhungen nicht mehr mithalten können oder schlicht weg "zu nervig sind". Letzte Brachen werden mit Luxuslofts bebaut, auch wenn diese sehr wohl seit jeher von Menschen genutzt wurden. Gewerberäume werden so teuer vermietet, dass die Geschäfte zwangsläufig teuer und exklusiv werden müssen, selbst wenn die Betreibenden das gar nicht wollten.

Und die, die dabei auf der Strecke bleiben müssen eben härter arbeiten oder sollen weg gehen?

In der Welt der Eigentümer*innen und Politiker sind 13€/qm sozial-verträglich und HarztIV mehr als genug solange man nur richtig lebt. Zugleich wundern und empören sie sich über die Wut und den Hass, der ihnen von den Auf-der-Strecke-Bleibenden entgegen geworfen wird.

Aus der Isolation der Projekte und Vereinzelung heraustreten und gemeinsam Kraft schöpfen

Die oben genannten (Haus-)Projekte sind dabei für die mehrheitlichen Betroffenen weder Spitze noch Basis des Eisbergs, der auseinander bricht. Für die linke Szene bedeutet es allerdings einen Verfall von Strukturen und Organisierungsmöglichkeiten. Jedes dieser Projekte stellt eine wichtige Rolle für die Kiezstruktur ihrer Nachbarschaft dar.

Welcher Anlaufpunkt bleibt FLTI* Personen ohne die 34?
Was wird aus dem Dorfplatz, wenn die Liebig34 weg ist?
Wie kann dieser Platz dann noch im Kampf um die Rigaer94 und gegen die Stadt der Reichern genutzt werden?
Was ist der Schillerkiez ohne das Syndikat?
Eine durch sanierte und saubere Gegend mit dem kleinen Schandflecken der Lunte?
Wohin geht man nach der Demo in Kreuzberg, wenn die Meuterei fort ist?
Wo treffen sich Jugendliche, die keine Lust haben auf Konsumzwang und kommerzielle Stereotype oder bevormundende „Erwachsene", die ihnen diktieren wie sie sich zu verhalten haben?
Wo, wenn Potse und Drugstore weg sind?

Diese Projekte sind alle Teil einer Gefüges, welches versucht aus dem System der Verwertungslogik auszubrechen. Ob sie nun Räume stellen, in denen sich Menschen begegnen können oder unkommerzielle Veranstaltungen anbieten, bei denen sich Menschen bilden und informieren können, oder Freizeitaktivitäten und kulturelles Programm, ist egal. Denn es sind alles Orte, die vor allem nicht in dem kapitalistischen Gefüge von Verwertung Ausbeutung, Wettbewerb und Herrschaft mitmachen wollen. Werden diese Projekte nun von Gentrifizierung heimgesucht, haben wir rein physisch das Problem, dass uns die Räumlichkeiten in denen wir leben, unter Leute kommen, uns organisieren und austauschen, verloren gehen. Strukturen, die in den letzten Jahrzehnten gewachsen sind und an die vieler ihrer Nutzer*innen mit Selbstverständlichkeit gewohnt sind. Die ernüchternde Frage „Wo soll ich denn da hin?" geistert vermutlich gerade durch so manchen Kopf. Die Anzahl der Objekte die innerhalb des nächsten Jahres bedroht sind oder sein werden, ist dabei noch erschreckender und in dieser Form vermutlich schon seit einigen Jahren nicht mehr vorgekommen.
Was die Frage nach dem Wohin auf den ersten Blick noch unbeantwortbarer macht.

Trotzdem sind es nicht nur die Räumlichkeiten, die angegriffen werden, sondern auch unsere politischen Überzeugungen. Zwar sind subkulturelle Orte, Orte mit denen in der Stadtumstrukturierung Profit gemacht wird, trotzdem sind es Orte an denen Menschen Unterstützung und Solidarität finden können. Orte an denen sich Menschen zusammen tun und aktiv werden können um vorherrschende Gesellschaftsnormen zu hinterfragen und anzugreifen. Orte, die nicht allein dadurch verbunden sind, dass sie bedroht sind, sondern in offener Feindschaft zu einem System stehen das auf Kapitalismus, Rassismus, Sexismus und anderer Arten von Diskriminierung aufbaut und daher auf Staaten und deren Apparate angewiesen ist. Eigentlich bietet sich für die Antwort auf das Wohin also nur eine Richtung an.

Wir, als *Interkiezonale*[1] sehen deshalb die Notwendigkeit uns zusammen zu tun, um gemeinsam für den Erhalt dieser Räume zu kämpfen – damit das Jahr 2019 nicht unter dem Stern der Räumungen steht. Alle Akteur*innen sollen unsere Wut zu spüren bekommen und merken, dass sie nicht ungesehen und ungehindert agieren können und so vielfältig die Mitwirkenden sind so vielfältig können auch unsere Mittel sein. Keine der Räumungen soll stattfinden und wenn doch, dann zu einem hohen Preis. Ob es gerichtliche Anordnungen für Räumungen sind, Razzien oder andere Angriffe, jeder ist ein Angriff auf uns alle und nichts darf unbeantwortet bleiben. Dabei halten wir es für wichtig nicht nur auf einen TagX zu warten sondern einen Schritt nach vorne tun und die Zeit zu nutzen in der wir wählen können wann wie und wo wir aktiv werden. Nutzen wir unsere Kreativität dezentral.

Wir rufen daher auf den Druck zu erhöhen.

Auf dass im Jahr 2019 entschieden wird, dass wir diese Schlacht gewinnen! Die Würfel sind noch nicht gefallen Wir bleiben alle unversöhnlich!

[1]Die Interkiezionale versteht sich als von den bedrohten Projekten unabhängige Gruppe mit dem Ziel eine gemeinsame Verteidigung zu organisieren und auf eine Realität hinzuarbeiten, auch im Hinblick auf unsere größeren Ziele.

de.indymedia.org/node/27576



WENN IHR UNS NICHT TRÄUMEN LASST, LASSEN WIR EUCH NICHT SCHLAFEN!



PUNKSANDBANTERS.DE



Kurzmeldung – Achtung vorm Jugendwiderstand

Achtung, im Artikel werden sexistische, homophobe und anderweitig diskriminierende Aussagen zitiert.

Es gibt Meinungsverschiedenheiten, da muss mensch schon mal einige Seiten investieren um sie zu erklären. Und dann gibt es Fälle die liegen einfacher. Ein solcher Fall ist der Jugendwiderstand.

Der Jugendwiderstand ist eine maoistische Organisation, die jedoch auch gerne mal positiven Bezug auf Stalin oder den gruseligen Massenmörder Pol Pot (Rote Khmer, Kambodscha) nehmen. Ihre Haupttätigkeit ist, neben posieren vor der Kamera und dem malen pathetischer Parolen, hauptsächlich der Angriff auf Linke anderer Strömungen, Anarchist_innen, Menschen die für Unterstützer_innen Israels oder einfach nur für Jüd_innen gehalten werden.

Am 1. Mai diesen Jahres griff der Jugendwiderstand in Berlin bspw. den feministischen Block an, weil dort ein Banner gegen Antisemitismus getragen wurde. Feminismus ist in dem roten Maskulinistenbund (auch wenn es vereinzelt auch weibliche Mitglieder gibt) aber auch sonst ein gern gesehenes Ziel. So agierte der Jugendwiderstand-Ableger in Flensburg gegen die dortigen feministischen Boxclub auch schon mal mit Vergewaltigungsandrohung: *"Antifa-F***** jetzt gibts Schwanz!"* Insgesamt scheint es beim Jugendwiderstand, folgt mensch den Mitgliedern mal in den sozialen Netzwerken, verpöhnt sich politisch zu äußern ohne dabei nicht Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Berhindertenfeindlichkeit oder gleich alles zusammen einfließen zu lassen. So wundert es denn auch kaum, dass in der Bewegung mühelos NPD-Kader und ehemalige rechte Hools ihren Platz finden und die führenden Köpfe auf Facebook schon mal darüber diskutieren wie mensch IB'ler (= Personen der „Identitären Bewegung") abwerben könnte, die bei den rechten Ausschreitungen in Chemnitz "Kampfgeist" bewiesen hätten.
In den Auseinandersetzungen mit Nichtnazis will der Jugendwiderstand dagegen nicht abwerben, auch nicht nur ein wenig rummelboxen, er will i.d.R. nach eigener Verlautbarung "töten": Zionisten, Antikommunisten (auch linke), Hipster mit "schwulen" Jutebeuteln, Antideutsche etc. pp..

Der Jugendwiderstand hat seine größte Gruppe in Berlin, weitere Ableger existieren aber auch in Bückeburg, Flensburg, Hamburg, Magdeburg, Münster und Berlin. Sympathien für die Organisation bekundeten u.a. aber auch Gruppen von "Zusammen kämpfen" (ZK), u.a. vertreten in Magdeburg, Halle und Stuttgart. Auf überregionalen, linken Demos wird der Jugendwiderstand auch im Osten weiterhin toleriert, so z.B. bei der Oury-Jalloh-Demo in Dessau oder kürzlich bei der Demo gegen die Innnenministerkonferenz in Magdeburg.

In Dresden ist die Organisation in Form der "Revolutionären Jugend Dresden" aktiv. Knapp zwei Monate vor der Gründung waren die Dresdner_innen nach Aussage dortiger Jugendwiderständler_innen in Flensburg anlässlich einer Pro-Palästina-Demo. Bei diesem Besuch beteiligten sie sich wohl auch am versuchten Überfall auf ein Kollektivmitglied des anarchistischen Mailorders "Black Mosquito". Ende August gründete sich die Gruppe offiziell in Dresden. Seitdem ist sie bei größeren antifaschistischen Demonstrationen und hat dabei schon mindestens zweimal aktive Antifaschist_innen bedroht, u.a. mit Verweisen darauf, dass mensch wisse wo sie wohnen und das jetzt hier "andere Seiten aufgezogen" würden. Daneben überstickert die Gruppe v.a. Werbung von Anarchist Black Cross und FAU (hier v.a. der Schüler_innenorganisation "Schwarze Rose"). Anlässlich einer Wandertour im Elbsandsteingebirge posierte die Gruppe mit Hammer&Sichel- nebst Sachsenfahne. In den Kommentaren ergänzten die Anhänger Parolen wie "Heimat, Freiheit, Tradition".

Kurz: Der Jugendwiderstand ist bestenfalls eine Querfront-Organisation, wenn mensch sie nicht gleich ins rechte Lager sortieren möchte. In den Verlautbarungen ihrer Mitglieder wird deutlich, dass ihre Bewunderung für rote Diktatoren sich v.a. aus ihrem Führerkult und den nationalistischen, antisemitischen und völkischen Elementen der entsprechenden Ideologien speist.

Solche Organisationen im eigenen Umfeld zu dulden ist gefährlich: Der Jugendwiderstand zeigt mehr Aktionismus beim gezielten Angriff auf Genoss_innen als manche Nazistruktur, durch Akzeptanz in Teilen der antifaschistischen Bewegung erlangen die Akteur_innen darüber hinaus immer wieder sensible Informationen wie Adressen, Treffpunkte, Gruppenzusammensetzung. Schließlich erfolgen Angriffe und Drohungen durch den Jugendwiderstand immer wieder aus den Demos heraus auf denen mensch gemeinsam marschiert und damit unvorbereitet. Schließlich kann eine Bewegung die den Jugendwiderstand duldet keinen Schutzraum für Jüd_innen, Homosexuelle, Behinderte, Frauen, Anarchist_innen darstellen.

Informiert euch und eure Genoss_innen über die Gruppe, schafft Aufklärung, entfernt ihr Material, sucht euch beherzte Anarchist_innen und schmeißt die Truppe aus AZs, Kneipen und Demos.

Mehr Infos u.a. auf:

Tagesspiegel: Gewalttätige Politsekte "Jugendwiderstand"
– Maos Schläger aus Berlin-Neukölln

Friedensdemo-Watch: Die Kameradschaft »Jugendwiderstand« und die Neonazis: Die maoistische Gruppe aus Berlin auf extrem rechten Wegen





Der Anarchistische Hörfunk aus Dresden ist ein Teil des Anarchistischen Netzwerks Dresden (AND). Einige Mitglieder dieses Netzwerks fanden sich im Frühjahr 2017 zusammen, weil sie Lust hatten, gemeinsam eine anarchistische Radiosendung zu gestalten. Seit Mai 2017 strahlt die Gruppe einmal im Monat eine einstündige Sendung aus. Im Jingle des Radios heißt es: *„Wir reden über anarchistische und antiautoritäre Ideen in Theorie und Praxis, Geschichte und Gegenwart.“*
Bisher hat das Radio 19 Sendungen ausgestrahlt, mit sehr unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, welche vom 1. Mai, über Knast und Strafe, den G20 Gipfel, Community Accountability, selbstbestimmte Sexualität, bis hin zu Radikaler Ökologie, Solidarischer Ökologie und Widerständiges Wohnen reichen. Vor jeder Sendung treffen sich die Mitglieder, welche gern an der nächsten Sendung mitwirken wollen, in lockerer Runde und alle können Ideen und Vorschläge einbringen, welches das zentrale Thema der kommenden Sendung sein soll. Nachdem sich auf ein Thema geeinigt wurde, beginnt der tiefere Prozess der Gestaltung, wobei sich sehr unterschiedlicher Medien und Methoden bedient wird. Sowohl Interviews als auch Diskussionsrunden mit verschiedenen Teilnehmer*innen sind Teil der Sendung. Es wird versucht, immer einen informativen Teil mit Input vorzubereiten, aber auch Musik spielt eine wichtige Rolle, welche dann zwischen den verschiedenen Beiträgen gespielt wird. Dabei werden nur Songs, welche nach der Creative Commons Lizenz frei zur Verfügung stehen, benutzt.

Der AHD freut sich natürlich immer über neue Leute, die auch Lust haben, mehr über Radio zu erfahren und auch selbst an einer Radiosendung mitwirken wollen. Falls DU also auch Lust hast, dann komm einfach zu einem unserer Treffen, näheres erfährst du über die AND Website.
Und natürlich kannst Du uns auch gerne hören, also, schalte ein:

Jeden 3. Sonntag im Monat, 16-17 Uhr, bei ColoRadio auf 99,3 und 98,4 MHZ

(Und falls Du es mal nicht schaffst, genau zu diesem Zeitpunkt zuzuhören, kannst du auch alle Sendungen auf https://and.notraces.net nachhören!)



Lass dich nicht verarschen – vor allem nicht vom Amt!

Hunderttausende beziehen kein ALGI oder ALGII – obwohl sie Anspruch darauf hätten. Grund sind in der Regel die Schikanen und die Bürokratie, die mit einem Antrag verbunden werden. Aber auch wer „Kunde" bei der Agentur oder beim Jobcenter ist, holt oft nicht raus, was aus der Struktur rauszuholen wäre. Dieser Umstand zeigt, dass so manches Kalkül der Behörden aufgeht. Hier soll es um ein paar grundlegende Dinge gehen, die beim Umgang mit dem Jobcenter zu beachten sind.

Erwerbslosigkeit? Ein Politikum, mit dem du nicht alleine stehst!

Erwerbslosigkeit ist eine hochpolitische Sache. Die deutsche Wirtschaftsdominanz im globalen Kapitalismus wäre ohne den riesigen Niedriglohnsektor und jahrelange Perioden der stagnierenden oder gar sinkenden Reallöhne kaum denkbar. Dieser Niedriglohnsektor wiederum könnte ohne das System von Erniedrigung, Aufstockerei, Sanktionen und damit ständiger Angst vor dem Verlust des ungeliebten Jobs kaum aufrecht erhalten werden.

Auch wenn es vielleicht nicht unser erster Gedanke wäre, steht unser Verhalten gegenüber dem Jobcenter damit in einer direkten Verbindung zur deutschen Wirtschaftsdominanz und zu den Kämpfen gegen deutsche Spardiktate in Griechenland, Frankreich, Spanien usw. Halten wir in Deutschland still und lassen uns ins Hamsterrad von Leiharbeit, schlechten Minijobs und prekärer Scheinselbstständigkeit treiben, gestalten wir damit auch Bedingungen, die den wirtschaftlichen Widerstand der Bevölkerung im europäischen Süden ins Leere laufen lassen. Wenn wir uns gegen das Jobcenter wehren, dann wehren wir uns nicht nur für ein paar Kröten und ein wenig persönliche Ruhe. Wir wehren uns auch für die Belange unserer Kolleg_innen weltweit, so sie von der deutschen Wirtschaft betroffen sind.

Gleichzeitig kann eine aktive Arbeit gegen die Willkür des Jobcenters aber auch eine sehr aufmunternde und tolle politische Erfahrung sein: Mit anderen in der Schlange den Aufstand gegen die Security proben, in Gesprächen mit anderen antikapitalistische Einstellungen festigen, systemtreuen Sachbearbeiter_innen die Schweißperlen auf die Stirn treiben – alles keine Seltenheit, wenn mensch es nur richtig angeht.

Kenne deine Rechte BEVOR du zum Amt gehst, geh nicht allein, have fun!

Grundlage um sich beim Amt gut zu schlagen ist, sich vorher klar zu machen, was mensch will. Also z. B. ob du dir möglichst lange und entspannt dein bedingungsloses Grundeinkommen abholen willst, ob du von denen tatsächlich eine Jobvermittlung oder eine Weiterbildung wünschst. Zum Teil lässt sich beim Jobcenter enormes rausholen, wie z. B. eine anteilige Finanzierung der Fahrerlaubnis.

Gleichzeitig solltest du dir Gedanken machen, was auf jeden Fall nicht passieren soll, z. B. Vermittlung in einen Job in Hinterpotschappel oder ähnliches. Hast du das für dich klar gezogen, empfiehlt sich eine Beratung über die Strategie, die du anwenden willst, um das gewünschte zu erreichen. Solch eine Beratung erhälst du bei den gewerkschaftlichen Sprechstunden der FAU, jede gerade Kalenderwoche 18-20 Uhr im Hinterhaus des Hausprojektes Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26 in Dresden. Eine Voranmeldung per Mail ist zu empfehlen.

Bei der Beratung geht ihr gemeinsam deinen Fall durch und dir werden verschiedene Gesprächs- und Verhaltenstaktiken aufgezeigt, mit denen du deine Ziele durchsetzen kannst. Je nachdem, was du für ein Charaktertyp bist, z. B. offensiv-streitlustig, schüchtern, verbimmelt etc., kann mensch dann schauen, mit welcher Taktik du dich am wohlsten fühlst.

Bei einer solchen Beratung kannst du außerdem Erfahrungen abstauben, wie sich der Aufenthalt im Jobcenter gestaltet. So gehst du selbstsicherer hin, weil du weißt, was dich erwartet. Willst du deine Zeit gleich nutzen, um anarchistische Einstellungen bei anderen zu entdecken und zu fördern, werden dir außerdem die Erfahrungen von versierten Kolleg_innen helfen, wenn es darum geht Gespräche anzufangen, bei anmaßendem und rassistischem Verhalten der Securitys zu reagieren etc.

Auf KEINEN FALL solltest du – wenn du es irgendwie vermeiden kannst – erst kommen, wenn du die ersten paar Termine im Jobcenter bereits hinter dir hast und mensch dich gezwungen hat, eine „Eingliederungsvereinbarung“ (EGV) zu unterzeichnen. Die EGV bildet die Grundlage, dass mensch dich überhaupt erst sanktionieren kann. Je nach der Taktik und deinen Wünschen kann es Sinn machen, auf die ein oder andere Weise gegen den Abschluss der EGV Widerstand zu leisten. Jeder Widerstand gegen Eingliederungsvereinbarungen beeinträchtig außerdem die Funktion des Repressionsapparats Jobcenter, weil es Kräfte auf Seiten der Sachbearbeiter_innen bindet.

Noch ein wichtiger Tipp für den Anfang: Geh nicht allein! Zeug_innen sind Gold wert, Sachbearbeiter_innen schüchtert es ein, im Zweifelsfall hast du bei Klagen die besseren Karten.

Gerade bei einer offensiven Taktik (*„Ich verklag euch, bis ihr kein Land mehr seht!“, „Interessant, ich fordere das mal mit ihrer_m Vorgesetzten zu besprechen!“, „Wollen sie das wirklich in der Zeitung lesen?!“*) ist es dabei gut, jemanden mit zu haben, der_die sich als Gewerkschaftsmitglied oder Sozialarbeiter_in ausweisen kann und es versteht, mit Paragrafen um sich zu werfen. Letztlich ist aber besser jemanden dabei zu haben, der noch nie ein Jobcenter von innen gesehen hat, als alleine zu gehen. Ihr werdet merken, dass ihr auch als Laien schnell vieles lernt und mit jedem Termin kompetenter werdet.

Zusammen sind wir schlauer – teile deine Erfahrungen!

Wenn du mit deinen Teams (auf dem Jobcenter bearbeitet immer mindestens ein Team der „Leistung“ und eines der „Integration“ deinen Fall) schon ein wenig Erfahrung habt, ist es gut, diese weiter zu melden. Schreibt euch dafür bitte bei Briefwechseln und Terminen die Nummer des Teams, am besten auch die Namen der Sachbearbeiter_innen und eure groben Erfahrungen auf. Diese Erfahrungen können sowas sein wie: *„Termin verpasst, Klima hat sich sehr verschlechtert“, „Habe meine Situation dargestellt, haben verständnisvoll reagiert, hab nun weniger Termine“, „Keine Bewerbungen abgegeben, wurde mit Maßnahme abgestraft“* usw. usf.

Schickt diese Angaben dann bitte an *faudd@fau.org*. Die FAU Dresden arbeitet an einer Datenbank über die verschiedenen Teams und Sachbearbeiter_innen, da die politischen Einstellungen, Taktiken und Reaktionen der Teams z. T. sehr variieren. Mit den Angaben können wir unter Umständen negative Konsequenzen bei zukünftigen Beratungen schneller abwenden und von Anfang an die passende Taktik auswählen.

Die Angst vor den Sanktionen verlieren!

Wenn du doch mal Sanktionen fängst, ist das kein Weltuntergang. Die meisten Sanktionen sind rechtlich angreifbar. Mit einem Anwalt lässt sich in der Regel gut dagegen vorgehen. Ein Anwalt, den die FAU Dresden meistens in diesen Fällen empfiehlt, hat bei Klagen gegen Sanktionen eine Erfolgsquote von über 90%. Als Erwerbslose_r bekommst du die Gerichtskosten dabei meistens vom Staat bezahlt, ansonsten helfen für solche Fälle Rechtsschutzversicherungen oder die FAU-Mitgliedschaft (die allerdings schon drei Monate vor Antrag von Finanzhilfen bestehen sollte, weil es sich sonst nicht finanzieren lässt). Auch sonst finden FAU-Mitglieder untereinander eine Lösung, wenn es durch Sanktionen oder andere Notlagen bei jemanden finanziell knapp aussieht.

Solidarität ist keine Einbahnstraße, wir brauchen dich!

Die Möglichkeit der FAU, aktive Begleitungen und Beratungen vorzunehmen, ist leider begrenzt, denn viele, die diese Arbeit leisten, engagieren sich ebenso in gewerkschaftlichen Branchen-Initiativen, in inhaltlichen FAU-Arbeitskreisen (z.B. zum Thema Nachbarschaftsarbeit, Feminismus) oder beim Aufbau regionaler Initiativen (Region Pirna, Region Oberlausitz). Ebenso sind die finanziellen Mittel der Gewerkschaft, um Prozesse zu bezahlen oder bei finanziellen Notlagen einzuspringen, von der Anzahl zahlender Mitglieder abhängig.

Völlig klar ist dabei: Nicht alle können alles machen und bei vielen anarchistischen Lohnabhängigen ist das Monatsbudget knapp. Trotzdem kann die themenbezogene Mitarbeit in der FAU oder ein kleiner Mitgliedsbeitrag die Arbeit der Struktur schon entlasten und ihre Möglichkeiten erweitern. Selbst eine Mitgliedschaft mit Notantrag (d. h. mit vermindertem Mitgliedsbeitrag wegen finanzieller Notlage) stärkt als Bekenntnis der Solidarität den Aktivist_innen den Rücken bei der täglichen Arbeit und ist auch bei rechtlichen Auseinandersetzungen, z. B. um die Tariffähigkeit der Gewerkschaft, ein wichtiger Faktor.

Mehr Hartz, mehr Rente!

Wenn du das nächste mal zum Amt musst, daher Kopf hoch, Freund_innen Bescheid geben, Schokolade einpacken. Du bist nicht allein, es gibt Menschen, die dir helfen, und es gibt Menschen, denen du mit deinem Widerstand hilfst. Wir sehen uns im Warteberreich!

Einzelne Erwerbslosen-Aktivist_innen der FAU Dresden



Infobox Beratungsstellen Dresden

Rechtlich sehr erfahren und kompetent, allerdings von staatlicher Förderung abhängig und damit in ihrer Beratung nicht völlig ungebunden, sind:

Männernetzwerk Dresden e.V. p3 | sozial
Notfallsprechstunde Erwerbslosigkeit: Jeden Donnerstag 13.00 – 14.00 Uhr
Tel: 0351 – 65 888 325 | E-Mail: kontakt@mnw-dd.de | Schwepnitzer Straße 10

Frauen für Frauen e.V. Sowieso
Beratung zu Themen der Erwerbslosigkeit mit Terminvereinbarung möglich:
Mo-Fr, 9.00–18.00 Uhr
Beratung zu Themen der Erwerbslosigkeit ohne Termin jeden Mittwoch
14.00–16.00 Uhr
Tel.: 0351 804 14 70 | E-Mail: beratung@frauen-ev-sowieso.de | Angelikastraße 1
Notwendigkeit von Barrierefreiheit bitte im Vorfeld mitteilen

Anarchistische Beratung – auch für Leute, die sich nicht in eins der oben genannten Gender einsortieren lassen wollen:

FAU Dresden
Allgemeine Beratung: Jede gerade Kalenderwoche Dienstag 18-20:00 Uhr
E-Mail: faudd@fau.org | Overbeckstraße 26
Voranmeldung, insbesondere bei Notwendigkeit von Barrierefreiheit erbeten.

BRING AN
END TO
POLICE BRUTALI

Obwohl der Schwerpunkt der Circle-A Ausgabe schon sehr repressionslastig ist, da es sich um das kommende neue sächsische Polizeigesetz dreht, also viel Überwachung, Kontrolle und zu erwartende Polizeiwillkür, haben wir trotzdem noch ein paar Themen für euch.

In der Repressionsrubrik erwartet euch diesmal ein Bericht über die Revolte in der JVA Berlin Tegel und in der Gefangenenpost findet ihr einen unglaublich traurigen Brief von Andreas Krebs aus dem Knast in Italien. Er braucht dringend eure Unterstützung.
Außerdem gibt es am 22. Januar den Internationaler Aktionstag in Solidarität mit Trans*menschen im Knast und am 15. März den Internationalen Tag gegen Polizeibrutalität. Eure Ideen und Solidarität sind gefragt. Ein Aufruf für die Demo gegen das neue Polizeigesetz am 26.1. und auch für die Demo am 9. März zum Frauen-Knast in Chemnitz findet ihr weiter hinten im Magazin bei Terminen.

Also auch dieses Jahr mit Power durch die Mauer bis sie bricht!
Für eine Welt ohne Knäste und Repression!
Für Solidarität und gegen die Isolation!

Überwachung - Polizeigesetze - Solidarität



Unsere Solidarität ist ihr Kontrollverlust! Gegen Kapitalismus & Polizeistaat! Silvester zum Knast (...)

Quelle: indymedia (minimal abgewandelt)

Dein Wecker klingelt. Du stehst auf, machst dir einen Kaffee. Bevor du zur Arbeit gehst, schreibst du noch kurz einer Freundin. Dein Messenger zeigt dir an, dass sie deine Nachricht gelesen hat. Am Bahnhof schaust du nach oben. Waren da schon immer so viele Kameras? Vermutlich schon. Du rennst zum Bahnsteig. Doch als du ankommst gehen die Türen schon zu, deine Hand schlägt resigniert gegen den anfahrenden Zug. Plötzlich kommt ein Streifenwagen angefahren. Zwei Polizisten steigen aus, gehen auf dich zu und fragen, was du hier machst.

Was dir dein Messenger nicht angezeigt hat, ist, dass auch noch andere mitgelesen haben. Was du bei den vielen Kameras auch nicht bemerkst, ist, dass im Hintergrund dauerhaft ein „intelligentes“ Programm deine Schritte verfolgt und beschlossen hat, dass du dich auffällig verhältst…

Was sich nach Krimi oder düsterer Zukunftsvision vom Überwachungsstaat anhört, ist seit November 2017 in Baden-Württemberg möglich. Dank dem neuen Polizeigesetz, dass diese Landesregierung still und leise – noch vor der bayrischen – einführte. Es erlaubt der Polizei oder den Geheimdiensten unabhängig von möglichen Straftaten deine Telekommunikation zu überwachen. Allein der bloße Verdacht einer Straftat reicht aus, um Überwachungsmaßnahmen einzuleiten.

Auch die Kameraüberwachung von öffentlichen Plätzen, mit gleichzeitiger automatischer Auswertung von Verhaltensmustern wird dadurch ermöglicht. Rennen, Hinfallen oder Hin- und Herlaufen reichen aus, damit das Überwachungsprogramm das Verhalten als verdächtig einstuft. Nebenbei wurden noch „Banalitäten", wie der Einsatz von Sprengmitteln, z.B. Handgranaten gegen Menschen erlaubt!

In Bayern und NRW gab es 2018 anlässlich der dortigen Einführungen neuer Polizeigesetze riesige und breite Proteste. Von linken Gruppen, über Gewerkschaften, den Grünen bis hin zur SPD, beteiligten sich Zehntausende an den Protesten. Das zeigt vor allem, dass diese Verschärfungen nicht nur eine Minderheit betreffen, sondern für uns alle eine Bedrohung darstellen. Bayern hat jetzt das schärfste Polizeiaufgabengesetz.

Die anderen Bundesländer ziehen nach, so ist auch für Baden-Württemberg und Sachsen eine weitere Verschärfung des Polizeigesetzes für 2019 geplant.

Warum?

Der viel erwähnte Rechtsruck ist mehr als AfD und rassistische Hetze. Er ist auch Abschottung, Überwachung und Militarisierung – sowohl nach Inneren als auch nach außen. Die Polizeigesetze sind ein Teil dieser inneren Aufrüstung. Aus Angst, der Unmut eines Großteils der Bevölkerung überzunehmende soziale Probleme, könnte zu einem Kontrollverlust der Herrschenden führen, werden schon im Voraus die schweren Geschütze aufgefahren. Ein Blick nach Frankreich genügt, um einen Vorgeschmack für Ansätze solcher Entwicklungen zu bekommen. Wohnungsnot, steigende Lebenshaltungskosten, Sozialabbau, Verunsicherung der Arbeitsverhältnisse sind auch hier an der Tagesordnung. Wer dabei die Korken knallen lässt ist kein Geheimnis: Unternehmer, Manager, Lobbyisten, hohe Staatsbeamte und ihre geladenen Partygäste.

Kurzum: die Klasse der Herrschenden.



Kein Widerstand ist auch keine Lösung

Wer sich dagegen zur Wehr setzt, bekommt die Härte des Staates zu spüren. Das ist auch der Grund, warum jetzt schon versucht wird Ansätze linker Organisierung im Keim zu ersticken. Den Kopf in den Sand zu stecken wäre aber nicht nur ein Freifahrtschein für diese Entwicklungen, es hieße auch, die erfolgreichen Proteste, die es in den letzten Jahren eben auch gab, zu ignorieren.

Zigtausende sind in diesen Zeiten regelmäßig auf der Straße und das nicht nur, um gegen diese oder jene Verschärfung zu protestieren. In den Kämpfen, die wir führen, stellen wir schon jetzt die Weichen für den radikalen Umsturz des kapitalistischen Systems hin zu einer befreiten Gesellschaft. Ob Proteste gegen Rechte, Aktionen gegen Krieg und Militarisierung, der Aufbau von internationaler Solidarität oder der Kampf in den Betrieben: All das sind Bausteine auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus hin zu einer besseren, einer solidarischen Welt.
Einer Welt, die organisiert wird im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht um die Profitgier der wenigen Herrschenden zu befriedigen.

Der Weg dorthin ist alles andere als leicht. Diese Perspektive ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln, muss immer auch heißen, sich gegen diejenigen zu wehren, die alles daransetzen, ihr System aufrecht zu erhalten.

Unsere Waffe heißt Solidarität – Jedes Silvester auf zu den Knästen!

Knast ist hierzulande eines der härtesten Mittel, gegen all jene, die sich nicht in dieses System integrieren lassen. Nach dem „Antiterrorparagraphen“ §129b inhaftiert die deutsche Justiz aktuell 4 Menschen wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PKK im Stammheimer Hochsicherheitsknast. Ihr legitimer Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung und gegen einen immer faschistischer werdenden türkischen Staat ist auch Deutschland und seinen Wirtschaftsinteressen ein Dorn im Auge. Demokratisches Deutschland ermahnt die diktatorische Türkei? Heuchelei! Denn auch die PKK steht für eine bessere Welt, in der die Interessen der Massen über dem Profitstreben einer Minderheit stehen.

Doch die Mehrheit der Inhaftierten sind keine politischen Gefangenen, sondern eine Vielzahl von Menschen, die im Sinne des Systems „rechtswidrig“ gehandelt haben, um aus einem Leben in ständiger Abhängigkeit und Unsicherheit auszubrechen, oder um einfach ein paar Mal mit dem Bus in die Stadt zu fahren – ohne Ticket.

Diesen Menschen gilt erst einmal unsere Solidarität, auch wenn wir nicht mit allem einverstanden sind, was sie anstellen. Unser Maßstab sind eben nicht bürgerliche Gesetze, die eine grundsätzlich ungerechte Ordnung aufrechterhalten. Vielmehr geht es um die Perspektive einer solidarischen Gesellschaft, an der wir uns orientieren. Wir kämpfen nicht nur gegen den Kapitalismus an, sondern praktizieren schon heute im Kleinen, was in Zukunft die Grundlage für gesellschaftliches Handeln sein soll. Unsere Stärke ist, dass wir nicht alleine sind.

Im Konkreten hieß das für uns auch in diesem Jahr: An Silvester zum Knast!

Solidarität mit der Roten Hilfe von ABC-Jena

Seit zwei Wochen ist bekannt geworden, dass Horst Seehofer, CSU-Innenminister von Deutschland, die Rote Hilfe verbieten lassen möchte. Das ist nicht das erste Mal, dass von einem Verbot der Roten Hilfe gesprochen wird. So konkret scheint es aber noch nie gewesen zu sein. Insofern ist jetzt der Moment, sich vor die Rote Hilfe zu stellen und ihr Verbot zu verhindern!

Auch wenn wir als ABC Jena eine deutliche Kritik an der Roten Hilfe vertreten [1], schließen wir uns aus folgenden Gründen der Solidaritätsbewegung ab. Nach dem Verbot von linksunten.indymedia.org droht das Rote-Hilfe-Verbot zu einer weiteren Etappe einer staatlichen Kampagne gegen die linke Bewegung zu werden – weitere Verbote sind nicht unwahrscheinlich. Darüber hinaus soll das Verbot der linken Bewegung etwas ganz Grundsätzliches nehmen: die Fähigkeit, sich gegen Anzeigen, Verfahren, Razzien, Inhaftierungen und Verurteilungen zu wehren.

Das angekündigte Verbot macht zwei Dinge notwendig:
(1) eine möglichst breite Unterstützungsbewegung über alle Spektren hinweg konkret für die Rote Hilfe und

(2) aber auch strategische Überlegungen darüber, wie wir uns gegen die Repression generell aufstellen wollen. Gegen Verbote und Verfolgung ist es sinnvoll, neben einer zentralisierten Organisation auch lokale Organisationen wie das ABC und andere aufzubauen.

Wir solidarisieren uns also öffentlich mit der Roten Hilfe und rufen dazu auf:

dass sich weitere Gruppen und Organisationen öffentlich zur Roten Hilfe bekennen
eine eigene Informationskampagne gegen die staatliche Propaganda zu starten
neben der RH lokale und autonome Antirepressionsorganisationen aufzubauen

Schwarzkreuz Jena,
11. Dezember 2018

1: https://abcj.blackblogs.org/2017/04/25/abschliessende-gedanken-zur-siegerjustiz-debatte-um-und-mit-der-roten-hilfe/

Oury Jalloh



DER MORD IST FAKTISCH BELEGT – JUSTIZ VERWEIGERT ABER WEITERHIN AUFKLÄRUNG!

Vor 14 Jahren verbrannte Oury Jalloh in der Zelle 5 des Dessauer Polizeireviers. Brand- und Todesursache sind weiterhin ungeklärt. Ginge es nach der Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg, dann könnte der Fall mit dem Prüfungsvermerk vom 17.10.2018 endgültig zu den Akten gelegt werden. Doch dieser Vermerk selbst ist nur ein weiterer offenkundiger Beleg dafür, dass die Justiz in Sachsen-Anhalt die Aufklärung des Mordes an *Oury Jalloh* hartnäckig verweigern möchte. Die verantwortlichen Oberstaatsanwälte *Wetzel* und *Blank* schließen einen Mord kategorisch aus und ignorieren konsequent die tatsächliche Fakten- und Beweislage.

Gabriele Heinecke, Anwältin der Familie von *Oury Jalloh,* hat am 4. Januar 2019 fristgerecht Antrag auf Klageerzwingung beim Oberlandesgericht Naumburg gestellt.
Der Antrag beinhaltet wissenschaftlich fundierte Fakten, die deutlich beweisen, dass *Oury Jalloh* sich eben nicht selbst angezündet haben kann. Zum Prüfvermerk der Generalstaatsanwaltschaft erklärt *Heinecke*: *„Es mag sein, dass der Verfasser des Vermerks „sämtliche hier zur Verfügung stehenden Ermittlungsakten und sonstige Unterlagen durchgesehen" hat. Allein das führt aber nicht zur Erkenntnis"*. Sie kritisiert, dass in diesem Vermerk weder eine Auseinandersetzung mit den wichtigsten Hinweisen auf eine Brandlegung durch Dritte, nämlich dem Gutachten zum Feuerzeug stattfindet, noch eine Auseinandersetzung über die von dem Sachverständigenkreis herausgearbeiteten Tatsachenfeststellungen dazu, dass *Oury Jalloh* aufgrund der rechtsmedizinischen und brandsachverständigen Erkenntnisse gar nicht in der Lage gewesen sein konnte, ein derartiges Feuer selbst zu entzünden. *Heinecke* bewertet daher den Vermerk der Generalstaatsanwaltschaft als *„Versuch, durch Unterschieben von „Mordkomplott"-Theorien davon abzulenken, dass es inzwischen eine objektive Beweislage gibt, die sich von den Erkenntnissen des Landgerichts Magdeburg am 13.12.2012 unterscheidet. Nicht zuletzt der von der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg selbst eingeholte Prüfbericht vom 12.07.2018 des Büros für Brandschutz (Pasedag) streitet gegen die für die Einstellung des Verfahrens vorgetragenen Argumente. […] Der Prüfbericht des Sachverständigen Pasedag weist – erneut – nach, dass ohne den Einsatz von Brandbeschleunigern das am 7. Januar 2005 vorgefundene Brandbild nicht erreicht werden kann."*
Der Antrag zur Klageerzwingung beinhaltet zudem die Begründung eines hinreichenden Tatverdachts gegen zwei damalige Polizisten des Dessauer Polizeireviers. Sollte das Oberlandesgericht Naumburg dem Antrag von Rechtsanwältin *Heinecke* stattgeben, wäre gegen diese zwei Beamten sofort Anklage wegen Mordes zu erheben.
Bereits am 30. Dezember 2018 hatte *Beate Böhler,* ebenfalls Anwältin der Familie von *Oury Jalloh,* Anzeige wegen Mordes gegen zwei konkret benannte Dessauer Polizeibeamte beim Generalstaatsanwalt in Naumburg gestellt.

„Weil Oury Jalloh sich aus den genannten Gründen nicht selbst angezündet haben kann, kommen als Täter nur Personen in Betracht die zur fraglichen Zeit Zugang zur Zelle 5 des Polizeireviers Dessau hatten.“, schlussfolgert Böhler.
„Die Beschuldigten haben auch ein Motiv. Während ihres Einsatzes erlitt Oury Jalloh zumindest Gesichtsverletzungen. Die von den Beschuldigten zur Entstehung dieser Verletzungen abgegebenen Erklärungen stimmen nur teilweise überein. Sie gleichen den in Fällen von rechtswidriger Polizeigewalt immer wieder vorgebrachten Schutzbehauptungen angeblicher Selbstverletzungen der Opfer, durch Schlagen des Kopfes vor die Wand und auf den Tisch. Die Verbrennung war geeignet, Feststellungen zum Verletzungsbild, die diese Behauptungen widerlegen und eine Misshandlung des Getöteten durch die Beschuldigten nachweisen könnten, zu vereiteln. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Polizeibeamten wegen Körperverletzung im Amt, war insbesondere vor dem Hintergrund, der Fälle Rose und Bichtemann wahrscheinlich. Bichtemann war im Jahre 2002 in der Zelle 5 im Polizeirevier Dessau-Roßlau zu Tode gekommen. Diese Motivation erfüllt das Mordmerkmal der Verdeckungsabsicht gemäß § 211 StGB.“

Die Internationale Unabhängige Kommission ermittelt im Oury-Jalloh-Komplex

Unabhängig davon, welche Entscheidungen auf juristischer Ebene getroffen werden, wird die Familie von *Oury Jalloh* und die *Initiative in Gedenken an Oury Jalloh* ihren Kampf für Aufklärung und Gerechtigkeit intensiv fortsetzen. In diesem Sinne hat die Initiative im Januar 2018 eine Internationale Unabhängige Kommission gegründet, die eigene Ermittlungen aufgenommen hat und juristische Bewertungen vornimmt.
Vertreter*innen der Kommission haben am 23. Oktober 2018 auf einer Pressekonferenz in Berlin erste Ergebnisse ihrer Arbeit vorgestellt. Sie sprechen vom *Oury-Jalloh-Komplex*, da es neben *Oury Jalloh* zwei weitere ungeklärte Todesfälle im Polizeirevier Dessau gibt. *Hans-Jürgen Rose* wurde im Jahr 1997 mit schwersten innerlichen Verletzungen unweit des Polizeireviers in der Wolfgangstrasse aufgefunden und verstarb nur wenige Stunden später im Krankenhaus. Im rechtsmedizinischen Bericht heißt es, dass polizeiliche Schlagstöcke geeignet waren, einen Großteil der sichtbaren Verletzungen verursacht zu haben. Im Jahr 2002 wurde *Mario Bichtemann* tot in der Zelle 5 aufgefunden. Er starb an einem Schädeldachbruch mit Schädel-Hirn-Blutung. *Mario Angelelli,* internationaler Rechtsanwalt und Mitglied der Untersuchungskommission, erklärte zu den strukturellen Gegebenheiten im Polizeirevier Dessau: *„Es war so eine Art Freizone, eine gesetzlose Zone, hier konnte alles passieren. Niemand kontrollierte. Ob gewollt oder ungewollt, Tatsache ist, dass hier die Dessauer Polizei alles machen konnte, was sie wollte. Und das Endergebnis ist, dass es drei Tote gegeben hat.“*

In diesem Jahr nahmen an der Gedenkdemo über 800 Menschen aus dem ganzen Land teil. Bei der Abschlusskundgebung am Polizeirevier wurde die Tür symbolisch zugemauert. Wie jedes Jahr wurden wieder leere Feuerzeuge vor dem Revier abgelegt und dagegen geworfen. Auch zum 14. Todestag zeigten die Menschen, dass sie entschlossen sind, weiter für eine Aufklärung des Mordes an *Oury Jalloh* auf die Straße zu gehen. Vielen Dank an alle, die sich an der Demonstration beteiligt haben, die ihre Wut auf die Straße getragen haben und die nicht stillschweigend zu schauen, wenn die Justiz versucht einen Mord zu vertuschen.

Kein Vergeben! Kein Vergessen! Oury Jalloh – das war Mord!

Wie es zur Revolte in der SothA kam

– Berichte von Gefangenen der JVA Tegel

Veröffentlicht am 24. Oktober 2018 von GG/BO

GG/BO Soligruppe Berlin: Gefangene aus der JVA Tegel haben uns vor ein paar Tagen zugetragen, wie und warum es zu der Revolte in der SothA (Sozialtherapeutische Anstalt) am 12.10.18 kam. Zwar ist die JVA Tegel schon seit Langem dafür bekannt, baulich und technisch einem Abrisshaus zu gleichen, den Gefangenen Grundgesetze und Menschenrechte zu verwehren, sie zu verwahren, isolieren und drangsalieren und jeden kleinen Widerstand mit massiver Repression zu beantworten, allerdings haben sich die Ereignisse in der letzten Zeit noch mehr! zugespitzt, sodass *„die Gefangenen die Nase einfach voll haben"*.*

In der SoThA (für Therapien ausgelegt!) stellen sich, so die Gefangenen, folgende Probleme dar:

Es gibt keine Therapeuten, lediglich Student*innen, welche *„die Gefangenen als Studienobjekte betrachten und sie dementsprechend behandeln". „Wir sind hier die Versuchskaninchen für irgendwelche Hausarbeiten oder Bachelorarbeiten der Studis."*

Unter anderem in diesen Zusammenhang beklagen sich die Gefangenen über eine schlechte medizinische Versorgung. *„Ich war gesund als ich hier angekommen bin und jetzt bin ich der Totalschaden."* Konkret gemeint ist vor allem die falsche oder überdosierte Medikamentation. *„Entweder bekommst du hier für jedes Problem Ibuprofen, unabhängig davon, was du hast, oder du bekommst krasse Psychopharmaka reingedrückt, die die Leute völlig bekloppt machen. Zusätzlich bekommen die Gefangenen hier völlig falsches Essen – es gibt zum Beispiel seit geraumer Zeit kein Diabetikeressen mehr. Das Resultat ist ja klar: körperlich wirklich schlimme Zustände."*

Außerdem beklagen sich die Gefangenen darüber, dass die Ausbildungsplätze teilweise nur dafür geschaffen werden, damit die Auszubildenden der JVA Tegel einen Nutzen bringen. Die in der JVA angebotenen Ausbildungsplätze haben draußen also keine Zukunft. So stehen die Gefangenen bei der „Holz-Mechaniker-Ausbildung" zum Beispiel *„8 Stunden am Tag am Fließband und schieben Holz durch irgendwelche Maschinen – mehr nicht. Und mehr werden sie auch nicht mehr ‚lernen'."*

Dass es in der JVA Tegel enorm an Personal mangelnd, weil sich einige dauerkrank melden, einige Stellen auch gar nicht mehr besetzt sind und *„das Personal, welches vor Ort ist signalisiert, dass sie gar keinen Bock auf die Menschen dort und ihren Job haben"* ist zwar schon ewig bekannt, neu ist allerdings, dass aktuell Praktikant*innen eingesetzt werden, um die Lücken des Personalmangels zu füllen. Und vor allem dieser Umstand, in Verbindung mit den oben genannten Gründen, lässt die SothA Revolte wie folgt erklären:

„Selbstverständlich werden hier unsere Zellen oft durchsucht und dafür gibt es fest geschriebene Vorgehensweisen. Diese werden den Praktikanten aber offensichtlich nicht mitgeteilt. Deswegen werden die Durchsuchungen entweder oberflächlich durchgeführt (vermutlich weil die Praktikanten, jedenfalls haben wir das Gefühl, Angst vor uns haben) oder die Praktikanten übertreiben es völlig, weil sie Angst vor Anschiss seitens der Leitung der JVA haben. So war es auch am besagten Tag in der SothA. Mehrere Praktikanten durchsuchten die Zellen völlig überzogen und fanden dabei mehrere Handys, welche dann entnommen worden sind. Das hat die Gefangenen natürlich richtig wütend gemacht. Vielleicht für die, die das draußen nicht verstehen: der Telefonanbieter hier drin (Telio) ist viel zu teuer, den kann sich keiner leisten. Vor allem wenn du dann Familie im Ausland hast, was hier bei einigen der Fall ist, schießen die Telefonpreise in die Höhe. Deswegen ist es für viele Gefangene super wichtig, ein Handy zu haben – um Kontakt nach draußen, zu ihren Freunden und Familien halten zu können. Naja, und kurz um: dass dieser Kontakt jetzt unterbunden wurde, weil irgendwelche Praktikanten Schiss vor der Leitung haben und deswegen die Zellen haargenau durchsuchen, dass hat das Fass zum überlaufen gebracht. Hier drin läuft alles scheiße. Wenn du dann nicht mal mit deinen Liebsten draußen reden kannst, hast du doch eigentlich nichts mehr. Wir haben die Zustände hier alle satt – der Kontaktabbruch nach draußen hat es dann eskalieren lassen.“

Gefangene wehrten sich also, in Form einer Revolte, weil die Zustände schon lange nicht mehr hinnehmbar sind. Die Chance, dass Praktikant*innen vor Ort sind, *„die offensichtlich keine Ahnung haben, wie der Laden läuft“*, wurde von den Gefangenen genutzt. Wir als Soligruppe der GG/BO befürworten einen solchen Aufstand bzw. diese Methode des Kampfes und sind jederzeit bereit, die Gefangenen bei weiteren Aktionen zu unterstützen. Allerdings wurde uns auch zugetragen, dass das Personal einer solchen Revolte auch nicht ablehnend gegenüber steht. Sogar körperliche Angriffe würden vom Personal begrüßt werden.

„Das oberste Ziel eines Beatmen ist es, sich von einem Gefangenen verprügeln zu lassen, denn dann können sie immer auf Trauma und Arbeitsunfähigkeit plädieren.“

Offensichtlich können die Kämpfe der Gefangenen für die Freiheit und das würdevolle Leben und die Kämpfe der Bediensteten für Erwerbslosigkeit also zusammengeführt werden. Wir würden es ebenfalls gut finden, wenn Bedienstete nicht mehr im Knast arbeiten, in diesem Sinne:

Lasst die Lohnarbeit sausen, bleibt zu Hause oder macht Urlaub, öffnet die Tore und lasst die Gefangenen frei!

*Die Zitate sind Wortlaute von Gefangenen aus der JVA Tegel/SothA, welche anonym bleiben wollen, weil sie sonst Repressalien fürchten.

G20-Prozess zum „Elbchaussee-Komplex“

Quelle: united we stand

In Hamburg hat heute (18. Dezember 2018) der Prozess gegen fünf Aktivist*innen aus Frankfurt, Offenbach und Frankreich begonnen. Die drei Erwachsenen und zwei Jugendlichen sind angeklagt, bei Ausschreitungen auf der Elbchaussee während des G20-Gipfels im vergangenen Jahr in Hamburg „dabei gewesen“ zu sein.

Zum Prozess angereist war ein ganzer Bus mit Angehörigen und solidarischen Menschen aus Frankfurt. Das Bündnis „United we stand“ hatte einen Stand vor dem Gerichtsgebäude am Sievekingplatz aufgebaut, an dem es heiße Getränke und Musik gab.
In Redebeiträgen wurde über die Hintergründe der Gerichtsverhandlung informiert. Im benachbarten „Libertären Zentrum“ (LiZ) gab es Frühstück und einen Raum zum Aufwärmen.

Gefüllter Gerichtssaal

Der Verhandlungssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, viele Besucher*innen mussten draußen bleiben, eine Schulklasse konnte sich das Geschehen anschauen. Unter Jubel betraten die Angeklagten den Saal. Nach der Personalienfeststellung wurde mitgeteilt, dass das OLG die zweiten Verteidiger*innen entpflichtet hat, so dass jede*r Angeklagte nur noch eine*n Pflichtverteidiger*in zur Verfügung hatte.

Nach der Verlesung der Anklageschriften bekam die Verteidigung das Wort. Es wurde festgestellt, dass die Anwesenheit in einer Menschenmenge bei der Begehung einer Straftat nicht strafbar ist und diese ohnehin nur auf Indizien gestützt sei. Das Verfahren diene der Verschleierung des politischen Versagens bei der Organisation des G20-Gipfels und solle die Öffentlichkeit beruhigen.

Weiterhin kritisiert die Verteidigung die unterbleibende Haftverschonung für die Angeklagten Halil und Can. Den beiden war vor drei Wochen von der Richterin eine Haftverschonung zugestanden worden. Daraufhin wurden sie auf freien Fuß gesetzt und mussten nach stattgegebenem Einspruch der Staatsanwaltschaft nach zwei Stunden in die Haft zurückkehren. Die Inhaftierung wird mit Fluchtgefahr begründet, was durch die freiwillig erfolgte Rückkehr in die Haftanstalt hinreichend widerlegt sein sollte.
Die Verteidigung ging außerdem auf die Überschreitung von Kompetenzen der „Soko Schwarzer Block“ mit ihren 180 Beamt*innen bei den Ermittlungen ein.

Verhandlungstermine und Solidarität

Die Verhandlung endete mittags. Unter Beifall und mit erhobenen Fäusten verließen die Angeklagten den Saal. Die nächsten Termine sind am 8. und 10. Januar 2019.

Am kommenden Samstag findet ab 12 Uhr eine Kundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis Holstenglacis statt. Mit Redebeiträgen und Musik soll den Gefangenen „Solidarität durch die Mauern“ geschickt werden.

Neben drei der NoG20-Aktivist*innen aus dem Elbchaussee-Verfahren ist in der Hamburger Untersuchungshaftanstalt auch der kurdische politische Gefangene Mahmut Kaya, dessen Prozess auch bereits begonnen hat. Sein Verfahren wegen Mitgliedschaft in der PKK wurde am 20. Dezember fortgesetzt.

Prozessbeobachtung der Roten Hilfe Frankfurt am Main

Quelle: Rote Hilfe FFM

Der Beginn des NoG20-Prozesses zur Elbchaussee verzögert sich und wird mit einer Kundgebung von etwa 100 solidarischen Genoss*innen und einem großen Presseaufgebot begleitet.

Unter langanhaltendem Beifall, lauten Jubelschreien und Pfiffen betreten die Angeklagten mit Winken und Victory Zeichen den Saal.

Der Elbchaussee-Prozess wird mit der Personalienfeststellung eröffnet, danach wird über die zweiten Verteidiger*innen der Angeklagten diskutiert, die auf Antrag der StA kurzfristig vom OLG entpflichtet wurden. Die StA beschwert sich über die Sitzordnung und will die Anklageschrift aufgrund der Länge sitzend vortragen. Das Gericht ist der Meinung, dass das auch stehend geht. Die im Gegensatz zur Verteidigung mit zwei Vertreter*innen anwesende StA liest stehend vor.

Wir hören seit 10 Minuten eine packende Aufzählung von Kfz-Kennzeichen und Automodellen.

Der Saal für Zuhörer*innen ist fast voll, noch immer warten zahlreiche Besucher*innen auf Zutritt. Die StA liest weiter eine lange Schadensliste vor. Zu dem konkreten Beitrag der Angeklagten sagt sie nichts. Jetzt wird eine zweite Anklageschrift mit zusätzlichen Vorwürfen gegen Loic verlesen. Die Schadensliste spart sich die StA jetzt. Anklageschriften sind verlesen. Pause von 15 Minuten

Erstes Eröffnungsstatement der Verteidigung stellt klar, dass bloßes Dabeisein in einer unfriedlichen Menge nicht strafbar ist, die Anklage sich allein auf Indizien stützt und eine Demonstration nicht mit einer verabredeten Schlägerei von Hooligans zu vergleichen ist.

Zweites Verteidiger*innenstatement: StA trifft wilde Konstruktionen, um maximale Verantwortung der Angeklagten aufzubauen, die Angeklagten sind Projektionen, bei der die StA politischem Willen folgt, die von staatlichem Versagen ablenken und Verantwortung auf die noG20-Angeklagten umwälzen.
Im dritten Statement kritisiert die Verteidigung die Entscheidung des OLG die Inhaftierten trotz erwiesener nicht bestehender Fluchtgefahr nicht vorläufig aus der U-Haft zu entlassen und macht ideologische statt rechtliche Gründe verantwortlich.

Die Verteidigung von Loic kritisiert rechtswidrige Polizei-Ausflüge ins Ausland und unvollständige Akten. Die Soko Schwarzer Block überschritt bei den Ermittlungen mehrfach Befugnisse und Kompetenzen, um maximale Verfolgung vermeintlich Verdächtiger zu erreichen.

Der Prozesstag ist beendet. Weiter geht es am 08. (Kurztermin) und 10.01.2019. Lautstarker, langer Beifall und Jubel begleitet die Angeklagten beim Rausgehen, die mit erhobener Faust antworten.



[Deutschland] **Angriff auf Amtsgericht Hamburg-Harburg – Solidarität mit den Elbchaussee 5**
January 2nd, 2019

In der Silvesternacht wurde das Amtsgericht in Hamburg-Harburg mit Steinen und Bitumenfarbe angegriffen. Außerdem wurde mit Sprühfarbe ein Anarchiezeichen an der Fassade hinterlassen. Sie schrieben: "Mit diesem Angriff senden wir Grüße an die fünf Angeklagten im G20-Verfahren bezüglich der Angriffe in der Elbchaussee. Auch grüßen wir die Leute, die Feuer im Amtsgericht Berlin-Wedding legten und damit einen offensiven Impuls in die Prozessbegleitung gegeben haben. In ihren Worten und Taten haben wir unsere eigenen Gedanken wiedererkannt."

[Deutschland] **Berlin: AdBustings gegen Knast und Herrschaft**
January 2nd, 2019

Es ist der Morgen des 31.12., Silvester – unmittelbar vor den Knastmauern der JVA Moabit hängt ein großes Adbusting. Kein Einzelfall an diesem Morgen: im gesamten Stadtgebiet Berlins hängen in direkter Nähe zu den dortigen Knästen Poster in Werbevitrinen, die verschiedene Aspekte des Knastes und das Konzept von Knästen als solche kritisieren. Die Kritik richtet sich explizit gegen exorbitante Preise für das Telefonieren im Knast, horrende Haftungsbedingungen u.a. in Trakt 2 der JVA Tegel und Suizide Gefangener. Es wird aber vor allem grundlegende Kritik am Herrschen, Wegsperren und Strafen geäußert.

[Deutschland] **Hambacher Forst: Zu den aktuellen Razzien und der Gewaltdebatte**
December 29th, 2018

Es wurden Wiese und WAA gerazzt, während gleichzeitig RWE unter Polizeischutz mal wieder im Wald Bodenstrukturen zerstört hat. <u>Bisher wurden bei der Razzia der Wiese:</u>
- 9 Kannen Pfefferspray in ein etwa 6 m² großes Gebäude gesprüht, in dem sich mehrere Menschen aufhielten (lebensgefährlich und Pfefferspray ist nicht ohne Grund selbst in Kriegseinsätzen verboten).
- Das Dach eines Gebäudes, in dem sich Menschen aufhielten, mit einer Spitzhacke zerstört.
- Diverse weitere Wohnräume zerstört
<u>Bei der Razzia in der WAA wurden:</u>
- Den Menschen sämtliche (auch private) Handys, Laptops, PCs und sonstige Elektronik gestohlen.
- Willkürlich Fahrräder zerstört
- Menschen rechtswidrig (§106 StPO) und unter Gewaltandrohung verboten, bei der Durchsuchung ihres Wohnraumes anwesend zu sein.
- Keine Durchsuchungsprotokolle ausgehändigt.
<u>Im Wald wurde:</u>
- Ebenfalls Wohnräume zerstört, Seile abgeschnitten. Dadurch entsteht eine lebensgefährliche Falle!
- Menschen, die am Boden in eine Kontrolle geraten waren, wurden vor Ort die Gurte zerstört.

[Italien] **Aufstand im Knast in Trient/Trento**
December 29th, 2018

Mehr als 200 Gefangene haben nach dem x-ten Selbstmord hinter Gittern das Gefängnis in Trient blockiert. Die Nacht von Freitag auf Samstag war eine höllische Nacht, für Ordnungskräfte und Stadtverwaltung. Ein weiterer Selbstmord. - Es war der Tropfen, der im Knast von Trient, das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Die Gefangenen haben sich in den Zellen und im Gang verbarrikadiert und diverse Gegenstände wie z.b. Stühle und Tische in Flammen aufgehen lassen. Zur gleichen Zeit gab es einen weiteren Selbstmord im Knast von Messina (Sizilien).
In Trient hat sich vor wenigen Wochen im Frauen Abteil eine Gefangene versucht zu Vergiften; Ein anderer Gefangener hat sich dort am 16. Dezember das Leben genommen. Auch in Pisa hat sich ein Gefangener am 12. Dezember umgebracht. Es folgte ein Protest mit Bränden im inneren der der Knaststruktur Don Bosco.
Dass der Knast dort überfüllt ist sowie die Gesamtsituation dort, wird schon seit langem als untragbar angeprangert. Dies ist eine Gegebenheit, die die ganze Halbinsel vereint: So gab es 52 Selbstmorde im Jahr 2017 – das ist 1 pro Woche. Seit Beginn des Jahres 2018 gab es 65 Tote. Die Zahl steigt seit Jahren.

[Deutschland] **Knastprofiteur angegriffen**
December 29th, 2018

Seit dem 18. Dezember stehen 5 Gefährt*innen aus Frankfurt, Offenbach und Frankreich vor dem Oberlandesgericht Hamburg. Als ein Akt der offensiven Solidarität mit den Angeklagten brannten am 27.11. und 20.12. zwei Fahrzeuge der Firma KONE in Berlin Lichtenberg und Friedrichshain ab. Schließanlagen von KONE sorgen unter anderem in Berliner Knästen dafür, den Gefangenen ihre Freiheit vorzuenthalten.

[Deutschland] **Hambacher Forst: letzter Verhandlungstag Maya/“Kim Neuland“**
December 29th, 2018

Die Anklagepunkte sind: Hausfriedensbruch, Störung öffentlicher Betriebe, Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung. Es werden insgesamt 17 Zeug*innen vernommen, incl. jeweils einem Vertreter von RWE und innogy-Vorstand zur "Klärung des Sachverhalts, ob es sich bei den Kraftwerken um für das Gemeinwohl notwendige öffentliche Betriebe handelt" Die Richterin entscheidet auf ein Jahr Haft, ausgesetzt zur Bewährung von drei Jahren, plus 500 Stunden gemeinnützige Leistungen, abzuleisten innerhalb einer Frist von 6 Monaten für die Tatbestände der §§316b, 125, 224 StGB. Angeklagte und Verteidiger*in legten Berufung gegen das Urteil ein.

[Indonesien] **Yogyakarta: Gefährte Ucil, inhaftiert wegen der Mayday Riots, ist frei**
December 13th, 2018

Ucil, der letzte der inhaftierten Anarchist*innen des Mayday 2018 Aufruhrs in Yogyakarta, Indonesien, ist seit dem 7. Dezember 2018, 10 Uhr wieder frei. Glückwunsch, Gefährte und auch an die Palang Hitam Crew für all ihre harte Arbeit.

[Ukraine] **Massive Verhaftungen und Durchsuchungen von Anarchist*innen**
December 13th, 2018

Am 6. Dezember 2018 verhafteten Polizei und ukrainische Sicherheitskräfte Anarchist*innen in Kiew, Lwiw und Dnipro. Die Aktivitäten des ukrainischen Strafverfolgungssystems zeigen ausdrucksvoll die Bereitschaft der Behörden, jegliche sozial aktive Person zu verfolgen.

Zahlreiche Angriffe auf Anarchist*innen, soziale Aktivist*innen, Feminist*innen, LGBTQ-Aktivist*innen, Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen, die von Neonazigruppen begangen wurden, werden von der ukrainischen Polizei und den Sicherheitskräften verschleiert und ignoriert oder wie im Fall dieser aktuellen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sogar als Anlass genommen, die Betroffenen zu verfolgen.

[Wien] **Räumung Hausbesetzung "NELE" am 7.12.2018**

December 11th, 2018

Am 7.12. wurde ein besetztes Haus in Wien Ottakring von einem übermäßigen Polizeiaufgebot geräumt. Von Seiten der Polizei und medial wurde das Vorgehen der Einheiten als gewaltfrei & "schonend" dargestellt. Für Empörung sorgte der Filmmitschnitt von dem Tritt eines Polizisten gegen eine sich auf dem Giebeldach befindlichen Person. Weniger Aufmerksamkeit bekam die auf dem darunterliegenden Flachdach ausgeübte Polizeigewalt. Es wurden Arme verdreht und Menschen ins Nasse fallen gelassen. Sie wurden anschließend kopfüber durch ein offenes Fenster in das Haus geworfen und es wurde ihnen in den Rücken getreten. Die Besetzer*innen wurden stranguliert und gezwungen in nasser Kleidung auf dem kalten Boden zu sitzen.
Die Besetzer*innen wurden stundenlang festgehalten. Die 15 festgenommenen Personen verweigerten die Bekanntgabe ihrer Identitäten und wurden bis zu ihrer Entlassung rund 9 Stunden lang im PAZ ihrer Freiheit beraubt. Vorgeworfen wurden ihnen mehrere lächerliche Verwaltungsübertretungen. Rechnungen gingen an Unbekannt. Lediglich die Identität von zwei Personen konnten ermittelt werden. Die Unverletzten Besetzer*innen konnten am Ende des Tages – bis auf eine Person die sich in der JA Josefstadt in Untersuchungshaft befindet – humpelnd, mit Blutergüssen und Abschürfungen das PAZ verlassen. Die eine besagte Person befindet sich seit der Räumung in der Justizanstalt Wien-Josefstadt in Untersuchungshaft!

[Frankreich] **Solidarität mit den Briancon 7**

December 8th, 2018

Am 21.4.18 zogen Faschist*innen der Generation Identitiare einen Zaun an der Französischen Grenze zu Italien und bezogen dort "Stellung" mit ca. 100 Personen, Autos und Helikoptern. Sie patrouillierten an der Grenze und jagten Migrant*innen in die Arme der Polizei. Polizei und Justiz ließen sie gewähren.
Am 22.4.18 gab es eine Antirassistische Demonstration als Reaktion auf diese Provokation. Etwa 400 Teilnehmer*innen, unter ihnen einige Migrat*innen, liefen vom Grenzpass in Italien nach Frankreich. Es kam zu Verhaftungen und 3 Personen wurden für mehr als 3 Wochen in Untersuchungshaft gesteckt. Eine weitere Person wurde während einer Kontrolle durch die Polizei verprügelt. Nun sind 7 Personen von der französischen Justiz der "bandenmäßigen Beihilfe zur Einwanderung von Ausländern mit irregulärem Status auf französischem Boden" angeklagt. Die Staatsanwaltschaft fordert Strafen zwischen sechs Monaten auf Bewährung und einem Jahr Knast.
Offensichtlich will die französische Justiz ein Exempel statuieren und praktische Solidarität mit Migrant*innen kriminalisieren. In Zeiten in der Rassist*innen und ihre Provokationen immer mehr zu unserem Alltag gehören ist es an uns eine solidarische Haltung zu zeigen.

[Russland] **Inhaftierte Antifaschist*innen beginnen Hungerstreik**

December 7th, 2018

Zwei inhaftierte russische Antifaschisten traten Ende letzter Woche in einen Hungerstreik.
Sie protestieren gegen ihre Inhaftierung und gegen das Vorgehen der Polizeibeamten während der Ermittlungen und den Versuch, Geständnisse von ihnen zu erpressen.
Der Hungerstreik begann, als einer der beiden Antifaschisten, Dmitry Pchelintsev, in eine „Strafzelle“ verlegt wurde und die Beamten versuchten, ihn dazu zu zwingen zuzugeben, dass er Ge-

fängnisregeln gebrochen habe – nämlich sich während eines Freigangs mit einem Mit- gefangenen unterhalten zu haben. Er verweigerte ein Schuldgeständnis und trat in den Hungerstreik. Kurz darauf schloss sich ihm sein Mitgefangener Andrey Chernov an.
Dmitry Pchelintsev und Andrey Chernov sind zwei Antifaschisten, die vom russischen Staat im Zusammenhang mit dem sogenannten „Penza-Fall“ inhaftiert wurden, in dem bisher elf Menschen hinter Gitter gebracht und viele andere in diesem fingierten Terrorismus-Fall gewaltsam verhört wurden. Wie das Eltern-Netzwerk (eine Vereinigung von Eltern der Angeklagten) mitteilte, wurden die restlichen Penza-Angeklagten nach der Erklärung des Hungerstreiks vom 29. November sofort in „Strafzellen“ untergebracht, in Handschellen gelegt und mit weiterer Gewalt bedroht.

[Österreich] **Wien: Info zur unrechtmäßigen Hausdurchsuchung im Kaleidoskop**
December 4th, 2018

Am 18.11.18 um 3 Uhr in der Früh betraten 3 Polizeibeamt*innen den anarchistischen Freiraum Kaleidoskop. Zu diesem Zeitpunkt fand dort eine Geburtstagsparty mit mehreren dutzend Besucher*innen statt. Die ausdrückliche Aufforderung den Raum sofort zu verlassen wurde ignoriert. Bei den Räumlichkeiten handelt es sich um ein privates Vereinslokal, somit ist es unter normalen Umständen nicht ohne Durchsuchungsbefehl zu betreten (was in den vergangenen 11 Jahren immer auch so umgesetzt wurde). Ein Polizist deutete im Gespräch mit einer abschätzigen Bewegung in Richtung der Wände (mit pol. Postern und Zines bedeckt) und meinte “sie wüssten ja schon, was das hier für ein Lokal ist”. Sie stürmten in den hinteren Raum, beschuldigten willkürlich Personen Drogendealer*innen zu sein und schrien herum, dass es diesen Ort nicht mehr lange geben würde. Es kam weder zu Festnahmen noch konnten verdächtige Gegenstände gefunden werden.

[Österreich] **Wien: Verurteilung wegen Widerstand für das Beobachten einer rassistischen Polizeikontrolle**
December 1st, 2018

Kürzlich fand am Wiener Landesgericht eine Verhandlung zu Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung (kleiner Kratzer am Finger einer Polizistin) statt. Die wüsten Vorwürfe sind im Zuge einer Intervention gegen eine rassistische Polizeikontrolle aufgekommen. Die Angeklagte bekannte sich für nicht schuldig und machte über die zusammenhängende Erklärung hinaus keine weitere Aussage in dem Prozess. Nach zwei Verhandlungstagen und sehr widersprüchlichen Polizeizeugen kam das Gericht zu einem Urteil: Die schwere Körperverletzung sei nicht geklärt, sehr wohl aber ein Widerstand gegen die Staatsgewalt, der mit 3 Monaten auf 3 Jahren bedingt bestraft wird. Das Urteil ist rechtskräftig.

[Spanien] **Madrid: Sabotage von ATMs in Solidarität mit inhaftierten Gefährt*innen**
November 30th, 2018

In der Nacht vom 11. auf den 12. November wurden 20 ATMs (Geldautomaten) im Norden von Madrid mit Hämmern sabotiert. Sie schrieben dazu: "Grüße an die Betroffenen der Repression vom 29. Oktober für andere Angriffe auf Bankinstitutionen. Stärke und Zuneigung für unsere Gefährtin Lisa, die vom deutschen Staat für einen Bankraub in Aachen festgehalten wird."

[Deutschland] **Hambacher Forst: Einstellung im Andrea-Prozess**
November 30th, 2018

Laut Anklage befand Andrea sich in einer Hängematte in der Nähe eines Baumhauses, das geräumt werden sollte und entfernte sich, als die Beamten des Höheninterventionsteams auf selber Höhe waren, weiter in die Baumkrone.

Während der Räumung soll Andrea sich dann mit Schlägen, Tritten und Beschimpfungen gewehrt haben. Als angeklagte Straftatbestände ergaben sich für die Staatsanwalt hieraus “Tätlicher Angriff” und “versuchte Körperverletzung”. Bei StrEG-Verzicht (=Verzicht auf Haftentschädigung) und einer “symbolischen Geldzahlung” von 100€ an ProAsyl erklärte StA Schützenberg er sei zu einer Einstellung nach §153a StPO bereit. Das Gericht, Verteidiger und angeklagte Person stimmen zu. Das Verfahren ist beendet.

[Deutschland] **G20: Razzia in Wohnungen von G-20-Gegnern**

November 25th, 2018

Hamburg/Lüneburg. Die Ermittlungsgruppe »Schwarzer Block« hat gemeinsam mit der Polizei Niedersachsen am Dienstag morgen fünf Wohnungen in Hamburg sowie eine in Lüneburg durchsucht. Wie der NDR am selben Tag berichtete, werde den Bewohner*innen unter anderem schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung und Angriff gegen Vollstreckungsbeamte während des Hamburger G-20-Gipfels im Sommer 2017 vorgeworfen. Auf beschlagnahmten Geräten vermute die Polizei Bildmaterial, das Teilnehmer der »Welcome to Hell«-Demonstration am Rande des Gipfels belasten könnte.

[Deutschland] **G20: Einstellung des Gruppenprozesses gegen drei Menschen aus Berlin**

November 20th, 2018

Der Gruppenprozess gegen drei Angeklagte aus Berlin wurde gegen Auflagen eingestellt. Alle weiteren Prozesstermine entfallen damit.

[Deutschland] **Razzia in der Rigaer94 – Ein Angriff und seine Folgen**

November 19th, 2018

Am 15.11. drang ein Großaufgebot Polizist*innen inklusive mit Sturmgewehren bewaffnete Sondereinsatzkommandos in das Haus ein. Teile dessen wurden, unter dem Vorwand eine dort gemeldete Person und Beweismittel festzustellen, durchsucht. Neben der Tatsache, dass eine Auseinandersetzung in einem Späti im Mai diesen Jahres als offensichtlich fadenscheiniger Vorwand von den Berliner Bullen genutzt wurde in das Haus einzudringen, ließ es sich auch der angebliche „Eigentümeranwalt“ Markus Bernau nicht nehmen, Teile des Hauses zu inspizieren.

[Deutschland] **G20: Max ist frei! Update: Prozess ist zu Ende**

November 18th, 2018

Unser Freund und Genosse Max aus Bern ist im Zuge der G20 Öffentlichkeitsfahndung in Köln verhaftet worden. Wegen eines vermeintlichen Flaschenwurfes stand er in Hamburg vor Gericht. Gleich beim ersten Prozesstag (07.11.2018) konnte durchgesetzt werden, dass die U-Haft gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt wird. Der Prozess gegen Max ist am 14.11.2018 geendet. Er ist zu 7 Monaten auf 2 Jahren Bewährung verurteilt worden.

[Argentinien] **Buenos Aires: anarchistische Gefährtin bei Bombenanschlag verletzt – mehrere Festnahmen**

November 18th, 2018

Am Mittwoch, den 14. November, wurden in Buenos Aires fast zeitgleich zwei Standorte mit Bomben angegriffen. Der erste Angriff auf den Friedhof von Recoleta schlug leider fehl. Die Bombe explodierte in den Händen einer der beiden Personen, die die Aktion ausführten. Es sollte das Grab von Ramón Falcón getroffen werden – einem Polizeichef der für den Mord an 11 Demonstranten am 01. Mai 1909 verantwortlich ist und einige Monate später vom Anarchisten Simón Radowitzky ermordert wurde. Die Gefährtin, die den Angriff ausführte, befindet sich in ernstem Zustand im Krankenhaus, ihre Begleitperson wurde verhaftet.

[Deutschland] **G20: Tschüss SOKO!**
November 12th, 2018

Die Hamburger Polizei hat die Auflösung der Sonderkommission bekannt gegeben. Sämtliche strafrechtlichen Ermittlungen zum G20-Gipfel werden jetzt von einer Ermittlungsgruppe weitergeführt, die bei der Staatsschutzabteilung des LKA angesiedelt ist.

[Russland] **Bombenanschlag und Aktionen der Spezialeineheiten gegen Anarchist*innen. Aufruf zur Solidarität**
November 10th, 2018

Die Geheimdienste in Russland bereiten sich aktuell darauf vor, die anarchistische Bewegung zu zerschlagen. Hintergrund ist der Bombenanschlag eines jungen Anarchisten. Am Morgen des 31. Oktober sprengte sich der 17-jährige Anarchist Mikhail Zhlobitsky vor dem Gebäude des FSB in die Luft. Er postete vor der Explosion Nachrichten in den sozialen Medien (VKontakte) und in der Telegram-Chatgruppe "Speeches of the Rebel" (t.me/rebeltalk). In diesen Nachrichten warnte er vor der Aktion und benannte die Gründe: Propaganda der Tat und Rache für die Folter und Repression des FSB (Russischer Geheimdienst) gegen Anarchist*innen.
Zur selben Zeit verhörten, quälten und inhaftierten Polizei und Geheimdienste landesweit Anarchist*innen, Sozialisten*innen, Antifaschist*innen und sogar gemäßigte Liberale. Wir rufen auf zur Solidarität mit allen von Repression betroffenen Anarchist*innen, in Penza, St. Petersburg, Moskau, Chelyabinsk, Kaliningrad, Irkutsk und der Krim (etc.). Die Entwicklung Russlands zu einer terroristischen Diktatur muss benannt und angegriffen werden.

[Spanien] **Über die beiden verhafteten Anarchist*innen in Madrid**
November 9th, 2018

Am vergangenen Montag, den 29. Oktober 2018 haben Beamte der Brigada de Información zwei anarchistische Gefährt*innen in Madrid in ihren Wohnungen verhaftet, da sie angeblich einen Brandanschlag auf einen Geldautomaten in der Vallekas Nachbarschaft während der (anarchistische Gefangenen) Aktionswoche zum Jahrestag der Festnahme der Gefährtin Lisa durchgeführt haben sollen. Lisa wird beschuldigt, eine Bank überfallen zu haben und sitzt momentan ihre siebenjährige Haftstrafe ab.

[Polen] **Zwei Gefährt*innen im Gefängnis**
November 5th, 2018

Am 19. Oktober wurden zwei Gefährten, wegen ihrer Teilnahme am anarchistischen Protest gegen den Europäischen Wirtschaftskongress EEC (2015) in Katowice, inhaftiert. Sie wurden wegen einer als „Verletzung der Privatsphäre" bezeichneten Straftat zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt und protestierten dagegen in einem leeren verlassenen Mietshaus. Sie wollten damit auch gegen den grundätzlichen Widerspruch zwischen Leerstand von Eigentum und Obdachlosigkeit und die Ungerechtigkeit des brutalen Kapitalismus protestieren. Die Verhaftung ist eine Konsequenz der Verweigerung von Gemeinschaftsdiensten. Einer der beiden Aktivisten kam für 2 Monate bis zum 15. Dezember ins Gefängnis. Von Anfang an trat er in den Hungerstreik, weil er keine Möglichkeit erhalten hat, sich vegan zu ernähren. Die Verwaltung verweigerte es, ihm warme Kleidung zu geben. Die Zelle ist nicht beheizt und er hat keine Jacke. Gemäß dienstlicher Vorschriften, erhält er nur 50% des gesamten einkommenden Geldes. Außerdem erlaubte ihm der Direktor dieser Strafanstalt nicht, den Gefängnis-Shop zu nutzen oder, dass Essen im Rahmen von Besuchsterminen gekauft wird.
Das Gesetz betrachtet gemeinnützige Arbeit als eine Möglichkeit, die kranke Gesellschaft zu stärken. Unsere Gefährten versuchen zu zeigen, dass Selbstorganisation und radikale Aktionen mehr für die Gesellschaft tun können als aufgezwungene "gemeinützige" Arbeit.

- Briefe von Gefangenen -

von ANDREAS - aus der Haftanstalt Secondiglicano vom 29.10.2018

„Ich möchte keine Angst mehr haben müssen. Ich möchte so gern, dass mein Kopf wieder frei ist, ohne das Chaos darin."

Andreas Krebs war jahrelang in den Fängen der deutschen Justiz und saß insgesamt über 16 Jahre im Knast. Er ist ein rebellischer Gefangener, baute hinter Gittern die Gefangenengewerkschaft mit auf, führte diverse Hungerstreiks gegen die Knastbedingungen und beteiligte sich auch an einem Solidaritätshungerstreik für die Gefangenen in Griechenland. Bis heute veröffentlicht er immer wieder knastfeindliche Texte, in denen er den Alltag in Gefangenschaft beschreibt.
Eine Weile nach seiner Entlassung (Herbst 2014) lernte er seine jetzige Lebensgefährtin kennen. Beide entschieden sich einen ruhigen Lebensabend im Süden Italiens verbringen zu wollen. Ende Dezember 2016 kam es zu einer Auseinandersetzung mit seinem damaligen Arbeitgeber, wobei dieser 3 Tage später im Krankenhaus verstarb und anschließend eine Hetzjagd auf Andreas und seine Frau los ging. Via Facebook bekam seine Frau Morddrohungen, während er im Gefängnis Santa Maria Capua Vetere von den Familienmitgliedern des Verstorbenen, die noch immer in dem Knast arbeiten, misshandelt und gefoltert wurde.
Da das Überwachungsvideo Andreas' Aussage bestätigte, sich verteidigt haben zu müssen, kam er in den Hausarrest. Dort waren sie ständigen „Besuchen" der Polizei und dem Hass aus Teilen der Bevölkerung ausgesetzt. „Mit einem Lynchmob war zu rechnen." *(https://de.indymedia.org/node/13887 – Text der Rigaer 94)*
Sie mussten fliehen und kamen zurück nach Deutschland, wo er nicht mal ein halbes Jahr später aufgrund eines europäischen Haftbefehls aus Italien mit Hilfe des MEKs wieder festgenommen wurde. Nun sitzt Andreas seit über einem halben Jahr in Itali-en im Knast unter katastrophalen Bedingungen.

Folgenden Brief schrieb Andreas am 29.10.2018 aus der Haftanstalt Secondiglicano.
Er braucht dringend unsere Hilfe!

Lieber…, nun bin ich fast sechs Monate in Neapel in der Haftanstalt Secondiglicano und fühle mich erst jetzt im Stande, einige Zeilen zu schreiben, wie es mir hier ergeht und was bis jetzt passiert ist.

Deutschland bzw. Moabit hat mich ohne irgendwelche Krankenunterlagen noch sonstiges nach Italien verfrachtet. Es ging ein Konvoi von sechs Fahrzeugen inkl. SEK mit Blaulicht und Sirene zum Flughafen, wo ich dann in den Flieger gebracht wurde. Hier warteten lediglich drei Polizisten.
In Rom angekommen wurde ich ID behandelt und Stunden später von den Vollzugsbeamten aus Secondigliano abgeholt.

Angekommen wurde ich durchsucht und mir wurde vieles abgenommen. Dann wurde ich noch in der Nacht um 22 Uhr in eine Zugangszelle mit vier Personen gebracht.
Ich wurde Ärzten vorgestellt und erklärte jedes mal aufs Neue, welche Medikamente ich in Deutschland bekam, ich darauf eingestellt bin und und und.

Im Behandlungsraum wird geraucht und nebenbei TV Serien vom Sani und dem Personal angesehen. Das Ende vom Lied ist, das ich seit fünf Monaten darum bitte mir die richtige Medizin zu geben!

Doch lediglich Psychopharmaka bekomme ich und warte seit drei Monaten auf die Untersuchung in die Röhre zu kommen. Mein Zustand hat sich so verschlechtert, dass ich auf Krücken gehe. Ich wurde auf eine normale Station verlegt in eine Vier-Mann-Zelle und was ich da bis vor einem Monat erlebt habe ist Wahnsinn!

Ausländer werden gehasst und Schwarze erst recht. So konnte ich beobachten wie man einen Schwarzen, der gerade auf die Station verlegt wurde, drangsalierten das dieser sofort aus der Station genommen wird ohne Konsequenzen für die anderen.

Ich sah wie Gefangene Stichwaffen im Arsch herum tragen und wie schon Leute verletzt wurden. Tagtäglich wurde mit Mord und Tod gedroht. Linke werden gehasst.

Ich musste raus aus dieser Abteilung, denn ich hielt es einfach nicht mehr aus.

Ich tat mich mit einem Gefangenen zusammen, dem ständig mit Prügel gedroht wurde und er schrieb unzählige Anträge bis es klappte, dass wir in eine Zwei-Mann-Zelle verlegt wurden auf einer geschlossenen und überwachten Station. Wir sind 23 Stunden und 40 Minuten am Tag eingesperrt und sitzen den ganzen Tag nur in der Zelle. Dank Unter- stützung meiner lieben Frau, die die Hälfte ihres Hartz-4 Geldes monatlich schickt, kann ich mir Essen und Wasser kaufen.

Denn Trinken gibt es von der Anstalt nicht und das Einige was es gibt, sind ein Plastikteller und ein Becher. Das Plastikbesteck und auch Toilettenpapier muss man selber kaufen. Da ich niemanden habe, wie die meisten anderen, wo Angehörige regelmäßig Essen und Kleidung bringen bzw. zum Waschen mitnehmen, bin ich ziemlich auf mich alleine gestellt.

Man kann sich Lebensmittel kaufen, braucht aber dazu den Campingkocher und die 190 Grad Gas sowie billige Töpfe und Pfanne. Dank ABC konnte ich mir endlich einen Teil an Kochsachen kaufen.

Auf der vorherigen Zelle war ja alles drin, aber durch die Verlegung in diese Zelle musste man sich alles neu kaufen. Hat man nicht mal das nötige Geld, ist man auf das wenige schlechte Essen der Anstalt angewiesen und Trinken aus der Wasserleitung. Jeder Gefangene versucht zu vermeiden, von der Anstalt Essen anzunehmen.
Alles Sachen, Kleidung und Geschirr wäscht man im Bad, wo man vorher seinen Arsch gewaschen hat. Der einzige Vorteil ist, dass heißes Wasser auf der Station bzw. der Zelle existiert. Es gibt von der Anstalt auch keine Putzmittel für die Zelle, auch die muss man selber kaufen.

Vor einigen Wochen war an einem Abend eine Grossfilzung und normalerweise werden Gefangene einzeln und getrennt von den anderen durchsucht. Hier nicht. Jeder musste vor den anderen seinen Intimbereich entblößen, damit Beamte dann mit einem Metalldetektor den Intimbereich abfahren, aber nichts finden. Das heißt jeder sieht beim anderen mit zu. Ich habe so was noch nicht erlebt!

Nach sechs Monaten durfte ich endlich meine liebe Frau sehen und das Dank Unterstützung von ABC, denn finanziell würden wir es niemals schaffen! Sechs Monate ohne Besuch und Ehefrau ist ein Alptraum und ich bin den Menschen sehr dankbar, die uns finanziell unterstützen, damit u.a. meine Frau zu mir kommen konnte. Danke auch an gemeinsame Freunde in Neapel, die meine Frau aufgenommen haben und sie ab und an mit dem Auto von A nach B brachten.
Danke auch an die Menschen, die die Verletzungen meiner Frau nach einem doch krassen Unfall behandelten.

Leider wurde meine Frau jedes Mal am Einlass der Anstalt, wie Dreck behandelt.
Sie durfte noch nicht einmal gewisse Sachen für mich abgeben, wie Bettwäsche usw. Man schmiss ihr Sachen vor die Füße, hielt ihr zum Nachteil, weil sie kein Italienisch sprechen kann und ließ sie stundenlang warten oder meinte das sie keinen Besuch mehr zur Verfügung hätte. Sie wurde regelrecht schikaniert!

Sieben Stunden hatten wir insgesamt Besuch, verteilt auf fünf Besuche. Aber es war eine Wohltat für die Seele, dass wir uns einige Male sehen durften! Allerdings ist nochmals zu erwähnen, ohne die finanzielle Unterstützung, hätte das niemals funktioniert!
Danke an alle Beteiligten!

Mir geht es von der Psyche wie auch körperlich irre beschissen und ich will und kann kaum noch!
Die Medikamente, die ich bekomme, taugen nichts und regelmäßig scheide ich Blut aus. So oft sagte ich das schon und man tat dies damit ab, dass es Nierensteine sicher wären. Ich habe nach wie vor (auch in Magdeburg) Wasser in den Beinen und seit neuestem Bewegungseinschränkungen in den Händen. Auch meine rechte Gesichts-hälfte und die Seite am Kopf tut so weh. Alles, jede Kleinigkeit teilte ich mit, aber man tat es salopp ab. Morgens, wenn ich in die Ambulance gehe, um meine Medizin zu holen, läuft der Fernseher und es wird genüsslich geraucht. Die Tropfen alleine nehme ich schon nicht mehr, weil sie mich so müde machen und ich Angst habe, dass diese auf die Nieren gehen. Also nehme ich nur meine Tablette und abends eine 200 Schmerz-tablette. Was ich nicht verstehe, dass ich bis vor kurzem 3000 mg abends bekam und plötzlich nur eine 200er. Also jeder gibt irgendwie anders. Für das Problem mit meinem Kopf und der Gesichtshälfte bekam ich Kortison. Für mich nicht nachvollziehbar.

Nun bekam ich vor ca. einer Woche ein Schreiben, dass bei mir 41bis (drakonisches Isolationsprogramm, Red.) angewendet wird, weil ich in Deutschland einer linksradikalen Szene angehöre. Was das letztendlich für Konsequenzen hat, mag ich mir gar nicht ausmalen.

Es gibt hier einige Beamte, die mich schikanieren. Da man genau darauf achtet von außerhalb, dass ich nicht geschlagen werde, besorgt man es mir anders. Indem man meine Frau aufs Übelste behandelte und ich der einzige bin der solche Sachen wie Bettwäsche und Decke von draußen, durch den Besuch nicht bekommt. Auch das Wörterbuch, was meine Frau mir besorgte Deutsch/Italienisch, wurde ihr am letzten Tag des Besuches einfach vor die Füße geworfen. Auch stellte ich fest, dass gewisse Sachen vom Einkauf nicht geliefert wurden und ich um das Geld betrogen werde. Auch das ist nicht das erste Mal.

Sagt man was, dann heißt es nur warten und ich bin dafür nicht zuständig.

Ich weiß ganz sicher, dass es einige Beamte gibt (nicht alle), die mich nicht misshandeln können, aber es auf eine andere Art spüren lassen. Post darf ich zukleben und nur die, die reinkommt, wird vor meinen Augen geöffnet, ob etwas verbotenes beigelegt ist, was schon einige Male passierte, von Menschen die ich nicht kenne, und mir einen Heidenärger eingebrachte! Womit man mir Gutes tun kann, wäre ein farblicher Schreibblock, damit ich etwas Basteln kann, wie schöne farbliche Umschläge für die Leute, denen ich schreibe. Leider darf man nur beschränkt Briefmarken kaufen und die Post nach Deutschland zu versenden ist richtig teuer. Daher kann ich nicht jedem schreiben, weil ich die Frankierungsmöglichkeiten einfach nicht habe.

Es ist nicht meine Art, aber ich stecke in einer so hilflosen Situation, dass ich es trotzdem schreibe. Und zwar würde ich mich sehr freuen, wenn man meine Partnerin unterstützt, damit sie mich bald wieder besuchen kann, das wäre für mich mein größter Wunsch! Denn finanziell ist es sonst unmöglich, dass sie nach Neapel kommt/fliegt. Zudem benötigt sie etwas für den Lebensunterhalt. Also wer helfen kann und möchte, es ist jeder Cent willkommen und wir sehr dankbar sind!

Zum Gerichtsverfahren kann man noch nicht viel sagen, außer dass ich bei der letzten Verhandlung als die Beamten mich abführten, ein Enzo Oltavio auf Deutsch ganz laut sagte, dass er hoffe ich verrecke dort wo ich gerade bin.
Die Zeugenvernehmung von ca. 20 Carabinieri war eine Katastrophe und jeder erzählte etwas Anderes oder konnte sich nicht mehr erinnern. Es wurde auch von der Polizei so schlampig alles aufgenommen, dass selbst meine Dolmetscherin den Kopf schüttelte und meinte, dass dies ein unmöglicher Zustand wäre!

Wie es weitergeht kann ich noch nicht sagen. Ich weiß nur, dass meine Frau als Zuschauerin eine Etage höher saß und Angehörige auf sie losgehen wollten. Daher sollte meine Frau nicht mehr alleine dort hin kommen. Aber ich denke bis sie wieder das nötige Geld zur Verfügung hat für eine Reise nach Neapel, dürfte das erste Verfahren gelaufen sein. Obwohl es schlimm ist für mich, alleine ohne Angehörige und Freunde zu sein.

Anfangs reisten zwei Freunde mit an, die mich bzw. einer davon, nicht besuchen durfte, weil er in Deutschland, laut italienischer Justiz, ebenfalls zur linksradikalen Szene gehört.

Nun das in einer Kurzform zu meiner Situation. Wie gesagt, von der Psyche bin ich ganz unten und körperlich ist es nicht anders. Doch das was mir am meisten gerade zusetzt, ist die Abreise meiner Frau und jetzt nicht zu wissen ob es ein weiteres halbes Jahr dauert bis sie wieder zu mir kommen kann. Daher benötigen wir jede erdenkliche Hilfe, die wir nur bekommen können und vielleicht gibt es den ein oder anderen, worüber wir sehr dankbar wären.
Ich vegetiere nun weiter Tag für Tag vor mich hin und weiß nicht weiter.

Ich hoffe nur, dass es keine Übergriffe gibt. Ich sage jetzt schon Danke für die Menschen, die sich die Zeit genommen haben meine Zeilen zu lesen und auch vielleicht helfen können!

Herzliche grüße an alle! Andreas

Wollt ihr Andreas helfen oder schreiben - guckt bitte auf die nächsten Seiten!

WIE SCHREIBE ICH GEFANGENEN ?

- Sei dir bewusst, dass alle Post von den Autoritäten gelesen werden kann.

- Schreib auf keinen Fall über illegale Aktivitäten. Vermeide direkte Fragen nach dem Fall der Person oder ihren Strafen.

- Jede*r muss seinen*ihren Vor- und Nachnamen angeben & auf dem Umschlag muss eine Adresse stehen. Wenn du eine Antwort möchtest, solltest du die Adresse auch auf den Brief selbst schreiben, da die Gefangenen die Umschläge fast nie ausgehändigt bekommen.
>>> Habt ihr ein Café, einen Infoladen, etc. den ihr für die (Gefangenen-)Post benutzen dürft, wie das *malobeo* in Dresden, dann denkt euch einen Namen aus (wenn ihr euren richtigen nicht benutzen wollt) und gebt die jeweilige Adresse des Ortes dazu an.

- Manche Gefangene dürfen nur bestimmten Personen schreiben oder sie haben keine Briefmarken, es könnte also sein, dass du keine Antwort bekommst. Dein Brief/deine Karte wird aber auf jeden Fall erfreut gelesen!

Weitere Infos und Tipps zum Schreiben von Briefen an Gefangene findest du auf:

https://abcdd.org/briefe-schreiben/

Auf den jeweiligen Webseiten der Gefängnisse findest du außerdem konkrete Informationen über alles, was du in die Briefe schreiben darfst, wie du eine Antwort erhalten kannst und was du den Briefen beifügen darfst.

Andreas Krebs

Andreas Geschichte erfahrt ihr in dem Brief aus dem Gefängnis (auf Seite 46-50). Er kann dringend eure Hilfe gebrauchen. Schreibt ihm doch etwas oder schickt ihm ein bisschen was von eurem Geld. Er ist dankbar über alles.

ADRESSE:

Krebs Andreas
Sez. 1 Stz. 5
Via Roma Verso Scampia 250
Mediterraneo
CAP 80144 (NA)
ITALY

SPENDENKONTO FÜR ANDREAS KREBS:

Berliner Sparkasse
Empfänger: Krebs
IBAN: DE 90 1005 0000 1067 1474 26
BIC: BELADE BEXXX
Verwendungszweck;
Spende Andreas Krebs

Bitte den Verwendungszweck angeben

Lisa wurde nach Spanien verlegt

Am Freitag den 21. Dezember ist unsere Freundin und Mitstreiterin nach Spanien verlegt worden.

Tatsächlich hatte sie seit der Verurteilung den Wunsch gehabt ihre Strafe in Spanien abzusitzen. Mittlerweile hat sich aus verschiedensten Gründen ihre Perspektive dazu geändert. Zuletzt hatte sie versucht diese Entscheidung rückgängig zu machen. Nun sind die bürokratischen Mühlen ja bekanntlich sehr langsam und im Knast noch viel langsamer. Sie musste erst sehr lange auf die Verlegung nach Spanien warten. Diese rückgängig zu machen wird wahrscheinlich sehr schwer sein.

Sie wurde also am 21.12.18 von der JVA Willich II nach Spanien überführt, wo sie vorerst im Knast von Madrid, Soto der Real, untergebracht wurde.

Dies heißt aber nicht dass sie dort bleiben wird, das Verlegen in andere Knäste ist in Spanien üblich. Sie sitzt momentan in FIES (Isolationshaft).

Für all jene Menschen, die in Kontakt per Post im deutschsprachigem Raum mit ihr sind: dass sie in Isolationshaft sitzt, heißt dass sie einen eingeschränkten Briefverkehr nach draußen haben kann oder wird. Sie selber wird nur wenige Briefe abschicken dürfen, kriegen darf sie so viele wie möglich, bis sie in den Normalvollzug versetzt wird. Deshalb, wundert euch nicht, wenn ihr ihr schreibt, dass nicht schnell eine Antwort kommen wird.

Ihre jetzige Adresse:

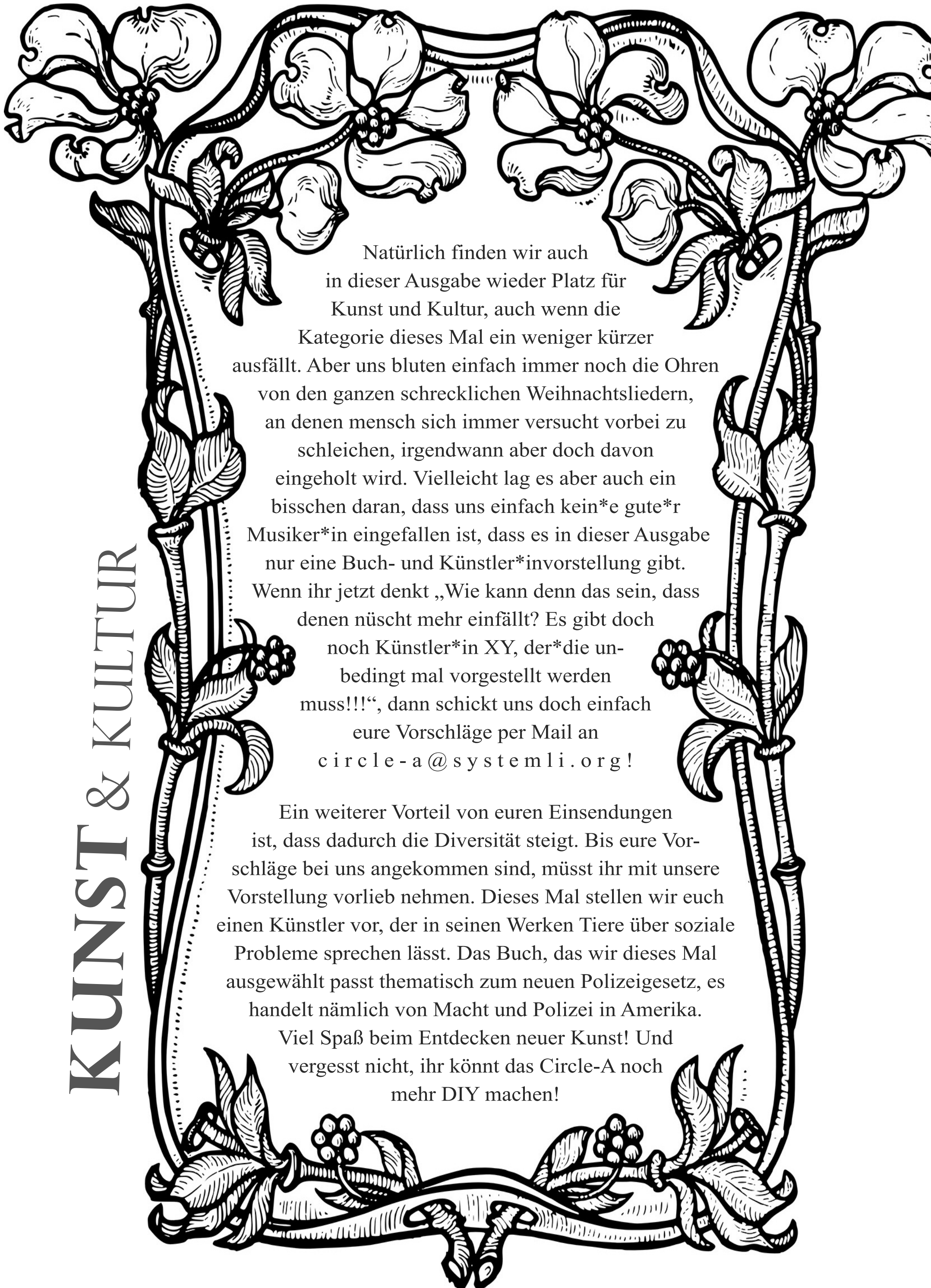
Lisa Dorfer, Módulo 15
Centro Penitenciario Madrid V,
Carretera M609 km.3,5,
28791, Soto del Real,
Madrid, Spanien

Bitte informiert euch vor dem Schreiben IMMER darüber, ob die vorgestellten Menschen noch eingesperrt sind oder freigelassen bzw. verlegt wurden.

Wie immer gilt: Schützt die Aktivist*innen! Gebt keine Informationen an Cops und/oder Behörden weiter! Weder bewusst noch unbewusst, indem ihr zum Beispiel unverschlüsselte und unsichere Kommunikationswege wählt oder Infos über die Menschen wie frühere und aktuelle Kontakte/Strukturen in der Post erwähnt.

Schreibt über Unverfängliches oder auch Nachrichten, denn oft sind die Menschen im Gefängnis isoliert. Was ihr heute gemacht habt, was gerade in der Welt passiert... lasst eurer Phantasie freien Lauf!

Es ist wichtig den Gefangenen unsere Solidarität zu zeigen und sie wissen und spüren zu lassen, dass sie weder alleine noch vergessen sind.



KUNST & KULTUR

Natürlich finden wir auch
in dieser Ausgabe wieder Platz für
Kunst und Kultur, auch wenn die
Kategorie dieses Mal ein weniger kürzer
ausfällt. Aber uns bluten einfach immer noch die Ohren
von den ganzen schrecklichen Weihnachtsliedern,
an denen mensch sich immer versucht vorbei zu
schleichen, irgendwann aber doch davon
eingeholt wird. Vielleicht lag es aber auch ein
bisschen daran, dass uns einfach kein*e gute*r
Musiker*in eingefallen ist, dass es in dieser Ausgabe
nur eine Buch- und Künstler*invorstellung gibt.
Wenn ihr jetzt denkt „Wie kann denn das sein, dass
denen nüscht mehr einfällt? Es gibt doch
noch Künstler*in XY, der*die un-
bedingt mal vorgestellt werden
muss!!!“, dann schickt uns doch einfach
eure Vorschläge per Mail an
circle-a@systemli.org!

Ein weiterer Vorteil von euren Einsendungen
ist, dass dadurch die Diversität steigt. Bis eure Vor-
schläge bei uns angekommen sind, müsst ihr mit unsere
Vorstellung vorlieb nehmen. Dieses Mal stellen wir euch
einen Künstler vor, der in seinen Werken Tiere über soziale
Probleme sprechen lässt. Das Buch, das wir dieses Mal
ausgewählt passt thematisch zum neuen Polizeigesetz, es
handelt nämlich von Macht und Polizei in Amerika.
Viel Spaß beim Entdecken neuer Kunst! Und
vergesst nicht, ihr könnt das Circle-A noch
mehr DIY machen!



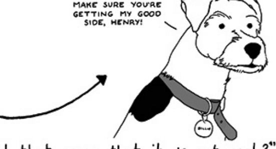
OUR ENEMIES IN BLUE: POLICE AND POWER IN AMERICA

There is this naive notion that the world without police is going to turn into hell on earth. Robberies, murders and just everything crazy in your head will end up on the streets, because police is playing role of this border between civilization and chaos. Or so we are told. Kristian Williams is looking on the other side of the story. He examines historical development of police forces, it's growing power in the society as well as highly political role of police in politics of race and class.

And although the book is focused mostly on USA most of the things mentioned are the same for Germany and other european countries.

Website of the author: http://www.kristianwilliams.com/

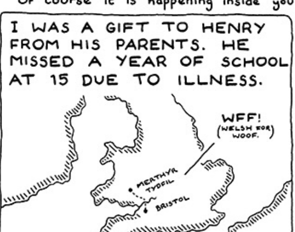
THE DRAWINGS OF DOGS STORY



AS TOLD BY BILLIE, THE ANXIOUS HUMAN'S ANXIOUS DOG

"Of course it is happening inside your head, Harry, but why on earth should that mean that it is not real?"*

I WAS A GIFT TO HENRY FROM HIS PARENTS. HE MISSED A YEAR OF SCHOOL AT 15 DUE TO ILLNESS.



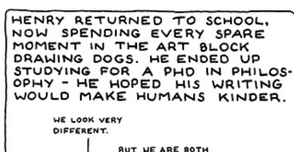
THEY GOT ME FROM WALES & I CRIED ALL THE WAY HOME.

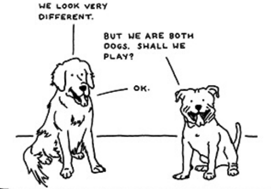
THEY FELT HE NEEDED A FRIEND & SOMEONE TO KEEP HIM IN THE WORLD. A ROLE I PERFORMED WITH APLOMB...

BILLIE! BILLIE! OH JESUS CHRIST!

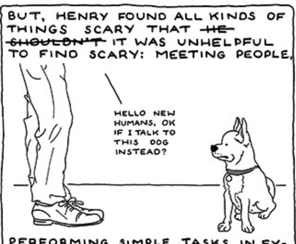
...I'VE GOT SOMEONE ELSE'S FRISBEE.

HENRY RETURNED TO SCHOOL, NOW SPENDING EVERY SPARE MOMENT IN THE ART BLOCK DRAWING DOGS. HE ENDED UP STUDYING FOR A PHD IN PHILOSOPHY - HE HOPED HIS WRITING WOULD MAKE HUMANS KINDER.





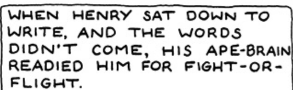
BUT, HENRY FOUND ALL KINDS OF THINGS SCARY THAT ~~HE SHOULDN'T~~ IT WAS UNHELPFUL TO FIND SCARY: MEETING PEOPLE,



PERFORMING SIMPLE TASKS IN EXCHANGE FOR MONEY, AND - MOST PRESSING - WRITING ANY PHILOSOPHY THAT WASN'T GOOD ENOUGH TO FIX HUMANITY'S FLAWS.



HENRY TALKED TO ME. I UNDERSTOOD HIS FEAR; THE MODERN WORLD IS SCARY. WHEN I'M LEFT ALONE I FEEL LIKE A WOLF DESERTED BY HER PACK...



WHEN HENRY SAT DOWN TO WRITE, AND THE WORDS DIDN'T COME, HIS APE-BRAIN READIED HIM FOR FIGHT-OR-FLIGHT.

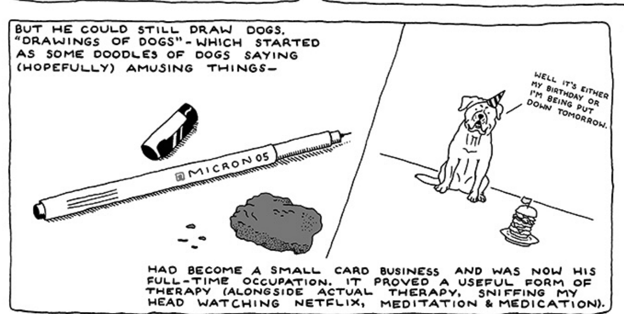


HE MEDICALLY SUSPENDED.

I MUST PROTECT MY PACK FROM THE POSTMA

JUST AS WE DOGS ARE ANXIOUS MINI WOLVES, HUMANS ARE ANXIOUS HAIRLESS APES, WITH MINDS "DESIGNED" FOR A DIFFERENT EPOCH.

BUT HE COULD STILL DRAW DOGS. "DRAWINGS OF DOGS" - WHICH STARTED AS SOME DOODLES OF DOGS SAYING (HOPEFULLY) AMUSING THINGS-



HAD BECOME A SMALL CARD BUSINESS AND WAS NOW HIS FULL-TIME OCCUPATION. IT PROVED A USEFUL FORM OF THERAPY (ALONGSIDE ACTUAL THERAPY, SNIFFING MY HEAD WATCHING NETFLIX, MEDITATION & MEDICATION).

TALKING ABOUT THE PROJECT HELPED HENRY TO TALK OPENLY ABOUT HIS ANXIETY, TO OTHER HUMAN BEINGS...



@DRAWINGSofDOGS DRAWINGSofDOGS.co.uk

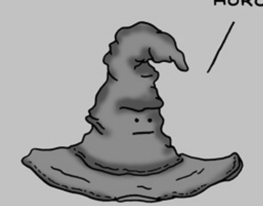
*ALBUS DUMBLEDORE

UNSERE KUNSTEMPFEHLUNG



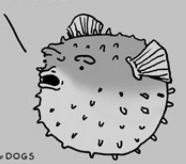










Anarchistische Perspektiven

Vielleicht ist es gerade in diesem Jahr, in dem nicht nur das neue Polizeigesetz darauf lauert, härter gegen Aktivist*innen vorgehen zu können, sondern in dem auch noch die noch rechteren bei den Landtagswahlen eventuell die besten Ergebnisse erzielen könnten, wichtig sich mit anarchistischen Perspektiven zu beschäftigen.

Dabei geht es nicht nur darum die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren, sondern auch neue Alternativen (nicht für Deutschland) aufzuzeigen. Vielleicht müssen wir in diesem Jahr umso mehr nach Außen wirken, die anarchistischen Ideen verbreiten um so neue Mitstreiter*innen im Kampf gegen Nazis, Polizei und Staat zu gewinnen.

Jede*r von euch kann dazu beitragen! In dieser Kategorie findet ihr sogar einige Projekte an denen ihr mitwirken könnt, sei es das Libertäre Zentrum Elbsandstein oder die Organisation des Frauen*streiks.

Natürlich könnt ihr euch auch darüber hinaus mit anarchistischen Ideen beschäftigen. Wir wäre es zum Beispiel, wenn ihr beim nächsten Treffen mit euren Großeltern mal den Inhalt des Textes „Das Ökosystem der Revolte" diskutiert? Vielleicht macht ihr aus ihnen ja auch noch glühende Anarchist*innen, die dann Seite an Seite mit euch kämpfen! Und wenn nicht, dann schafft ihr es eventuell wenigstens ihnen einen Einblick in die Beweggründe für euer politisches Handeln zu geben.



Unsere monatlichen Treffen bieten die Basis für allerlei Vernetzung, Austausch, Diskussion, Reflektion, das Kennenlernen anderer Anarchist*innen der Stadt und die Planung gemeinsamer Aktionen, wie beispielsweise Veranstaltung(sreih)en, Demonstrationen und Mobilisierungen.
In diesem Rahmen entstanden bereits mehrere Gruppen und Projekte, so zum Beispiel der bereits sehr beliebte Anarchistische Hörfunk aus Dresden, das kleine „Magazin für Anarchie und Solidarität im Alltag“, welches ihr gerade in den Händen haltet, als auch verschiedenste Veranstaltungen, wie die Libertären Tage.
Aber wir hoffen auf noch vieles mehr in Zukunft.

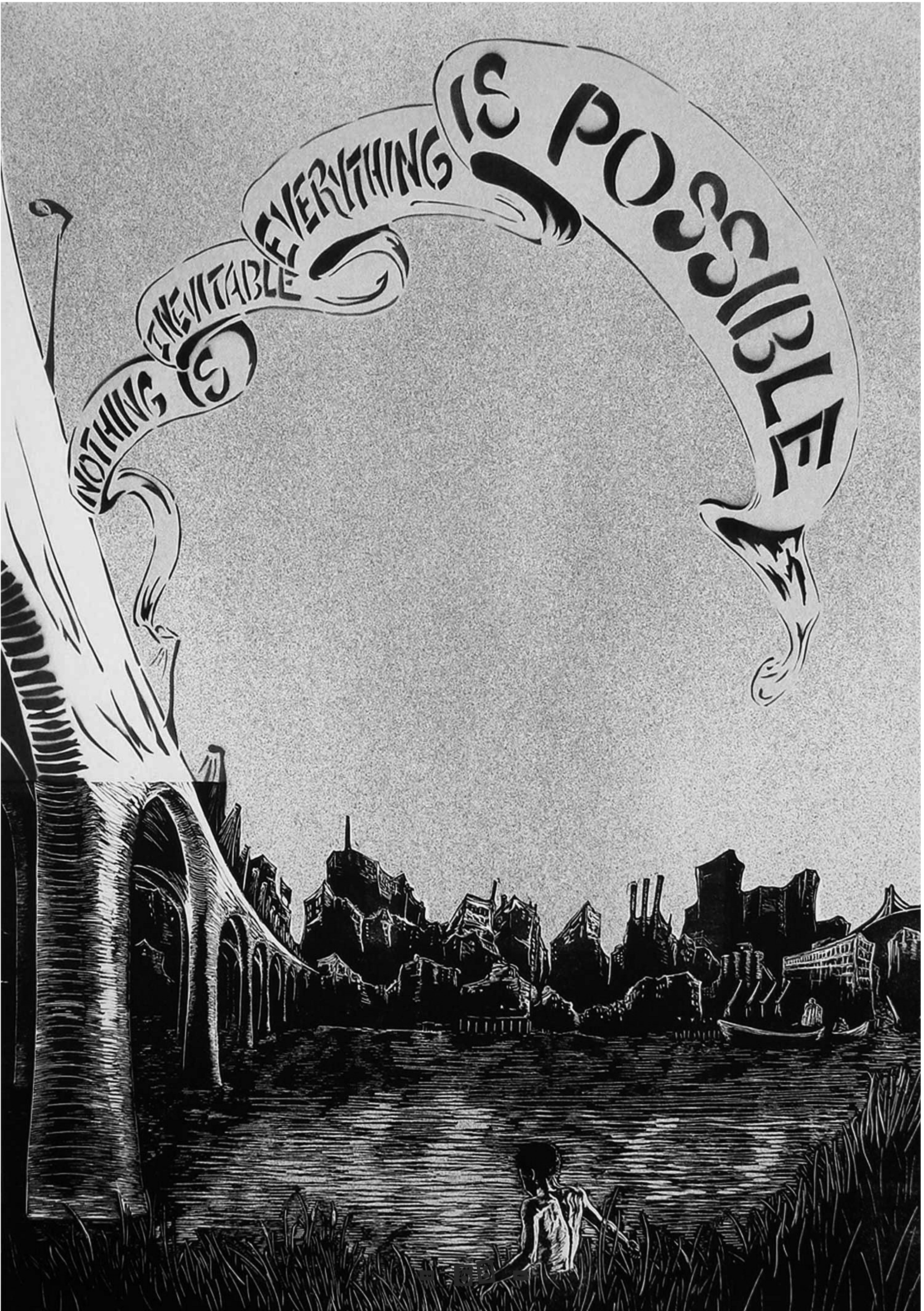
Das generelle Ziel unserer Zusammenkünfte beim AND soll es sein, Selbstorganisation zu fördern, Anarchismus zu verbreiten, Widerstand zu organisieren, uns zu vernetzen und uns gegenseitig zu unterstützen. Wir haben uns bewusst für ein Netzwerk mit offenem Charakter entschieden, um Gruppen und Einzelpersonen eine leichtere Teilhabe zu ermöglichen.

Also stoßt dazu! Bringt eure Wünsche, Pläne, euer Können und natürlich eure ganz persönlichen Kapazitäten ein!

Wir freuen uns auf euch.

Euer Anarchistisches Netzwerk Dresden

AND


NOTHING IS INEVITABLE
EVERYTHING IS POSSIBLE

DAS ÖKOSYSTEM DER REVOLTE

Die Revolte ist ein lebendiges Wesen. Nicht ein einzelner Organismus, sondern ein ganzes Ökosystem. Um dieses Ökosystem zum Blühen zu bringen, werden viel mehr Wesen benötigt als es Namen gibt, diese zu beschreiben. Die Erde wurde von der Maschine verwüstet, sie hat uns entkoppelt vom Boden und versucht, uns selbst in Maschinen zu verwandeln. Wir, die wir jetzt aufstehen, sind die zähsten der Unkräuter, welche durch die Risse im Asphalt empor kriechen. Aber wir sind im Nachteil, wenn wir versuchen herauszufinden, wer diese Risse hervorruft. Diese Arbeit wurde von Wurzeln unter der Oberfläche und von Mikroorganismen ausgeführt, die zu klein sind um sie zu sehen.

Wir wollen eine Welt des andauernden Aufstandes, doch wir verstehen nicht was das bedeutet, denn alles was wir von dem Aufstand sehen, sind ihre Vorbotinnen. Kaum, dass der Asphalt aufgebrochen ist, machen die Unkräuter Platz für das Gestrüpp, kaum, dass der Boden gereinigt ist, macht das Gestrüpp Platz für die Bäume, und nach einer Weile machen die schnell wachsenden Bäume Platz für die langsamen resistenten Bäume. Wir sehen niemals alten Wuchs auf Löwenzahn gedeihen oder eine Eiche, die durch den Asphalt bricht.

Die permanente Revolte ist nicht die Dominanz des Löwenzahns, der die Eiche und den Asphalt als Konservative beschimpft. Permanente Revolte ist ein gesundes Ökosystem, das permanent Chaos und ungefesselte Entstehung in sich trägt. Wir leben in einer solch verarmten Welt, es ist schon fast unmöglich sich so ein Ökosystem freier Lebewesen vorzustellen, doch weil die Keimzelle dieser Beziehung auch in unserer Praxis exsistiert, ein kleiner Splitter eines großen Potentials, können einige von uns den Kopf durch die Risse stecken.

Alle Werke, die das Ziel hatten die Revolution voranzutreiben, hatten eins gemeinsam: den Fokus, und damit exklusive Relevanz, auf einen einzigen Wesenstyp. All die Abspaltungen in unserer vielschichtigen Vergangenheit können keine pure Kritik an Strategien liefern, da die Versuche immer davon ausgegangen sind, dass wir alle der gleiche Wesenstyp von Rebell sind, oder gar, dass es nur eine Art echten Rebell gibt. Wenn jemand den Makel im Weg einer Anderen sehen kann, dann doch nur weil sie einen verschiedenen Weg laufen und vielleicht beide die Makel im eigenen Weg nicht wahrnehmen.

Die ganze Metapher des „Weges" ist so übernutzt und nichts als ein Versuch, aus dem nichtliniearen Wesen der Revolution auszubrechen, ohne die Vielfältigkeit des Lebens zu erkennen.

Wenn wir alle die gleiche Richtung einschlagen, können wir dorthin gelangen wie es uns passt – kein Grund den Weg einer anderen Person zu kritisieren. Und was ist mit denen, die nicht laufen können? Gibt es nur Laufende? Müssen wir jene, die sich nicht von allein bewegen, tragen? Was ist mit jenen, die in die andere Richtung laufen? Sollen die erschossen werden? Wenn wir auf einen bestimmten Punkt zu laufen, können einige Menschen da hingelangen, doch was geschieht mit allen Anderen? Aber wenn es eben kein Punkt ist, sondern eine Frage der Bewegung an sich, werden wir da ankommen sobald sich genügend von uns in Bewegung setzen?
Es gibt keinen Weg in die Revolution. Es gibt nur das Leben, welches sich immer wieder selbst bestärkt. Und wenn wir uns erlauben Teil dieser Kraft zu sein, ist die Frage nicht mehr: Welche strategische Richtung ist die Beste? Welche Verhaltensweise ist am revolutionärsten?

Die Frage ist, was für eine Kreatur bin ich und wie kann ich mich am Besten in Beziehung zu dem Chaos setzen, was um mich herum herrscht? Eine anarchistische Strategie ist in diesem Sinne also nicht das Festsetzen eines objektiven Plans; es ist vielmehr die Entwicklung von Beziehungen und Projekten, die unsere Fähigkeiten am meisten stärken, anderen Kreaturen den Boden bereitstellen zu wachsen, Beziehungen ermöglicht sich zu vervielfältigen und die Maschine langsam zersetzen. Strategie, so wie das Leben, muss die Vogelperspektive der Herrschenden verlassen und sich mitten in unsere Körper platzieren. Wir werden Millionen von Strategien haben, nicht weil es Millionen Wege gibt, die gleichbedeutend sind, sondern weil jede von uns entscheiden wird, was wir mit unseren eigenen Ressourcen und Fähigkeiten machen, in mitten des fließenden Chaos Millionen anderer Kreaturen, die das gleiche tun. Wir dürfen niemals wieder eine Armee formen, in der uns irgendein General auf die effektivste Art und Weise einsetzt!

Wir werden nicht auf alle warten, damit wir gemeinsam zum Horizont marschieren können, wie auf diesen ikonischen italienischen Bild. Und wir werden nicht versuchen aus allen die gleich Art von Rebell zu machen. Wir werden aus diesem theoretischen Engpass auch nicht dadurch entrinnen, dass wir apathisch auf die Handlungen anderer warten, während wir für den Zusammenbruch beten und über eine nicht-avangardistische Minderheitenevolution theoretisieren und wir werden ganz bestimmt auch nicht in den Wald gehen um allein anzukommen.

Die größten Aufstände unserer Zeit fielen zurück in den Asphalt, da nicht genug Leben vorhanden war um sie zu erhalten. Sie zeigten uns gute und schlechte Strategien und machten es unabstreitbar, dass obwohl wir Alles und Nichts werden können in den Flammen des Aufstandes und die Maschine diese Flammen nicht erlöschen kann, Menschen die Straße von selbst wieder verlassen werden, wenn es nichts mehr zu Verbrennen gibt, solange es nicht einen Vorrat an Samen gibt, die einfach in Mitten der Asche gepflanzt werden können. Denn obwohl sie in den Schmelztiegeln der Revolte neugeboren werden, werden die Anderen ohne diese Samen, nicht einfach zu Rebellen wie wir, sie bleiben keine Aufständischen und die Normalität erhält wieder Einzug.

Wir brauchen uns Alle.

Aber wir ja sind auch schon alle hier, wachsen so gut wir können in dieser vergifteten Umwelt. Was wir nicht brauchen, ist jene die noch unter dem Asphalt stecken zum Laufen zu zwingen, sondern herauszufinden in welcher Relation wir zu den anderen Unkräutern stehen, sodass wir Nischen für einander erzeugen können, und wir uns zu den Sensibleren von ihnen in Beziehung setzen können, sodass wir einander Nähstoffe und Sonnenlicht schenken können.

Unsere Kritik an der Maschine, sollte uns niemals dazu führen, die Menschen die auf ihren Befehl handeln abzustoßen, denn alle Körper sind im Aufstand. Körper, welche sich selbst unterdrücken brauchen umso dringender Komplizen.

Frei übersetzt aus dem Englischen. „Here at the center of the world in revolt", Lev Zlodey & Jason Radegas

Buchempfehlung:

Here... is the story of the composition of revolt broken into theory and practice. It is anarchist theory for the 21st century.

Lev Zlodey & Jason Radegas

The opposition of individual and community is a false one, for every model of individual implies a community, and every community an individual. The Western individual is the building block of a community of commodities. The community of the homogeneous, disciplined revolutionists breaks down into well trained militants who will follow their leaders through any number of defeats. By abandoning blueprints as an artifact and rediscovering visions as an activity, we can reclaim the pancentric society that has room for all of us.
Every single one of us is the center of society and therefore the master of our own activity, but because we understand ourselves not as separate individuals but as nodes of unending flows that only exist through our relationships, solidarity and mutual aid will be the most obvious organizing principles.
Finally, the individualist and the communist can end their bitter war. The community will be regained through the complicity of all our individual alienations. We will destroy everything, but only so we can mend this fracture.

Pick up your weapons: it is time to heal!



Das Private ist politisch

- Eine Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt-

Wie sieht die Welt aus in der wir alle gut leben können?
Auf welche Weise begegnen sich Menschen?
Wie gehen wir mit den Verletzungen um, die aus diesen Begegnung resultieren können?

Viele von uns sind sich sicherlich einig, dass es in unseren Gemeinschaften oft keinen guten Umgang mit Diskriminierung und Konflikten gibt. Ich schreibe diesen Text aus Sicht einer privilegierten, weißen, cis-weiblichen Person. Daraus resultierend werde ich von vielen Diskriminierungs- und Gewaltformen gar nicht betroffen. Dennoch sehe ich in meinem eigenem Leben und dem meiner Freundinnen* den Schmerz und die emotionalen Wunden, die Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt zurücklassen; in einem Alltag, in dem Menschen generell schon so viel behüteter sind als vielerorts. Wir bewegen uns in einem gesellschaftlichen Gefüge, in welchem viele Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe, ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sozialen "Stellung" oder ihres Alters verletzt, ausgebeutet und unterdrückt werden. Personen, die in den Schnittstellen dieser Diskriminierungsformen leben sind dabei besonders verletzlich.

Im folgenden Text verwende ich den Begriff „sexualisierte Gewalt". Durch diesen Begriff soll verdeutlicht werden, dass es sich um Gewalt handelt, die gezielt durch sexuelle Handlungen ausgeübt wird. Ursprung dieser Gewalt ist aber nicht Sexualität. Vielmehr geht es um die Demonstration von Macht und Überlegenheit. Sexualisierte Gewalt beginnt, wenn Frauen* und Mädchen* auf ihren Körper reduziert, belästigt und gedemütigt werden.

Formen sexualisierter Gewalt können sein: anzügliche Blicke, sexistische Bemerkungen, subtiler oder offener Druck zu sexuellen Handlungen, ungewollte Berührungen, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, Frauen*handel, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* ist kein individuelles Problem. Sie hat gesellschaftliche Ursachen und ist im Zusammenhang mit dem Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern zu verstehen. *(entnommen von http://www.frauen-gegen-vergewaltigung.at/index.php/sexualisierte-gewalt.html)*

Als Anarchist*innen wissen wir um das Machtgefüge, welches sich in diesen Diskrimierungsformen manifestiert. Es leuchtet ein, dass dieses Machtungleichgewicht keine Grundlage für eine befreite Gesellschaft sein kann. Dennoch taucht körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt, Rassismus und Klassizismus auch in der anarchistischen Szene auf. Schließlich werden wir alle in dem beschriebenen Kontext sozialisiert und es bedarf viel Selbstreflexion, die eigene Machtposition abzulegen.
Doch wenn wir in einer Gemeinschaft leben wollen, die auf Solidarität, gegenseitigem Respekt, Chancengleichheit, guter Zustimmung und weniger Grenzüberschreitungen basiert, müssen wir diese Gemeinschaft selbst aufbauen und täglich erproben. Es wird immer Konflikte, Verletzungen und Widersprüche geben, doch diese können gemeinschaftlich angegangen werden. Wir können sie zusammen anpacken, reflektieren, uns helfen. Dabei ist es wichtig, sich selbst offen einzugestehen, dass jede*r von uns Grenzen von anderen Menschen überschreitet, auch immer wieder überschreiten wird und gute Zustimmung in allen Lebenslagen verdammt schwierig (wenn auch wichtig und stets anzustreben) ist.

Grundlage für einen Welt ohne strafende Gewalt in Form von Knästen, Gerichten und Cops wären Strukturen, welche sich den Verursacher*innen und Betroffenen annehmen. (Eine Person kann auch Gewalt ausüben und selbst betroffene Person sein.) Auf eine Weise, die im besten Falle zu Sicherheit, Heilung und Neubeginn bei der von Gewalt betroffenen Person führt und zur Verantwortungsübernahme und Veränderung von destruktiven Verhaltensweisen bei der Gewalt ausübenden Person.
Doch die Gewalt, die täglich in unseren Gemeinschaften verübt wird, kann nicht nur auf zwei Menschen reduziert werden. Wir alle leben in einem sozialen Gefüge, das dominantes Handeln und Grenzüberschreitung, insbesondere bei männlich-sozialisierten Personen, unterstützt. Das Problem ist strukturell, eng verknüpft mit Rape Culture (eine Kultur, die zwischenmenschliche Gewalt entschuldigt, billigt, normalisiert und ermutigt). Dennoch wird jedes strukturelle Problem getragen von Menschen, die es unterstützen, die es hinnehmen oder dazu schweigen.

Um das Schweigen zu brechen scheint die Frage sinnvoll: Wer sind eigentlich diese Menschen, die Grenzen überschreiten, die ihre Macht missbrauchen, die nehmen, was ihnen nicht gegeben wird, die kontrollieren, stalken, eifersüchtig sind, zuschlagen, anbrüllen, unbeherrscht sind, andere verletzen? Das sind nicht irgendwelche außerirdischen Nazi-Schleimmonster, das sind unsere Freund*innen, unsere Partner*innen, unsere Kolleg*innen, Kommiliton*innen, Mitstreiter*innen, das sind wir selbst.
Sie der Polizei vorzuführen und in Knäste zu sperren würde klaffende Löcher in unsere sozialen Kontexte reißen und löst das Problem in keinster Weise.

Einerseits können die meisten dieser Grenzüberschreitungen auf Grund fehlender Rechtsbegriffe gar nicht juristisch geahndet werden. Andererseits basieren Knäste ja wiederum auf Gewalt, Machtausübung, Unterdrückung und patriarchaler Norm. Keine Lösung also für uns in den Fragen:

„Wie wollen wir leben?", „Wie wollen wir grenzüberschreitendes Verhalten aufzeigen? Wie können wir Menschen dazu bewegen Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen?".

Wir brauchen eine transformative Gerechtigkeit, die die Menschlichkeit aller Beteiligten anerkennt, die Personen von Verhalten trennt und die auch anerkennt, dass bestimmtes Verhalten in unserer Gemeinschaft nicht toleriert wird. Gerade als Anarchist*innen müssen wir begreifen, dass Grenzüberschreitungen wie sexualisierte Gewalt tief verwurzelt sind in einer Logik der Macht und Hierarchie. Wie müssen auch begreifen, dass sie aus einer Gemeinschaft/Gruppe kommen, die sie zugelassen und ermöglicht hat.

Eine kollektive Verantwortungsübernahme kann daher nicht nur zwei Menschen betreffen. Ziel ist es sexualisierte, körperliche und psychische Gewalt zu benennen und zu kritisieren. Wir müssen gemeinschaftlich einen Umgang damit finden. Vor allem aber müssen wir aufhören darüber zu schweigen was (uns) passiert.
Oft verlassen Betroffene von sexualisierter Gewalt unsere Räume, da ihre Erlebnisse relativiert, Gewalt normalisiert, die Verursacher*innen geschützt werden und es keinen Willen gibt, die dahinterliegenden Strukturen zu entmachten. Andererseits finden Menschen, welche Grenzen überschritten haben vielleicht auch gar keinen Raum das Erlebte zu reflektieren und Verantwortung zu übernehmen.

Mit verblüffender Selbstverständlichkeit wird das „Private" in unseren politischen Kontexten entpolitisiert, sprechen wir in unseren sozialen Räumen lieber von der Weltrevolution als über das übergriffige Verhalten eines*einer Partners*Partnerin. Doch werden gerade in unserem Alltag, in der Schule, auf Arbeit, auf Demos, in der Uni und Zuhause, diese sozialen Ungleichheiten und Zwänge spürbar. Dort leiden wir unter Sexismus, werden kleingemacht, angegraben, objektiviert. Dort profitieren wir von unserer geschlechtlichen Identität oder sozialen Stellung. Genau da könnten wir ansetzen, die Gesellschaft zu verändern.

Ich denke, die Voraussetzung ist, Raum zu schaffen für Emotionalität und Verletzlichkeit. Es wäre schön, wenn wir eine Kultur schaffen, die anerkennt, dass selbst wenn wir alle ernsthaft versuchen gut zu den Menschen in unserer Nähe zu sein, wir manchmal Fehler machen, manchmal Grenzen überschreiten, nicht (ausreichend) nach Zustimmung fragen, nicht aufrichtig mit uns und anderen sind. Erst dann können wir Erlebnisse von übergriffigem Verhalten ernst nehmen, den Betroffenen zuhören, Schutzräume geben, das Umfeld adressieren, gemeinsam reflektieren und Strategien entwickeln, die uns gegenseitig unterstützen und empowern und unsere Beziehungen zueinander transformieren. Das ist verdammt schmerzhaft.
Solche Prozesse gehen an unsere Substanz, werden immer wieder eigene Grenzüberschreitungen und Privilegien offenbaren. Wir werden Verachtung und Verzweiflung spüren. Wir werden aber auch begreifen, dass wir die Möglichkeit besitzen ehrliche, verantwortungsvolle und respektvolle Beziehungen zueinander aufzubauen.

Meiner Meinung nach kann es keine befreite Gesellschaft, keinen verantwortungsvollen Umgang mit anderen Lebewesen und Ressourcen, keinen nachhaltigen Aktivismus geben, ohne genau diese Art der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Unser Privatleben ist politisch, dort werden sexistische Muster und soziale Zwänge reproduziert. Das Schweigen darüber schützt Gewalt ausübende Personen. Beendet das Schweigen. Fragt nach. Unterstützt von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Menschen. Baut eine Gemeinschaft der Solidarität auf, ein Netzwerk, in welches sich von Gewalt betroffene Personen fallen lassen können; ein Netzwerk, das Verursacher*innen die Möglichkeit bietet, Verantwortung zu übernehmen.

The Revolution starts at home.





LINKTIPPS:

http://transformation.blogsport.de/images/TransformativeHilfe.pdf

https://www.transformativejustice.eu/wp-content/uploads/2017/04/Das-Risiko-wagen.pdf

Kontakt für Fragen oder zum Mitwirken: **cadd@riseup.net**



Soliaufruf: Libertäres Zentrum Elbsandstein

– Mit dir vielleicht bald Realität?

Wie viele von euch schon wissen arbeiten die Schwarz-Roten Bergsteiger_innen, AG der FAU Dresden, seit mehreren Jahren auf ein eigenes, libertäres Zentrum im Elbsandsteingebirge hin. Uns stand seit längerem dabei v.a. die Immobilienentwicklung im Weg. Nun sind wir aktuell in Verhandlungen über ein vielversprechendes Gelände – um unsere Konzepte umzusetzen brauchen wir aber noch Unterstützung. Vielleicht deine?

Das Konzept

Wir wollen ein mehrteiliges Konzept bestehend aus einem Wohnprojekt mit mehreren WGs, Bauwagenfläche, Gästezimmern für regelmäßge Unterstützer_innen aus der Stadt, Urlaubsdomizil für Menschen aus der anarchistischen Bewegung, Seminarhaus, Bibliothek/Infoladen, Werkstätten, kleiner Agrarbereich (v.a. Obst).

Vor Ort wollen wir Anlaufpunkte für Arbeits- und Erwerbslosenberatung, Treffpunkte für Frauen, trans und inter Personen, Rentner_innen, Jugendliche und Geflüchtete schaffen. Neben einem guten Leben auf dem Hof wollen wir ein Ort für (internationale) Vernetzung und den Aufbau lokaler, libertärer und syndikalistischer Strukturen sein.

Gelände und Umgebung

Das Gelände, welches wir ganz konkret im Blick haben, ist landschaftlich sehr schön gelegen, nicht direkt im Ort, unter 2h von Dresden erreichbar und besteht aus historischer Bausubstanz. Es gibt sehr viel zu bauen, und trotzdem wird es vorraussichtlich recht schnell Möglichkeiten zum Wohnen geben.

Die nächsten Wander- und Kletterziele sind 10-15 Minuten entfernt und das Gelände ist ein guter Ausgangspunkt für diverse Touren. In der Umgebung kennen wir bereits einige alternativ tickende Menschen und Projekte. Jobs in der Nähe lassen sich vmtl. v.a. im Bereich Gastronomie, Tourismus, soziale Arbeit, Handwerk und Forstwirtschaft finden.

Wie kannst du unterstützen?

Damit dies alles nicht nur ein schöner Traum bleibt, kannst du uns auf verschiedene Weisen unterstützen. Wir brauchen u.a. Hilfe bei der Einrichtung der Rechtsformen, Anrufen bei Behörden, Erstellung eines Business-Plans, Einwerbung von Direktkrediten, Aufbau eines Förderkreises, Baumaßnahmen, Bewerbung, Umsetzung von lokaler Arbeit oder Veranstaltungen.

Daneben suchen wir noch Menschen die dort wohnen oder sich Halbzeit mit anderen ein Zimmer oder einen Wagen teilen möchten.

Wenn dich die Idee anspricht, kannst du uns eine Mail schreiben, welche Fragen du hast oder welche Bereiche dich interessieren. Gern kannst du auch einfach Gruppenmitglied werden. Wir treffen uns einmal im Monat in Dresden, einmal im Monat am Wochenende in den Bergen. Dazwischen gibt es nach Bedarf Arbeitstreffen.

Schreib uns einfach eine Mail an akfreizeit@riseup.net | Mehr Infos über uns gibts auf: srb.fau.org



Feministische Streikwelle – bald auch in Deutschland?

1.1 Kleiner historischer Rückblick
1.2 Feministische Bündnisse und syndikalistische Gewerkschaften
1.3 Kampf in Repro- und Lohnarbeit nicht gegeneinander ausspielen lassen!
1.4 Weiterentwickeln: Vom Frauenstreik zum feministischen Streik
1.5 Brücken bauen: Syrien und Türkei
1.6 Ausblick: Was kann in Deutschland erwartet werden?
1.7 Infobox – Organisiert euch für den Fem-Streik in Dresden!
1.8 Quellen und Fußnoten

Feministische Streikwelle – bald auch in Deutschland?

Erstmalig erschienen in DIREKTE AKTION – Anarchosyndikalistische Zeitung, von Charlie Sobotka / FAU Dresden – 7. November 2018

In diesem Jahr streikten am 8. März allein in Spanien 5 Millionen Menschen im Haushalt und auf der Arbeitsstelle. Die Streiks richteten sich gegen sexistische Diskriminierung und sexualisierte Gewalt und forderten eine neue feministische Bewegung.
In vielen Ländern kam es in kleinerem Maßstab zu ähnlichen Aktionen. Gleichzeitig versammelten sich im bombardierten Afrin und auf von der Polizei umstellten Plätzen der Türkei zehntausende um unter Lebensgefahr gegen die patriarchale Diktatur aufzustehen. Nun bilden sich auch in verschiedenen Städten Deutschlands Komitees für einen lokalen Frauen- bzw. feministischen Streik, das Thema kursiert in Zeitungen, Fernsehen und Gewerkschaftsgruppen. Am 10. und 11. November wird es eine bundesweite Versammlung in Göttingen zum Thema geben. Schon jetzt steht fest, der 8. März 2019 wird turbulent und die FAU hat sich vorgenommen daran einigen Anteil zu haben.
In unserem Artikel geben wir in mehreren Teilen einen historischen Ausblick, einen Abriss der aktuellen Planungen für 2019 und diskutieren dabei einige theoretische und praktische Fragen.

Kleiner historischer Rückblick

Die Idee von feministischen Streiks bzw. dezidierten Frauenstreiks ist nicht neu, auch wenn sie immer wieder Wandlungen durchmacht. Schon frühzeitig hing sie auch mit dem emanzipatorischen Teil der Arbeiter_innenbewegung zusammen und richtete sich gleichzeitig gegen die patriarchalen Strukturen in der selben.

So dürfte eines der prominentesten Beispiele die Gebärstreikdebatte sein. Maßgeblich entstand sie in der anarchosyndikalistischen Bewegung Frankreichs. In Deutschland sprachen sich ab ca. 1913 v.a. einige radikale Sozialdemokrat_innen und Anarchosyndikalist_innen für einen Gebärstreik aus.

Dieser richtete sich einerseits gegen die Doppelbelastung der Arbeiter_innen in Haushalt und Betrieb, andererseits wurden mit dem Gebärstreik aber auch Protest gegen das „Gebären von Soldaten und Arbeitssklaven“ und gegen die Illegalisierung von Verhütung und Abtreibung verbunden. Die Idee traf auf erbitterten Widerstand u.a. von der SPD-Führung, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. In anarchosyndikalistisch-feministischen Magazinen wurden ab 1919 aber auch immer wieder die Arbeitsverweigerung und gemeinsame Aktion von Frauen im proletarischen Haushalt gegen Doppelbelastung, Misshandlungen, finanzielle und soziale Abhängigkeit propagiert.

1975 legten dann ca. 90% der Frauen Islands die Arbeit für einen Tag nieder um u.a. für gerechtere Bezahlung und bessere Kinderbetreuung zu kämpfen. 1991 gingen in der Schweiz ca. 500 000 Frauen, aufgerufen vom Schweizer Gewerkschaftsbund, für 24h in den Streik. Sie protestierten damit gegen die Verschleppung des Gleichbehandlungsgesetzes.

Fast vergessen ist kurioserweise der Frauenstreik- und Aktionstag in Deutschland von 1994. Unter dem Motto *„Jetzt ist Schluss! – Uns reicht's!“* beteiligten sich rund 1 Millionen Frauen – heute fast unvorstellbar. Die Gründe waren vielfältig: Arbeitsplatzverluste, damit vielfach der Verlust von Sozialleben und gesellschaftlicher Stellung, gerade auch für Frauen im Osten. Daneben aber auch ein frauenrechtlicher Rollback, eine anhaltende Pogromwelle und rechte Terrorbanden.
Dieser Streik- und Aktionstag bediente sich nun wieder stärker einem umfassenden Arbeitsbegriff und daraus abgeleitet auch einer umfassenderen Streikbegrifflichkeit, wie sie aus der feministisch-syndikalistischen Bewegung der 20er Jahre teilweise bekannt ist: Die Niederlegung der Lohnarbeit sollte mit der Verweigerung der Hausarbeit, dem Boykott von Einkäufen und der Verweigerung von „Zuneigungsdienstleistungen“ (Lächelstreik) einhergehen.

Gleichzeitig ließen die (damals wesentlich dominanteren) DGB-Gewerkschaften den Streik im ökonomischen Bereich im wesentlichen ins Lehre laufen. Ein Aspekt der Probleme der aktuellen Fem-Streik-Debatte maßgeblich mit beeinflusst. Politische Streiks sind in Deutschland nicht verboten, jedoch risikobehaftet, da sie von Gerichten durchaus mit Schadensersatzforderungen an Unternehmen beantwortet werden könnten. Zudem sind sie bei weiten Teilen der DGB-Gewerkschaftsspitzen ideologisch nicht sonderlich beliebt. Die Gewerkschaften riefen daher dezidiert nicht zum Streik auf und versagten der feministischen Bewegung damit einen rechtlich sichereren Rahmen für Lohnarbeitsniederlegungen.

Mit dieser Wendung waren aber auch der politischen Wirkmächtigkeit der Bewegung von Anfang an enge Grenzen gesetzt, da somit der Hebel genommen war Unternehmen und Politik durch finanzielle Einbußen tatsächlich zu Veränderungen zu zwingen anstatt nur zu appellieren. Es mag vielleicht auch gerade der Verlust dieses Hebels sein, der dazu führte, dass sich dieser Tag so wenig ins kollektive Gedächtnis der sozialen Bewegungen in Deutschland einprägte. Schließlich begann mit dem „Frauenstreik 1994“ auch eine Entwicklung der Begriffsverwässerung des Streiks, die die eigene Machtlosigkeit im ökonomischen Bereich mehr und mehr kaschieren zu wollen scheint, statt sie offensiv durch Organisation, Rechtsstreits, öffentliche Debatte und nicht zuletzt durch streiken öffentlich anzugehen.

In Island kam es 2005, 2010 und 2016 zu weiteren Arbeitsniederlegungen mit enormer Beteiligung, um es nicht bei den 1975 erfolgreich erkämpften Verbesserungen zu belassen und insbesondere die Gender-Pay-Gap, also die Lohnlücke aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, endlich zu schließen.

Seit 2016 kommt es auch in Polen immer wieder zu Arbeitsniederlegungen und Massendemonstrationen die sich v.a. auch gegen das Abtreibungsverbot richten. Dabei wurden u.a. auch Kirchen besetzt und es kam zu heftigeren Auseinandersetzungen mit Polizeikräften und militanten Rechten.

Ein weiterer wichtiger Impuls der aktuellen Streikwelle kommt aus Argentinien. Auch hier war es der Kampf um das Recht auf Abtreibung aber v.a. auch gegen sexualisierte Gewalt und Morde, die seit 2015 eine neue feministische Welle vom Zaun brach und seit 2016 mehrfach feministische Massenproteste und -streiks auslöste. Es waren v.a. die Akteur_innen aus Polen und Argentinien die sich für eine Internationalisierung dieser Streikwelle stark machten.

2017 schlug diese dann auch in Spanien ein und 2018 legten 5 Millionen Menschen allein in Spanien das Land mit Streiks, Blockaden, Kunstaktionen, Boykott und Massendemonstrationen lahm. Auch hier waren die sozialdemokratischen Gewerkschaften um Schadensbegrenzung für die kapitalistische Wirtschaft äußerst bemüht. Die Schwesterngewerkschaften des DGB, die CCOO und die UGT, versuchten als größte Gewerkschaften Streiks in der Lohnarbeit zunächst gänzlich abzuwenden und riefen dann zur zweistündigen Arbeitsniederlegung am 8. März auf. Radikale, syndikalistische Gewerkschaften wie die CNT (Schwesterngewerkschaft der FAU), die CGT und Solidaridad Obrera konterten und unterstützten die feministischen Komitees mit dem Aufruf zum 24h-Streik. Darüber hinaus forderten sie, sich für die nächsten Jahre auf unbefristete Generalstreiks einzustellen.

Feministische Bündnisse und syndikalistische Gewerkschaften

Auch wenn die entscheidenden Impulse für diese Streikwelle ganz klar von feministischen Basisgruppen, Einzelpersonen und Netzwerken ausgingen, erscheint es nicht eben zufällig, dass sie dort bis jetzt die größte Schlagkräftigkeit entfaltet haben, wo auch syndikalistische Gewerkschaften wieder eine Rolle zu spielen beginnen und sich dabei international neu aufstellen.

Einerseits liegt das sicherlich an der tradierten Rolle, die feminstische Theorieentwicklung und Praxiskonzepte aber auch der politische Streik in der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung einnehmen. Daraus ergeben sich ohnehin viele personelle Überschneidungen zwischen der feministischen und der syndikalistischen Bewegung.

Andererseits spielen aber sicher auch die gefestigten, internationalen Kommunikationskanäle zwischen einzelnen Gewerk-schaften dabei eine Rolle. So föderierten sich im Mai 2018 nach mehrjähriger Kooperation, Diskussion und Vernetzung die Gewerkschaftsföderationen IWW NARA,FORA, CNT (Spanien), USI (Italien), ESE (Griechenland), FAU (Deutschland) und IP (Polen) zur International Labour Confederation (ILC,bzw. auf deutsch IKA).

Die IWW NARA und die IP stehen dabei seit Jahren mit Aktionen in forderster Linie gegen den politischen Rechtsruck. Die USI war in den letzten Jahren in verschiedenen Sozialstreiks Italiens involviert. Die CNT und ESE haben langjährige Erfahrung in der Beteiligung an Generalstreiks. FORA, CNT und IP trugen in ihren Ländern als Gewerkschaften die neue feministische Streikwelle mit.

Über diese Ereignisse, Erfahrungen und Entwicklungen stehen die Organisationen dank ihrer verbindlichen Organisationsformen und der finanziellen Möglichkeiten durch Mitgliedsbeiträge seit Jahren in intensiven Austausch, unabhängig von dem, was in den internationalen, bürgerlichen Medien aufgegriffen wird.

Die FAU war daher auch eine der ersten Organisationen die 2016 in Deutschland auf die Streikwelle aufmerksam machte, mit Flyeraktionen Öffentlichkeit dafür herstellte und als eine der wenigen radikalen Organisation in Deutschland eine bundesweite, feministische Organisierung in Form der AG fem*fau ins Leben rief. Parallel begann die syndikalistisch orientierte Gefangenengewerkschaft GGBO in Zusammenarbeit mit feministischen Bündnissen und der FAU 2017 mit jährlichen Demonstrationen zum Frauenknast in Chemnitz, bei der die Streikwelle intensiv Thema war.

Aktuell gibt es also in Deutschland, wie in den meisten anderen Ländern zwei Formen von Organisierung und zwei Arten internationaler Kommunikationskanäle wenn es um den Streik- und Aktionstag für 2019 geht. Einerseits die Frauen- bzw. Frauen-, Trans- und Inter-Versammlungen und Bündnisse. Diese gehen oft ebenfalls auf mehrjährige Organisation z.B. in Basisgruppen oder Demonstrationsbündnissen zurück. Und es gibt eben die Netzwerke der syndikalistischen Gewerkschaften.

Was zunächst wie eine komplizierte Strukturdopplung wirkt, kann dabei einige Vorteile haben. Offene Treffen sind vielleicht für viele zugänglicher und unkomplizierter als verbindliche Organisation in Gewerkschaften. Sie bilden einen leichten, spontanen Einstieg für große Massen an Menschen. Daneben stehen die Versammlungen, je nach Ort, allen Frauen bzw. allen Frauen-, Inter-, Transpersonen offen. Die Organisation erfolgt primär anhand patriarchaler Unterdrückung. Das bietet dahingehend Verständnis- und Schutzräume, andererseits finden sich hier ggf. z.B. Chef_innen und Ausgebeutete auf dem selben Treffen wieder.

Syndikalistische Gewerkschaften wiederum bieten das rechtliche Know-How, bauen die finanziellen Reserven und die kontinuierliche Kommunikations- und Erfahrungsweitergabe auf, die für solche Streiks notwendig sind. In ihnen sind aber nur jene zugelassen, die nichts wesentliches zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft – sie organisieren sich primär entlang kapitalistischer Unterdrückung. In ihnen reden dafür in der Regel auch Männer und Nicht-Frauen mit, denn der Anspruch ist es innerhalb der täglichen Organisationsarbeit patriarchale Privilegien abzubauen und für diese zu sensibilisieren.

...

Weiterlesen könnt ihr auf:

https://and.notraces.net/

Aufruf an alle Lohnarbeiter*innen – Knastaufträge sabotieren!

Quelle: gg/bo soligruppe berlin

Vor Kurzem lernten wir Alex kennen. Er arbeitet für ein Unternehmen, welches einen Auftrag für die JVA Plötzensee annehmen wollte. Alex war damit nicht einverstanden und wehrte sich gegen den Auftrag – mit Erfolg. Sein Unternehmen wird nun nicht für den Knast Plötzensee arbeiten und (durch Alex) wahrscheinlich auch in Zukunft keine Aufträge von Knästen annehmen. Die Art und Weise, wie Alex es erreichte, dass sein Unternehmen den Auftrag abgelehnte, hat uns als Soligruppe motiviert, lohnarbeitende Menschen zur Sabotage von Knast-Aufträgen aufzurufen.

Aber fangen wir von vorne an:

In Berliner Knästen sind Mitarbeiter*innen, welche sich technisch wie baulich mit den Anstalten beschäftigen, beim „Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung" angestellt. Für die Energieversorgung in den JVA's sind die „Berliner Stadtwerke" zuständig. Für die Gebäude in den JVA's ist das Berliner Immobilienmanagement GmbH (kurz „BIM") verantwortlich, wobei das Berliner Energiemanagement GmbH (kurz „BEM„) als Tochterunternehmen der „BIM" für die Dampfversorgung zuständig ist.

In der JVA Plötzensee war die „Ingenieurgemeinschaft Weißensee" für die Dampfversor-gungsanlage zuständig, wobei sich die JVA beschwerte, dass diese nicht richtig funktioniere. Deswegen sollte die Anlage repariert werden. Weil die „Ingenieurgemeinschaft Weißensee" aber nicht mehr für die JVA Plötzensee arbeiten wollte, wurde die „MUTZ GmbH" angefragt – für dieses Unternehmen arbeitet Alex. Die „MUTZ Ingenieurgesellschaft mbH" sollte nun also das Problem beheben, welches die „Ingenieurgemeinschaft Weißensee" laut der JVA verursacht hatte. Vor allem Alex sollte herausfinden, was die Ursache für die Probleme der Dampferzeuger sind, welche nicht mehr richtig arbeiteten und ständig Fehler verursachten.

„Ich sollte herausfinden, weshalb die Dampferzeugung so schlecht funktioniert. Als ich von dem Auftrag hörte, war ich zunächst total überfordert. Ich wusste, dass ich keine Lust habe, für einen Knast zu arbeiten, weil ich dadurch das Knastsystem ja nur noch effizienter machen würde. Ich selbst bezeichne mich als Gegner des derzeitigen Repressionsregimes. Knast ist ein Teil davon. Ich wollte diesen Auftrag also auf keinen Fall ausführen und überlegte mir dann, wie ich das verhindern kann."

Alex kontaktierte uns. Wir sprachen über die Möglichkeiten des Widerstands – er entschied sich dafür, mit seinen Mitarbeiter*innen, einschließlich des Chefs, reden zu wollen, mit der Hoffnung, sie überzeugen zu können.

*„Mit meiner Argumentation habe ich ganz simpel angefangen. Erstmal habe ich erklärt, warum die Ersatzfreiheitsstrafe ein Unding ist. In der JVA Plötzensee sind ja viele Gefangene, welche eine solche Strafe absitzen müssen. Also Gefangene, welche ihre Geldstrafe nicht zahlen konnten und deswegen eine bestimmte Zeit ins Gefängnis müssen. Ich habe klar gemacht, dass es nicht sein kann, dass Menschen in den Knast einwandern, nur weil sie kein Geld haben. Da haben mir alle Mitarbeiter*innen, auch mein Chef, zugestimmt. Dann dachte ich, dass ich einen Schritt weitergehen kann und habe erklärt, warum ich generell gegen Knäste bzw. für eine Welt ohne Knäste bin. Das war schon schwieriger, weil dabei ja meine Ablehnung zum Kapitalismus und zum Staat miteinbezogen werden musste. Das hat dann auch eine ganz schön heftige Diskussion unter einigen Mitarbeiter*innen ausgelöst. Wir haben darüber diskutiert, inwiefern Knast mit Kapital und Staat zusammenhängt, wieso mensch generell gegen Kapital und Staat sein sollte und warum der Kampf gegen Knäste in dem Zusammenhang so wichtig ist.*

Wir haben viel darüber gesprochen, dass es oft nicht ‚kriminelle Menschen' sind, die in Knästen sitzen, sondern Menschen, welche kriminalisiert werden. Die JVA Plötzensee war mit den vielen Gefangenen, welche nur einsitzen, weil sie die Geldstrafe nicht zahlen konnten, ein gutes Beispiel. Anhand dessen wurde eine allgemeine Debatte über die sogenannte Klassenjustiz ausgelöst. Wir haben viel darüber gesprochen, dass immer die Menschen, die keine (finanziellen) Mittel haben, weggesperrt und damit kriminalisiert werden – also vor allem arme Menschen für ihre Armut bestraft werden. Wir haben auch über die wirtschaftliche Sinnlosigkeit gesprochen, also dass Menschen eigentlich eine Geldstrafe zahlen sollten, nun aber dem Staat durch ihre Knastzeit Geld kosten. Die Argumentationen gegen Knäste waren also vielfältig. Von Bestrafung der Armen (Klassenjustiz) , über wirtschaftliche Faktoren bis hin zu gesamten Systemanalysen und der damit verbundenen Kritik haben wir alles diskutiert.
*Wir haben auch über die Transformative Justice, also einer Alternative zu Knästen, gesprochen. In dem Zusammenhang wurden unsere Diskussionen oft philosophisch, allerdings haben wir viele Möglichkeiten gefunden, wie auf Konflikte reagiert werden kann – ohne Knast. Nach vielen langen Diskussionen waren sich mehrere Mitarbeiter*innen einig: Knast ist scheiße, das wollen wir durch unsere Arbeit nicht unterstützen. Hätten wir den Auftrag angenommen, hätten wir das Knastsystem noch effizienter gemacht, bzw. mindestens zur Aufrechterhaltung des Knastsystems beigetragen. Das wollte nach den vielen Diskussionen schlussendlich niemand mehr. Einige Mitarbeiter* innen sagten letzten Endes sogar, dass die wahren Verbrecher*innen die Bosse von Großunternehmen, der Staat und die ausführenden Organe, wie die Polizei, sind. Diese Erkenntnis hat der Leiter der Wäscherei in der JVA Plötzensee symbolisch auch noch einmal bestätigt. (...)*
*Natürlich kann ich nicht sagen, dass die gesamte Belegschaft nun eine Anti-Knast Haltung hat. Aber einige haben wirklich, aufgrund der geführten Diskussionen, viel nachgedacht und sind schlussendlich zum Ergebnis gekommen, dass wir mit unserem Auftrag zur Erhaltung des Knastsystems beitragen und damit mitverantwortlich sind, wenn mal wieder Menschen weggesperrt werden, die (finanziell) an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und werden. Hinzu kam, dass ich persönlich nicht erkannte, weswegen die Dampfanlage und die Dampfqualität so schlecht ist – allerdings war es ja meine Aufgabe, dass Problem zu erkennen. Ich redete also mit meinen Kolleg*innen und meinem Chef – und dieser lehnte dann den Auftrag ab."*

Es gibt viele Möglichkeiten, sich gegen Knäste zu wehren. Als Soligruppe der GG/BO unterstützen wir den Kampf von innen heraus. Gefangene wehren sich kollektiv gegen Arbeits- und Lebensbedingungen hinter Gittern, als Unterstützer*innen versuchen wir, für diese Kämpfe eine Öffentlichkeit zu schaffen. Aber auch Menschen „draußen", welche nicht organisiert mit Gefangenen zusammen kämpfen, können sich täglich gegen Knäste wehren. Ex- und interne Aufträge für oder von Knästen können sabotiert oder gestört werden, die Funktion von Knästen kann in der breiten Gesellschaft diskutiert werden, lohnarbeitende Menschen können Aufträge, welche zur Aufrechterhaltung des aktuellen Status quo beitragen, verweigern usw.

Alex hat eine Möglichkeit aufgezeigt, wie wir gemeinsam unser Selbstbewusstsein gegen Knäste stärken, wie wir andere motivieren können, sich gegen Knäste zu wehren und so Schritt für Schritt eine breite Basis aufbauen können, die gemeinsam für eine bessere Welt ohne Knäste kämpft.
Mit dem Lebens-, Wohn- und Arbeitsumfeld in Kontakt treten, Diskussionen anregen und Standpunkte klar zu benennen hat in diesem Fall Wirkung gezeigt. Das ist natürlich keine Garantie für jede Diskussion. Aber es zeigt auf, dass es mehr als nötig ist, in die Gesellschaft zu treten und unsere Haltungen verständlich zu kommunizieren.

Wir rufen alle lohnarbeitenden Menschen, welche für Knäste arbeiten sollen, dazu auf, Aufträge zu verhindern!
Diskutiert in eurer Belegschaft, stellt euch quer!
Lasst uns zusammen mit verschiedenen Mitteln gegen Knäste kämpfen – fangen wir in unseren alltäglichen Leben damit an!

Symbolism

– politische Symbole und ihre Geschichte










Keine Ahnung woher das kommt...

Bei Demonstrationen, Betriebsbesetzungen und anderen Aktionen tauchen immer wieder verschiedenste Fahnen und Symbole auf. Dieser Artikel soll dazu dienen, den Ursprung und die Bedeutung der schwarzen und schwarzroten Fahne zu erläutern und dir die Argumentation für die farbliche Wahl deiner Fahne erleichtern.

Seit dem 19. Jahrhundert ist rot die traditionelle Farbe der Arbeiter*innenbewegung. Unter roten Fahnen vereinen sich die Arbeiterinnen* und Arbeiter* an Demonstrationen oder Aufständen, so auch während der Pariser Kommune (1871). Die schwarze Fahne wird zu dieser Zeit kaum verwendet. Ein erstes Mal taucht sie im Jahre 1831 (also vor der Ausbildung des Anarchismus als spezifische Strömung der Arbeiter*innenbewegung) auf. Arbeiter*innen schwenken sie während Arbeitskämpfen in einer Seidenfabrik in Lyon. Danach gerät sie wieder in Vergessenheit. Von einigen Seiten wird behauptet, dass die Anarchist* innen die rote Farbe wegen der definitiven Spaltung innerhalb der ersten Internationale im Jahre 1871 aufgegeben haben. Dafür gibt es jedoch keine bestätigten Quellen. Im Gegenteil: Einkaufsbelege bestätigen, dass die *anarchistische Juraföderation* während der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts weiterhin roten Stoff einkauft.
Schwarz tritt zu dieser Zeit nur vereinzelt auf: Während eines Aufstandes in Bologna im Jahre 1874 erscheint die schwarze Farbe ein erstes Mal bei den Anarchist*innen. Quellen berichten, dass einige Teilnehmer*innen während des Aufstandes die *rotschwarze Kokarde* (am Hut befestigte Bandschleife, welche die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung verdeutlicht) der Anarchist*innen tragen. Über dieselben *Kokarden* wird auch bei einem Aufstandsversuch 1877 im italienischen Letino berichtet, wo auch schwarzrote Fahnen geschwungen werden. Der Ursprung und das Verständnis dieser Farbkombination zu jener Zeit sind jedoch nicht bekannt.

Nach diesen vereinzelten schwarzroten Erscheinungen, setzt sich schwarz als Farbe die Anarchist*-innen immer mehr durch. Im Jahre 1881 wird in London die anarchistische *„Schwarze Internationale“* gegründet, welche den anarchistischen Flügel der im vergangenen Jahrzehnt aufgelösten Internationalen organisatorisch verbinden soll.

Anlässlich eines Treffens im Jahre 1882 in Paris spricht sich die Anarchistin *Louise Michel* erstmals öffentlich für die Verwendung der schwarzen Fahne aus. Dies, um sich besser von den autoritären und parlamentarischen Sozialist*innen abgrenzen zu können. Am 9. März 1883, anlässlich einer Demonstration von 15‘000 arbeitslosen Personen in Paris, schwenkt *Louise Michel* eine schwarze Fahne (in Wahrheit einen schwarzen Rock an einem Besenstiel), um die Leute um sich zu vereinen.
Laut *Luise Michel* stellt die schwarze Fahne zur damaligen Zeit die Fahne des Streiks dar und *Peter Kropotkin,* wie auch einige andere, sehen in der *anarchistischen Internationalen* eine Organisation des

Widerstandes und des Streiks. Die enge Verbindung von Streik und anarchistischer Bewegung erklärt die Herausbildung der schwarzen Fahne als spezifisch anarchistische.

Im Jahre 1883 wird in Lyon die anarchistische Zeitung „Le Drapeau Noir" (frz. Die Schwarze Fahne) ein erstes Mal herausgegeben und erhöht dadurch die Popularität dieses Symbols.

Laut *Paul Avrich*, einem US-amerikanischen Historiker, erscheint die schwarze Fahne im Jahre 1884 ein erstes Mal in den USA. Aus der militanten Lokalzeitung *The Alarm* ist zu entnehmen, dass anlässlich einer Demonstration von Anhänger*innen der *anarchistischen Internationale* in der Nähe des Redner*-innenpultes eine grosse schwarze Fahne neben der traditionellen roten Fahne stand. Beide seien während der anschliessenden Demonstration zuvorderst mitgetragen worden.

Die schwarze Fahne des Anarchismus erhält eine immer klarere Bedeutung: Das Schwarz der Anarchist*innen bedeutet Antinationalismus, da es alle Grenzen negiert. Die weisse Fahne als Kontrast ist das Symbol des Aufgebens, des Sichbeugens – die schwarze Fahne steht dazu in eindeutiger Opposition.

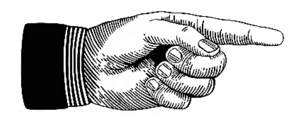
Die *Machno-Bewegung* in der Ukraine hat während den Jahren 1918 – 1921 ebenfalls die schwarze- und teilweise auch die Piratenfahne als Symbol verwendet. Sie kämpfte in Form von 12 Armeen und vertrieb für kurze Zeit einen grossen Teil der zentralisierten Gewalt. Letztlich wurden sie aber von bolschewistischen Truppen massakriert.

Am 13. Februar 1921 fand das Begräbnis von *Peter Kropotkin* in Moskau statt. Zahlreiche schwarze Fahnen und Transparente mit der Aufschrift: *„Wo es Autorität gibt, gibt es keine Freiheit"* begleiteten den Trauerzug. Dieser Tag stellt einer der letzten dar, an welchen schwarze Fahnen in Sowjetrussland noch offen gezeigt werden durften. Zwei Wochen später fanden die *Kronstadtrevolten* statt, welche ebenfalls von den konterrevolutionären Bolschewiki blutig niedergeschlagen wurden. Dieses Ereignis markierte das Ende des anarchistischen Einflusses auf das sowjetische Russland.
Die schwarze Fahne gilt seitdem klar als anarchistisch. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich einige Anarchist*innen weiterhin als Sozialist*innen definieren und deshalb auch noch im 20. Jahrhundert die rote Fahne verwenden. So lässt sich die spätere Verbindung von Rot und Schwarz erklären.

Wie oben bereits erwähnt, besagen einige Quellen, dass 1877 in Letino schwarzrote Fahnen geschwenkt wurden. Desweiteren sollen sie 1879 auch bei anarchistischen Protesten in Mexiko auftauchen. Zum Symbol des Anarchosyndikalismus entwickelt sich die schwarzrote Fahne aber erst nach der Gründung der spanischen anarchosyndikalistischen CNT im Jahre 1910, welche sich die Farbverbindung zu Eigen macht.

Doch die Verwendung der schwarzroten Fahne beschränkt sich nicht nur auf Spanien, sondern weitete sich schon bald auf andere Länder mit Verbindungen zu Spanien aus. So kam es, dass auch Arbeiter*innen in Italien während den „zwei roten Jahren", welche im Jahre 1920 in zahlreiche Fabrikbesetzungen mündeten, die rotschwarze Fahne gebrauchten. Durch spanische Emigrant*innen wurde die schwarzrote Fahne nach Mexiko und in andere lateinamerikanischen Länder exportiert. So ist selbst die schwarzrote Fahne der Sandinist*innen, welche im Gegensatz zur anarchosyndikalistischen horizontal und nicht diagonal geteilt ist, von mexikanischen Anarchosyndikalist*innen inspiriert.

Durch den spanischen Bürgerkrieg wird die diagonal geteilte schwarzrote Fahne allgemein zum Symbol des revolutionären Syndikalismus.



Aus anarchosyndikalistischer Sicht verbindet die schwarzrote Fahne die Arbeiter*innenbewegung, die syndikalistische Opposition zum Kapitalismus (rot) mit den anarchistischen Idealen und der anarchistischen Ablehnung des Staates (schwarz). Die Hoffnung bleibt, dass nach einer gelungenen sozialen Revolution auch diese Fahne dereinst überflüssig wird.

Aus: Gekürzte Version von: Paul Isler – di schwarzi chatz Nr. 9, Nov./Dez. 2010 (FAU Bern)



Schwarze Rose – anarchistisch-syndikalistische Jugend

Schule ist oft wie ein Gefängnis. Natürlich wollen wir lernen, die Welt verstehen, aber viel zu oft geht es bei Schule um andere Dinge: Leistung lernen, Gehorsam lernen, sich unterordnen, sich anpassen, ausgesiebt werden in die späteren Gewinner_innen und Verlierer_innen des kapitalistischen Systems (wobei wir oft nicht viel daran drehen können, zu welcher Kategorie wir gezählt werden). Die Leute, mit denen wir in die Schule gehen, können wir uns dabei nur bedingt aussuchen. Zudem wird in vielen Schulen durch die Bundeswehr noch Werben fürs Sterben betrieben.

Für uns wichtige Themen bleiben dabei auf der Strecke, wie etwa freie Bildung, soziale Gerechtigkeit und die Entwicklung basisdemokratischer Gesellschafts-systeme. Außerdem gibt es keinen Raum, um sich kritisch mit dem derzeitigen Rechtsruck, Rassismus, Sexismus und anderen Formen der Diskriminierung auseinander zu setzen. Stattdessen sind verschiedene Diskriminierungen Teil des Schulalltags, sei es durch Mobbing, sexistische Übergriffe oder rechte Lehrer_innen und Mitschüler_innen. Dies zieht sich durch alle Schulformen, sei es Berufsschule oder Oberschule.

Wir organisieren uns gewerkschaftlich, tauschen uns aus und planen gemeinsam Aktionen, um der ganzen Scheiße etwas entgegen zu setzen und für eine emanzipatorische, solidarische und basisdemokratische Gesellschaft zu kämpfen!

Komm zu unserem offenen Treffen Alternative Schüler*innenvernetzung:

jeden 3. Mittwoch im Monat, 16:00 im PlatzDa!, Wernerstraße 21!

Emailkontakt: faudd61[at]fau.org



Diese Kolumne ist ein Platz für die Wut und den Hass. Ihr Inhalt soll nicht überbewertet werden. Er ist keine fundierte Kritik, er ist vielmehr ungefilterte Wut, an der ihr Leser*innen hier teilhaben könnt

There is no hate

There is no hate

Je mehr wir uns in die Zukunft bewegen, desto mehr sehen wir, wie sich die deutsche Gesellschaft an die Polizei bindet. Die Polizei wird gerufen um Konflikte zu lösen, angefangen vom Straßenkampf bis hin zu jemandem, der*die neben dir ein Auto zerkratzt. Die Herrschaft der Polizei im Bereich der Konfliktlösung zerstört die Möglichkeiten der Menschen, miteinander zu interagieren. Anstatt Wege zu finden, um die Konflikte gemeinsam zu lösen, wenden wir uns immer mehr an den Staat und lassen ihn eine Lösung finden. Und noch schlimmer – wir appellieren an den staatlichen Muskel – die Polizei – der unsere Probleme lösen soll. Es ist, als würde man einen Elefanten bitten, einen Porzellanladen zu führen. Und weißt du was? Ich denke, zwischen Elefanten und Polizei würde ich immer noch den ersteren wählen.

Die polizeiliche Ausbildung in Konfliktlösung ist begrenzt und bietet hauptsächlich Unterdrückung als Maßnahme gegen diejenigen, die sich nicht an so genannte soziale Normen halten (die sich von Community zu Community unterscheiden können). Mal ganz abgesehen davon, dass du durch das Anrufen der Polizei sogar zum Opfer ihrer Machtausübungen werden kannst – falls du Probleme mit jemandem hast, der eine Machtposition inne hat, hast du höchstwahrscheinlich auch Probleme mit der Polizei, auch wenn du sie anrufst.



Dieses und viele andere Probleme scheinen jedes Mal vergessen zu werden, wenn wir in eine komplizierte Situation geraten. Aber ich glaube, es ist zu viel verlangt von Leuten, die nicht politisch aktiv sind, eine "Wir rufen nicht die Polizei"-Haltung zu erwarten, wenn sich so genannte Linke und Anarchist*innen auf die gleiche Weise verhalten. Auf der einen Seite rufen wir alle „ACAB" und "Fuck the police", aber wenn unsere Gegner*innen von der Polizei unterdrückt werden, begrüßen wir die Repression. Die Menschen, die bei der Verhaftung von Nazis, die Hitlergrüße gemacht haben, jubeln, widern mich ehrlich gesagt an. Diese Art der Repression gegen Nazis verkennt völlig das Problem, dass der Nazi ein Nazi ist und stellt das verbotene Heben der Hand in den Vordergrund.

Und es geht weiter. Ich verstehe die Angst, von einem Nazi-Mob verprügelt oder sogar von ihm ermordet zu werden, aber es lohnt sich nie, sich auf die Polizei zu verlassen, um dich vor diesem Mobs zu schützen. Wir müssen Strukturen aufbauen, die unsere Gemeinschaften vor Bedrohungen schützen und dürfen nicht auf die Staatsstruktur setzen. Mit den Wahlen, die versprechen, die AFD als stärkste Macht ins Parlament zu bringen, steigt die Dringlichkeit, dieses Problem anzugehen. Denn morgen sehen wir vielleicht nicht nur einige Nazis in Polizeiuniform, sondern wir können auch sehen, wie diese Nazis ihre Macht einsetzen, um ihre politischen Gegner*innen anzugreifen.

Und wenn wir an der Vorstellung „ACAB" festhalten, dann müssen wir als Anarchist*innen und Organisator*innen von selbstorganisierten Gemeinschaften unsere eigenen Schutz- und Konfliktlösungsstrukturen aufbauen!

Bilderrätsel



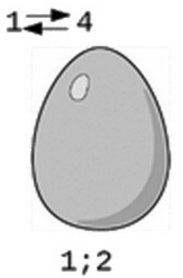
1;2



1 ⇄ 4



1



1;2

________-



~~4;5;7;8~~



3;4

______



~~6;7;8~~

1



1

_ _______!

Suchworträtsel

B	P	S	A	C	F	T	C	Y	F	K	N	A	S	T	U	I	M
J	U	S	T	I	Z	I	G	W	Q	A	G	N	U	T	R	O	M
L	M	S	K	G	G	E	I	O	S	I	N	G	N	Ä	F	E	G
Y	E	O	A	T	Y	B	V	N	N	A	M	V	S	U	J	J	A
G	I	R	L	E	G	A	L	K	N	A	Y	W	C	M	Y	K	U
O	H	C	L	Q	G	V	E	R	T	E	I	D	I	G	E	R	S
V	C	K	E	C	D	K	C	J	B	L	K	L	V	K	E	I	B
O	R	C	S	R	E	P	R	E	S	S	I	O	N	J	L	O	R
V	A	A	Y	R	G	M	E	B	N	E	R	Ö	H	B	A	A	U
E	N	L	X	E	H	F	B	G	E	S	E	T	Z	P	O	Q	C
R	A	B	F	N	L	B	E	I	G	F	L	K	D	B	Z	W	H
F	K	T	K	E	N	J	I	E	F	L	I	H	E	T	O	R	G
A	J	S	G	G	K	P	L	T	I	E	H	R	E	H	C	I	S
H	M	I	Q	N	T	Q	E	V	F	R	E	I	H	E	I	T	F
R	X	H	V	A	S	P	I	T	Z	E	L	I	E	T	R	U	K
E	O	C	Y	F	P	O	L	I	Z	E	I	G	E	S	E	T	Z
N	L	R	S	E	U	I	N	P	O	L	I	Z	E	I	R	O	I
M	M	A	Q	G	E	D	N	E	H	C	S	R	R	E	H	B	A
H	E	N	A	U	S	B	E	U	T	U	N	G	W	Y	C	G	K
B	N	A	M	F	Z	L	N	W	T	I	T	W	J	V	K	G	T
W	G	N	A	G	I	E	R	F	B	L	E	K	I	T	R	A	Q
H	J	P	Y	R	E	V	O	L	T	E	S	Z	N	M	C	V	R

Alles Mögliche zum Polzeigesetz, Justiz und co. Diese Wörter sind versteckt:

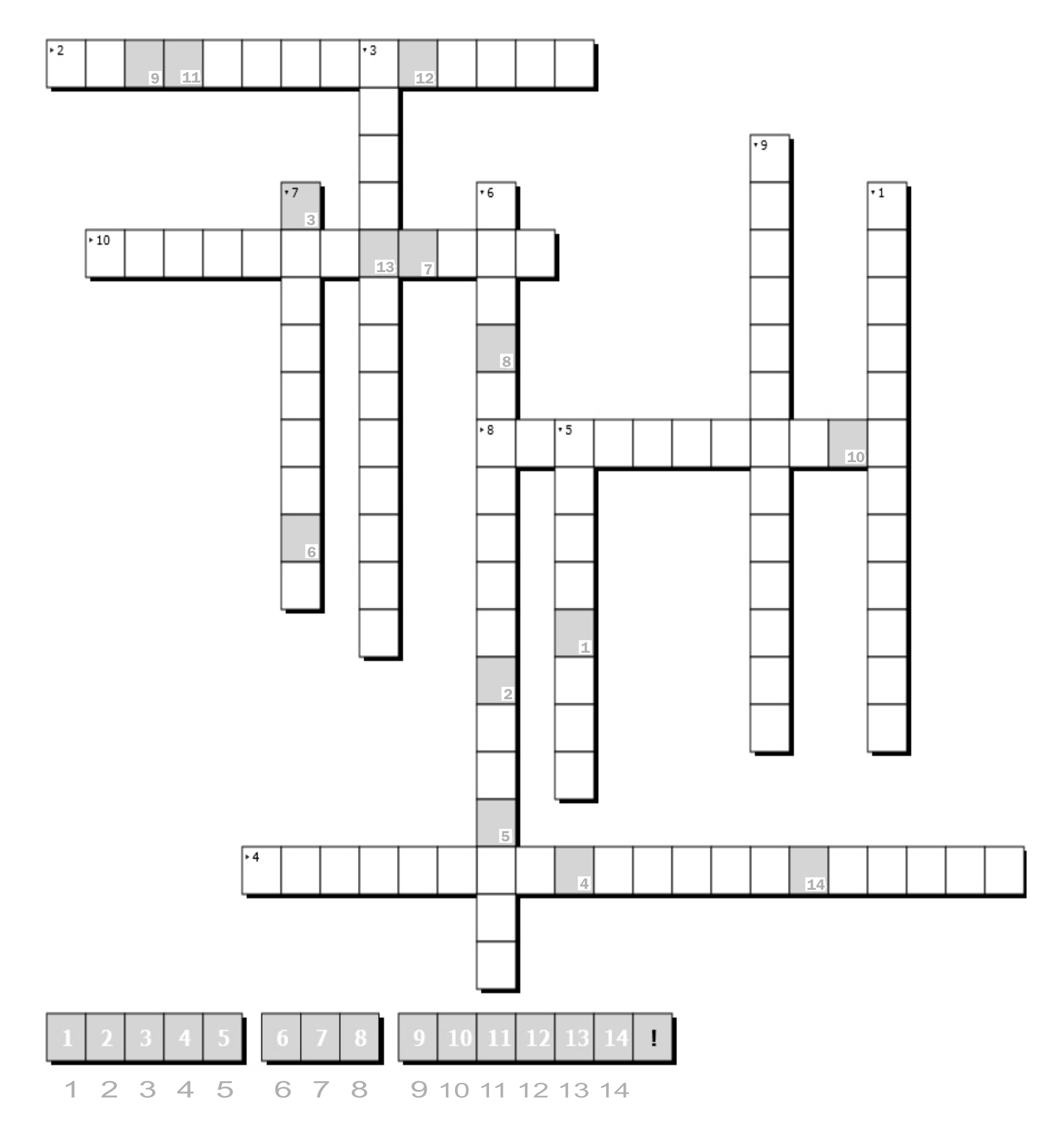
1. Polizei
2. Repression
3. Knast
4. Gesetz
5. Polizeigesetz
6. Artikel
7. Urteil
8. Gefängnis
9. Gefangener
10. Revolte
11. GGBO
12. Herrschende
13. Ausbeutung
14. Freigang
15. abhören
16. Ortung
17. Spitzel
18. Justiz
19. Sicherheit
20. AnarchistBlackCross
21. Verteidiger
22. Anklage
23. Verfahren
24. Vmann
25. RoteHilfe
26. Ausbruch
27. Anarchie
28. Liebe
29. Freiheit
30. Alles

Unter https://www.sachsens-demokratie.net/saechspolges/ findet sich ein geleakter Entwurf des neuen Polizeigesetzes, der beim Lösen des Rätsels hilfreich sein könnte. (Mit Tor-Browser öffnen!)

1. § 69 SächsPVDG: Unterbrechung oder ... der Telekommunikation
2. § 46 SächsPVDG: Besondere Waffen, ...
3. § 45 SächsPVDG: Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer ...
4. § 58 SächsPVDG: Anlassbezogene automatisierte...
5. § 60 SächsPVDG: (2) Eine Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung darf erfolgen bei: Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in absehbarer Zeit eine zumindest der Art nach konkretisierte ... von erheblicher Bedeutung begehen werden.
6. §66 SächsPVDG: Überwachung der ...
7. § 5 SächsPVDG: ... der Verhätnismäßigkeit
8. § 63 SächsPVDG: Längerfristige ... und Einsatz besonderer technischer Mittel
9. § 21 SächsPVDG: Aufenthaltsanordnung und ...
10. § 10 SächsPVDG: Einschränkung von ...



Kreuzworträtsel





21 .November - das erste Solidaritea
– Tee trinken mit dem ABC für mehr Solidarität



Im November starteten wir unseren ersten Solidaritea im Malobeo. Wir sprachen bei Tee über Solidarität, genossen Apfelstrudel und Mamorkekse und haben natürlich auch fleißig Briefe geschrieben. Später, als die Finger und Köpfe glühten vom emsigen Schreiben, gab es noch was Herzhaftes zu Essen: KÜFA-Süppchen. Es war also für alles gesorgt: das leibliche Wohl, Stimmung UND Solidarität. Traumhaft!

Du hast es verpasst? Keine Sorge. – Das Solidaritea soll jetzt regelmäßig in dieser Form stattfinden, nämlich einmal im Monat, genauer gesagt: immer der letzte Freitag im Monat. Wir stellen euch zu jedem Solidaritea eine neue Teesorte vor und sorgen für Gebäck am Nachmittag und Küfa am Abend. Und auch Nahrung für den Kopf soll es geben, denn wir bringen immer einen Input oder ein Gesprächsthema für einen regen Austausch mit.
Natürlich besteht auch die Chance, einfach so zu kommen, ohne beim Austausch oder Diskussionen mitmachen zu müssen. No pressure! Es wird immer eine ruhige Ecke zum Essen oder Schreiben geben.

„Schreiben?“, fragt ihr euch? Beim Solidaritea wird es immer eine betreute Briefe-Schreib-Ecke für Gefangene geben, bei der ihr uns über alle Fragen und Sorgen dahingehend ausquetschen dürft. Zudem bringen wir Postkarten, Umschläge, Briefmarken als auch Stifte mit. Mit Adressen, an die ihr schreiben könnt, versorgen wir euch ebenso. Es steht dem Schreiben also nichts mehr im Weg!

Falls ihr selbst von Repression betroffen seid, möchten wir euch darüber hinaus auch eine Möglichkeit geben, mit uns unkompliziert in Kontakt zu treten. Wir werden versuchen, euch nach unseren Möglichkeiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Wir freuen uns auf euer Kommen beimnächsten Mal. Wir sehen uns da!

Euer Anarchist Black Cross Dresden
(https://abcdd.org)

8. bis 18.10.2018	Kritische Einführungstage 2018
>>> 12.10.	Malobeo – Vortrag „Anarchismus muss praktisch werden!“ vom AND
19.10.2018,	Vortrag – Hambacher Forst: Ein Lagebericht über die aktuelle Repressionswelle, im Malobeo
Herbst 2018	„100 Jahre Novemberrevolution – Alle Macht den Räten?“ Veranstaltungsreihe im im AZConni
>>> 23. 10.	„Die Anarchist*innen & die Revolution“ Vortrag vom AND,
>>> 09. 11.	Filmvorführung und Diskussion – “Die Dichter und die Räterepublik – Spurensuche einer vergessenen Revolution”
09.11.	Gedenkrundgang in Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus durch das Hechtviertel und die Neustadt
08.11.	Vortrag der AG Feministische Kämpfe (FAU) “Gewerkschaft und Feminismus – zwei Paar Schuhe oder der Beginn einer wunderbaren Freundschaft?” im F*BZ
10.-18.11.2018	Aktionstage gegen das Polizeigesetz
>>> 17. 11.	Demo gegen das Polizeigesetzt
17.11.	Kongress anarchosyndikalistischer Initiativen im Bildungsbereich in Jena
24.11.2018	Schnacken, Punsch und Basteln – Offenes Treffen des anarchistischen Netzwerkes am Samstag,
30.11.2018	Erster Solidaritea im Malobeo
01.01.2018	4.veganer Wintermarkt mit vielen spannenden Vorträgen/ Workshops – BlackTomatoCrew, an der Chemo Dresden
15.12.2018	Pegizei in Dresden

An drei verschiedenen Orten zwischen Neustadt und Altstadt wurden heute durch Menschenketten sogenannte „Gefahrengebiete“ markiert um auf das neue sächs. Polizeigesetz aufmerksam zu machen. Die Orte wurden bewusst so gewählt, dass die Pasant_innen regelrecht gezwungen wurden, durch die „Gefahrengebietszone“ durch zu gehen. Nach passieren der „Markierung“ wurden sie durch freundliche Lautsprecherdurchsagen im Gefahrengebiet Sachsen 2019 begrüßt und dazu angehalten ihre Ausweise für weitere kontrollen bereit zu halten. Ausserdem wurden sie auch über weitere neue Regelungen durch das neue PolG informiert.

27.12.2018	Kundgebung vor dem Dresdner Weihnachts-Circus
Dezember	Jahresabschlussfeier der FAU
In der Nacht zum 1. Jan.	antifaschistisches Silvesterklettern und „Silvester zum Knast“

Disclaimer

Das Redaktionskollektiv von Circle-A hat den Anspruch die anarchistische Bewegung in ihrer Vielfalt und facettenreichen Bandbreite darzustellen. Dabei sollen verschiedene Stimmen gehört werden und in ein von solidarischer Kritik geprägtes Verhältnis zueinander gesetzt werden. Die Beiträge werden anonym zugesendet und darin getroffene Äußerungen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Redaktionskollektivs. Für die Inhalte der Texte sind die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.



Macht mit!

Kontakt

Das Circle-A ist so unfassbar offen und frei, Woodstock könnte noch was von uns lernen. Hält es euch nicht mehr auf den Stühlen, dann schreibt uns schnulzige Liebesbriefe und Loblieder auf unsere Arbeit an diesem Magazin oder eure ganz eigenen Essays über alles, was euch bewegt. Natürlich sind auch Bilder willkommen, Zeichnungen und Leser*innenbriefe zu abgedruckten Beiträgen. Kurz gesagt: sendet ein, was veröffentlicht gehört. Bitte beachtet, dass Leser*innenbriefe keine redaktionelle Meinungsäußerung darstellen. Die Redaktion behält sich vor, Leser*innenbriefe zur Veröffentlichung auszuwählen, zu anonymisieren und zu kürzen.

>>> circle-a@systemli.org

-TERMINE-

19. Januar, ab 14 Uhr	Öffentliche Anhörungzum Neuen sächsischen Polizeigesetz im Volkshaus in Dresden
25. Januar, 17 Uhr	Solidaritea zum Internationalen Aktionstag in Solidarität mit Transmenschen im Knast im Malobeo
6. Januar, 13:00 Uhr	Polizeigesetz stoppen: DEMO »Grundrechte verteidigen« Wiener Platz, Hauptbahnhof, DRESDEN
27. Januar	Gedenken an die Shoa in der Sächsischen Schweiz und verschiedenen Kiezen Dresdens
08. März	„Nicht zur Schule, nicht zur Arbeit“, Frauenstreik im Haushalt, weltweiter feministischer Streik- und Aktionstag auch in Dresden
09. März	feministisch-syndikalistische Demonstration in Chemnitz zur Unterstützung der Gefangenengewerkschaft GGBO
15. März	Internationaler Tag gegen Polizeigewalt
01. Mai	anarchistische Demonstrationen
08. Mai	Gedenkklettern mit den Schwarz-Roten Bergsteiger_innen (FAU)

REGELMÄSSIGE TERMINE

Fast jeden Montag, 18 Uhr in der Altstadt
- Heterogener Protest gegen Pegida mit Ansprechpersonen der FAU

Jeden Donnerstag, 18 Uhr, Ort bitte erfragen
- Treffen der Schwarz-Roten Bergsteiger_innen SRB-FAU

Jeder letzte Samstag im Monat, 12:00 Uhr im Malobeo
- Offenes Treffen vom Anarchistischen Netzwerk Dresden

Jeder Letzte Freitag im Monat 19:00 - **Solidaritea im Malobeo**

Jeder 3. Mittwoch im Monat 16-19 Uhr im Nachbarschaftscafé “Platz Da!”, Dresden Löbtau
- Alternative Schüler_innenberatung (FAU)

Jeder Dienstag in der geraden Kalenderwoche 18-20 Uhr im FAU-Büro Projekt “Mangelwirtschaft” Hinterhaus, Dresden Übigau **– Gewerkschaftliche Beratung (FAU)**

Jeder 1. Mittwoch im Monat 20-22 Uhr im Kosmotique, Dresden Neustadt
- Branchentreffen Bildung (FAU)

Internationaler Aktionstag in Solidarität mit Transmenschen im Knast



Seit dem 22. Januar 2016 ist es nun Tradition den Trans Prisoner Day of Action – ein internationaler Aktionstag in Solidarität mit Transmenschen im Knast, zu begehen.

Diesen Tag wollen auch wir nutzen um auf die Situation von Transmenschen im Knast aufmerksam zu machen. Es ist eine Möglichkeit für uns draußen sich an die hinter Gittern zu erinnern, Solidarität zu zeigen und ein Bewusstsein zu schaffen für die Situation von Transmenschen im Knast. Außerdem ist es für die, die drinnen sind eine Möglichkeit ihre Stimme zu erheben und sich gemeinsam zu organisieren.

Knast an sich bringt Menschen Isolation, emotionale Stagnation, reglementierte Kommunikation jenseits vom gewohnten sozialen Umfeld. Starre Regeln und Zwänge bestimmen den tristen und grauen Alltag. Das Leben im Knast ist gewaltvoll und von Hierarchien und Sexismus bestimmt.

Diese Situation macht es vor allem für Transmenschen schwer im Knast. Neben all diesen Problemen, die Knast an sich bereits mit sich bringt, sind sie mit vielen weiteren Herausforderungen konfrontiert. Das Knastssystem ist geschlechter-binär geteilt in einen Frauen- und Männerknast. Das bedeutet, dass Menschen nach dem im Pass eingetragenen Geschlecht in den Knast gesteckt werden. Menschen die sich als trans* oder queer verstehen sind in diesem System struktureller Diskriminierung ausgesetzt. Sie sind mit einem hohen Maß an physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt konfrontiert. Hinzu kommt zum Beispiel auch, dass Transmenschen oft Hormonbehandlungen verweigert wird.

Wir möchten auch dieses Jahr zusammen kommen um über Probleme zu sprechen die Transmenschen im Knast erfahren und an die Menschen erinnern die den Knast nicht überlebt haben und Gewalt und Übergriffen ausgesetzt waren.

Deshalb laden wir euch herzlich zum SOLIDARITEA, am 25.01.2018 ins Malobeo ein.
Es wird Tee und Kuchen geben.
Wir wollen den Film Criminal Queers anschauen.
Außerdem wollen wir Briefe schreiben um die Menschen im Knast mental zu unterstützen und zu zeigen, dass sie nicht alleine sind.

transprisoners.net
abcdd.org

SOLIDARTEA zum Trans Prisoner Day of Action
Freitag, 25. Januar 2019, 17 Uhr
Malobeo, Kamenzerstr. 38, 01099 Dresden

POLIZEIGESETZ STOPPEN

DEMO

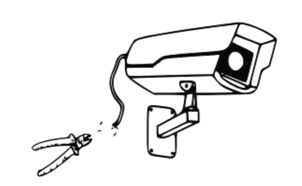
GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN

26. JANUAR 2019

13 UHR | WIENER PLATZ | DRESDEN

---

19. JANUAR 2019 | OFFENE BÜRGER*INNENANHÖRUNG
AB 14 UHR IM VOLKSHAUS
SCHÜTZENPLATZ 14 | 01067 DRESDEN



WWW.POLIZEIGESETZ-STOPPEN.DE

N O P O L G

WWW.SACHSENS-DEMOKRATIE.NET

9. März – Feministische Demonstration zum Frauen-Knast in Chemnitz

Zum dritten Mal gibt es dieses Jahr bereits eine feministische Demonstration zur Frauen-Justizvollzugsanstalt (JVA) in Chemnitz. Traditionell ruft die Soligruppe der Gefangenen-Gewerkschaft (GGBO) Jena dazu auf. Mit dabei sind aber auch die FAU, Anarchist Black Cross Gruppen und verschiedene feministische Gruppen aus der Region.

Wieso wollen wir am 9. März zum Frauenknast?

Anlass ist der 8. März, der internationale Frauen*Kampftag, ein Tag an dem wir traditionell gegen patriarchale Strukturen und Unterdrückung auf die Straße gehen. Hinzu kommt, dass sich im Knast in Chemnitz inhaftierte Arbeiterinnen* in der Gefangenen-Gewerkschaft engagieren und organisieren. Bereits in den letzten Jahren wurden mit dieser Demonstration die Arbeiterinnen* in ihren Arbeitskämpfen innerhalb der JVA unterstützen.

Die Situation im Knast

Ein Leben im Knast bedeutet keine freie Entscheidung über das eigene Leben zu haben, sondern strikte Reglementierung von Arbeit, Freizeit, Essens- und Schlafenszeit. Unsere Gesellschaft löst soziale Probleme nicht, sondern sperrt sie weg, in eine gewaltvolle und autoritäre Umgebung, die solches Verhalten am Ende reproduziert. Im Knast ist Arbeiten Pflicht und wird schlecht bezahlt. Die Menschen im Knast werden mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen ausgebeutet und erhalten keine Rente oder Sozialleistungen dafür. Wer sich weigert, bekommt Sanktionen.

Viele der Gefangenen sind aber auch froh über eine Beschäftigung, da sie so wenigstens etwas zu tun haben, um den tristen Alltag zu überstehen. Außerdem dürfen Strafgefangene kein Geld von außen erhalten, sondern leben nur von ihrem niedrigen Gehalt in relativer Armut. Die gewerkschaftliche Organisierung ist somit ein wichtiges Empowerment und Mittel im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen.

Vor allem für Frauen*, trans* und Queers ist die Situation im Knast oft noch schwerer, da Knast ein patriarchales geschlechterbinäres und gewaltvolles System ist. Spezifische gesundheitliche Versorgung, Hormonbehandlung oder Bildungsmöglichkeiten sind zum Beispiel nicht vorhanden. Isolation von den eigenen Kindern und dem sozialen Umfeld sind weitere Aspekte, die den Knastalltag bestimmen. Unterstützungsarbeit wird oft von Frauen* geleistet, wenn diese dann im Knast sind, bekommen sie oft kaum Unterstützung von männlich sozialisierten Angehörigen.

Deshalb setzten wir uns für eine Welt ein in der wir soziale Probleme lösen und nicht einfach wegsperren.
Wir unterstützen die Selbstorganisation der Gefangenen.
Kein Knast, kein Staat, kein Patriarchat.

15. März - Tag gegen Polizeigewalt

Seit 1997 rufen Gruppen international zu Aktionen zum Tag gegen Polizeibrutalität am 15. März auf. Auf Initiative von C.O.B.P. (Montréal/Kanada) und der anarchistischen Gruppe „Black Flag" aus der Schweiz wurde der internationale Aktionstag ins Leben gerufen.
Das Datum erinnert an den brutalen Übergriff der Schweizer Polizei am 15. März 1996 auf zwei Kinder im Alter von 11 und 12 Jahren. Seitdem gehen am 15. März jährlich weltweit Menschen auf die Straße, um der Toten zu gedenken und sich gegen Polizeigewalt zu wehren.

In Deutschland ist dieser Tag bisher unter politischen Aktivist*innen nicht sehr bekannt. Trotzdem ruft seit 2015 die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt in Berlin zu Aktionen gegen rassistische Polizist*innen und Polizeigewalt auf. Neben typischer Gewalt, die Menschen auf Demonstrationen oder bei Fussballspiele von Cops erleben, sind viele Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Lifestyles, ihres ökonomischen oder sozialen Hintergrundes in ihrem alltäglichen Leben Ziel von Polizeigewalt. Die Übergriffe finden vor allem gegen arme Menschen statt und nur selten gegen Reiche und Einflussreiche.

Deshalb wird der Tag auch dazu genutzt, sich mit marginalisierten Gruppen, die potentielle Opfer von Polizeigewalt sind, zu vernetzen und diese zu unterstützen.

Unterstützt den Kampf gegen Polizeigewalt!
Ihr könnt einfach Sticker zum Thema kleben, plakatieren gehen oder Graffiti malen bis hin zu Demos und offene Veranstaltungen organisieren.
Polizeigewalt ist ein Problem, dass viele Menschen in unserer Gesellschaft betrifft.

Zu viele Cops, zu wenig Gerechtigkeit!
Für eine Gesellschaft ohne Staat und Repressionsorgane!



*Das sagen die Leser*innen über das circle-a:*

Ich bin sehr froh darüber, dass ich das Circle-A für micht entdeckt habe. Nach den insgesamt 6 verschiedenen Ausgaben habe ich mich endlich dazu entschieden, die CDU zu verlassen.
Der Anarcho-Kommunismus ist für mich jetzt die einzige Option für unser Land.

- Angela Merkel

Posses more threat to the internet than China!

- The Internet

Circle-A is much, much smarter than your average Magazine.

- Rotten Tomatoes

Even German language can't ruin this magazine!

- Noam Chomski

